

**Bericht zur Lokalen**  
**Agenda 21 und zur**  
**Gesunden Stadt Halle**

*Global Denken – Lokal Handeln*

**in Halle an der Saale**

**vorgelegt 2005**

---

Zusammenfassung	1
Einführung	1
Agenda-Büro Halle (Saale)	2
Klimabündnis	4
Klimaschutz macht Schule	5
Energiecontrolling in kommunalen Liegenschaften	7
<b>Entwicklung von bürgerschaftlichem Engagement</b>	
Bürger Stiftung Halle – Stern für Stern	11
Erste geförderte Projekte der Bürger Stiftung Halle	11
Ehrenamtspreis der Stadt Halle	12
Freiwilligen-Agentur Halle-Saalkreis e.V.	13
Gesunde Städte-Projekt Halle	13
Halle Kompetenzzentrum im Gesunde Städte-Netzwerk der Bundesrepublik Deutschland	15
Der Arbeitskreis „Bürger für Halle“	16
Handreichung für Bürgerinitiativen	17
Einrichtung von Stadtteilkonferenzen	17
Selbsthilfebewegung	18
Senioren für Senioren	19
<b>Beteiligung von Kindern, Jugendlichen und Familien</b>	
Zielsetzungen und Strukturen der Beteiligung	20
Das Kinderbüro	22
geplante Projekte 2005	23
Der Kinder- und Jugendrat	24
Kinder- und Jugendsprechstunde bei der Oberbürgermeisterin und im Jugendhilfeausschuss	25
Kinderkongress	25

Kinderfreundlichkeitsprüfung	26
Lokales Bündnis für Familie	27
Lokales Bündnis für Bildung	27

## **Netzwerke und Initiativen**

### Arbeit und Beschäftigung

„Bündnis für Innovation und Beschäftigung der Stadt Halle“ im Rahmen der Landesinitiative „Pakte für Arbeit“ Förderschwerpunkt „Lokales Kapital für soziale Zwecke“	28
3 Ausgewählte Beispiele der Projektförderung nach Schwerpunkten	29
Das Bundes - Programm LOS (Lokales Kapital für soziale Zwecke)	31

### Gesundheit und Soziales

Gesunde Städte-Netzwerk Halle	
Gesundheitszieleprozess für (H)alle	33
Betriebliches Gesundheitsmanagement	33
Schule als gesunden Lebensraum	34
Sport und Gesundheit	35
Frauen und Gesundheit	
Frauengesundheitstage in Stadt Halle (Saale)	35
Frauengesundheits-Kalender	35
Aktion LUCIA	36
Gesundheitliche Prävention	
Kommunaler AIDS-Präventionskreis	36
Präventionsrat gegen Rassismus, Gewalt und Kriminalität – für Toleranz und Integration	37
Integrationsnetzwerk	
Integration und Migration in Halle	38
Netzwerk gegen Drogen	39
Kommunale Berichterstattungen	
Aufbau integrierter Berichtssysteme	40

## Kultur und Soziokultur

Die Themenjahre	43
"Halle an der Saale: Antworten aus der Provinz."	

### **Beispiele für Vernetztes Arbeiten aus den Stadtteilen Silberhöhe und Halle-Neustadt**

#### **Silberhöhe**

Gebietsmanagements und Stadtteilbüro	45
K. u. Q. – Projekte	46
Waldstadt Silberhöhe	47
„Spur der Steine“ – Kunstprojekte auf der Silberhöhe	48

#### **Halle-Neustadt**

Quartiersmanagement und Stadtteilbüro	49
Landesinitiative Urban 21 / Soziale Stadt	50
Neugestaltung Grünzug Am Gastronom	50
Revitalisierung und Erneuerung Neustädter Passage	50
Neubau Cliquentreff Schnatterinchen	51
Neugestaltung Wohngebietszentrum und Grünzug Am Treff – Maßnahme Integrativer Spielplatz/ offener Schulhof auf dem Gelände der Helen-Keller Schule	52
Neugestaltung Stadtpark Am Bruchsee – Maßnahme Kletterturm	53
Projekt „Neustadt-Gärten“	53
Programmplattform E&C – Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten	54
Xenos	54

#### Ehrenamt in Vereinen und Verbänden

Beispiele für die Prozessgestaltung in Halle-Neustadt	55
---	----

Schlussbemerkung	56
------------------	----

## Anhang

- Anlage 1 9-Punkte-Programm zum Beitritt in das Gesunde Städte-Netzwerk der Bundesrepublik Deutschland
- Anlage 2 11 Merkmale „Gesunder Städte“ / WHO Charta Gesundheit 21
- Anlage 3 Gesunde Städte-Aktionsprogramm
- Anlage 4 Lokales Kapital für soziale Zwecke (LOS)  
Projektübersicht 1.Förderperiode Silberhöhe
- Anlage 5 Lokales Kapital für soziale Zwecke (LOS)  
Projektübersicht 2.Förderperiode Silberhöhe
- Anlage 6 Lokales Kapital für soziale Zwecke (LOS)  
Projektübersicht 1.Förderperiode Halle-Neustadt
- Anlage 7 Lokales Kapital für soziale Zwecke (LOS)  
Projektübersicht 2.Förderperiode Halle-Neustadt
- Anlage 8 Gesundheitsziele im Landes Sachsen-Anhalt
- Anlage 9 Organigramm Koordinierungskreis Aids-Prävention
- Anlage 10 Organigramm Integrationsnetzwerk
- Anlage 11 Organigramm Netzwerk gegen Drogen
- Anlage 12 Integrierte regionale Berichtssysteme – Modul 08 Gesundheit als integrierendes Leitziel – Projektübersicht
- Anlage 13 Indikatoren für eine nachhaltige Entwicklung: kommunale Gesundheitsberichterstattung
- Anlage 14 Nachhaltigkeitsregeln - Helmholtz-Forschungsgemeinschaft (HGF)
- Anlage 15 Vernetzungsstruktur im Stadtteil Silberhöhe

## Zusammenfassung

Im vorgelegten Bericht „Lokale Agenda 21 und Gesunde Stadt“ ist der Focus auf Beispiele und Projekte des Agendaprozesses gerichtet, die geeignet sind aufzuzeigen, welche immensen Potentiale in Halle an der Saale vorhanden sind, wie vielfältig das angewandte Instrumentarium bereits ist, um eine nachhaltige, bürgerorientierte Stadtentwicklung zu erreichen.

Die Art und Weise der Gestaltung des Zusammenlebens und die Entwicklung von Kommunikationsstrukturen stehen in diesem Bericht im Vordergrund. Es wird verdeutlicht, welche nachhaltigen Veränderungen über lange Zeiträume möglich sind, wenn der grundsätzliche Wille zur Prozessgestaltung und die bewusste systematische und dauerhafte Bereitstellung von Ressourcen ermöglicht wird.

In der Stadt Halle sind als Vorleistungen Strukturen und Netzwerke aufgestellt, die den Agendaprozess unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit weiter befördern. Die Steuerung der Ressourcen für die Daseinvorsorge der Bürger wird über Planungen z.B. Jugendhilfe-, gemeindenaher Psychiatrieplanung und Altenhilfeplanung erbracht. Dafür unverzichtbar sind Berichte, deren Informationsgehalt die Grundlage der Fachplanungen sind und die Nachhaltigkeit der kommunalen Entwicklungen abbildet. Deshalb werden die vorhandenen Berichtssysteme (Sozialatlas, Umweltatlas) um eine Gesundheitsberichterstattung ergänzt und als integriertes Informationssystem in Form einer integrierten Sozial-, Gesundheits- und Umweltberichterstattung unter dem Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung fortgeschrieben und weiterentwickelt.

## Einführung

### Lokale Agenda 21 und Gesunde Städte - zwei Leitbilder, ein Weg

Gesundheit ist nicht nur die Abwesenheit von Krankheit, sondern der Zustand des vollständigen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlbefindens.

Diesem Ziel der Weltgesundheitsorganisation WHO hat sich 1992 auch die Stadt Halle an der Saale verpflichtet.

In der WHO-Charta wurde die immense Bedeutung anerkannt, die das soziale und natürliche Lebensumfeld für die Gesundheit haben. Nicht nur körperliche Situation, auch psychische Faktoren sind für das Wohlbefinden des Menschen wesentlich.

Hier ergeben sich programmatische Überschneidungen zwischen den Zielen des Gesunde Städte-Netzwerkes und der Lokalen Agenda 21.

Auch die Agenda 21 stellt einen „Zusammenhang zwischen Gesundheit und umweltbezogenen und sozioökonomischen Verbesserungen dar, weshalb sektorenübergreifende Bemühungen erforderlich sind“, wie es beim Weltgipfel für Umwelt und Entwicklung von Rio de Janeiro von 1992 formuliert wurde.

Diese konzeptionellen Gemeinsamkeiten des Gesunde Städte-Netzwerkes und der Agenda 21 müssen in fortgesetzten Gesprächen mit allen Beteiligten weiter definiert und in der Beschäftigung mit den theoretischen Konzepten und der praktischen Umsetzung erarbeitet werden.

Der Beschluss des Rates Nr.: 98/I-38/A-350 zur Lokalen Agenda in der Stadt Halle (Saale) von 1998 sieht vor, einen Teil der Agendaarbeit innerhalb der gut funktionierenden Strukturen des Gesunde Städte-Netzwerkes zu organisieren.

Aus diesem Grund wird der Bericht zur Lokalen Agenda 21 und der Bericht zur Gesunden Stadt gemeinsam vorgelegt.

Die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern in Halle ein wesentlicher Baustein kommunaler Politik. Das spiegelt sich u.a. in der Tatsache wieder, dass die Stadt Halle (Saale) seit 2002 im

Gesunde Städte-Netzwerk der Bundesrepublik Deutschland die Funktion, als Kompetenzzentrum für „stadtteilbezogene, bürgerorientierte Stadtentwicklung“, ausübt. Bei der Umgestaltung der Stadtteile Halle-Silberhöhe und Halle-Neustadt, bringen sich im Sinne der Agenda 21 die Bürgerinnen und Bürger ebenfalls ein. Das gilt auch für die Menschen unter 18 Jahren, die sich im Kinder- und Jugendrat, Gedanken zu ihren Bedürfnissen und Ansprüchen an ihre Lebenswelt machen und sie dort auch äußern. Das wirkt sich auch auf gesundheitliche Aspekte aus, denn Gesundheit ist eine „partizipative Angelegenheit“, so die Charta von Rio, bei der jeder und jede Einzelne für sich definieren muss, was für ihn oder sie persönlich „Wohlbefinden“ bedeutet und wie sich das Leben entsprechend gestalten soll.

Gleichrangig in ihrer Bedeutung als weitere Säulen im Agendaprozess sind Initiativen und Projekte, die sich mit der Erhaltung und Verbesserung der natürlichen Umwelt und unserer nahen Lebensräume beschäftigen. Aus diesem Grund steht am Anfang des Berichtes eine Rückschau und Würdigung der Arbeit des **Agenda Büros** sowie ein Bericht zur Entwicklung und zum Stand von **Initiativen zum Klimaschutz** in unserer Stadt.

## **Agenda-Büro Halle (Saale)**

Im April 1997 richtete der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. Landesverband Sachsen-Anhalt (BUND) in Halle ein Agenda-Büro ein und leistete damit einen wichtigen Beitrag zum In-Gang-setzen eines Agendaprozesses. Das Agenda-Büro versuchte die Zusammenarbeit mit allen am Prozess interessierten gesellschaftlichen Kräften zu koordinieren, erarbeitete eine Dokumentation dieser ersten Schritte und organisierte eine Zukunftswerkstatt. Dieses Agenda-Büro war der Vorläufer des nunmehr fünf Jahre bestehenden Kontakt- und Koordinierungsbüros Agenda 21, das von 1998 bis 2000 im Schülershof 12 im Rahmen einer Fördermaßnahme des zweiten Arbeitsmarktes wirkte und 2001 bis 2004 im Bürogebäude der Stadtwerke tätig war.

Vor der Büro-Gründung gab es durch verschiedene Initiatoren Bemühungen, die Bürger von Halle (Saale) mit den Ideen der lokalen Agenda 21 vertraut zu machen und diese für ein Mitwirken zu gewinnen. Durch das Agenda-Büro bestand nun die Möglichkeit, das vorhandene Potential aller am Prozess interessierten gesellschaftlichen Kräfte zu erschließen und die verschiedenen Aktivitäten zu koordinieren.

Der Anfang gestaltete sich schwierig, da zuerst ein Konzept über die Ziele und Inhalte der Agendaarbeit zu erstellen war. Dies erfolgte durch die Anfertigung einer Dokumentation mit der Zusammenfassung aller wichtigen Schritte. Zu den ersten Erfolgen des Agenda-Büros gehörte die Organisation einer Zukunftswerkstatt im Dezember 1997, die gemeinsam mit dem Gesunde Städte-Projekt in der Villa Jühling vorbereitet und durchgeführt wurde. Im Rahmen dieser Veranstaltung fand eine ressortübergreifende Verständigung über Themenschwerpunkte für die Agenda Arbeit in Halle statt.

Der Stadtratsbeschluss zur Umsetzung einer Lokalen Agenda 21 in Halle (Saale) am 28. Januar 1998, **Beschluss Nr.: 98/I-38/A-350**, brachte auch eine spürbare Belebung des Interesses für die Tätigkeit des Agenda-Büros. Die begonnenen Projekte konnten nun auf einer breiteren Basis weitergeführt. Beispiele waren die Unterstützung der Stadtteilkonferenzen, die Fertigstellung einer Broschüre über bürgerschaftliches Engagement von Einzelbürgern und Gruppen „Bürger für Halle“ oder der „Tag der Umwelt“ als Bürgermarkt mit erweitertem Spektrum.

Zahlreiche neue Vorhaben gestartet werden, beispielsweise die Herausgabe eines Agenda-Reports (4-monatlich), ein Tag des Fußgängers, eine Internetpräsenz oder das bundesweit beachtete Lexikon „Agenda 21 für Einsteiger“.

Die Vertreter des Kontakt- und Koordinierungsbüros Agenda 21 arbeiteten aktiv in dem im April 1997 gegründeten Initiativkreis Agenda 21 mit. Sie führten das Protokoll und

verschickten die Einladungen für die regelmäßig stattfindenden Veranstaltungen. Andererseits nutzte der Initiativkreis das vorhandene Potential des Büros nicht annähernd aus. Durch den über die Jahre wechselnden Teilnehmerkreis wurden immer wieder Fragestellungen über Weg und Ziel des Prozesses neu aufgeworfen, die schon geklärt schienen.

Innerhalb des Initiativkreises konstituierten sich Arbeitsgruppen 1. die AG Naherholung und 2. die AG Indikatoren. Die AG Naherholung traf sich zu einigen Gesprächsrunden. Durch die Tätigkeitsaufnahme der **AG Naherholung** in Verbindung mit der HAL-Sanierungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH wurden konstruktive Ergebnisse vorgewiesen. Die 15 Faltblätter aus der Reihe „Wandern in Halle und Umgebung“ fanden nicht nur bei den Bewohnern der Saalestadt sehr große Resonanz, sondern wurden sogar bundesweit als gelungene Imageprospekte für die Saalestadt gelobt.

Die **AG Indikatoren** hatte nach grundsätzlichen Erwägungen über die Inhalte mit Unterstützung des Agenda-Büros Datenmaterial zusammengetragen. Eine Bewertung dieses Materials erfolgte durch beruflich bedingte Ortswechsel von Mitgliedern nicht mehr. Allerdings flossen einige Aspekte in eine Promotionsarbeit an der halleschen Universität ein.

Wegen fehlender Impulse stellte der Initiativkreis Agenda 21 im Mai 2001 seine Tätigkeit ein. Damit wurde die Arbeit des Kontakt- und Koordinierungsbüros Agenda 21 nicht leichter. Das ursprünglich zur Unterstützung des Initiativkreises eingerichtete Agenda-Büro verfolgte danach mit wechselnder und abnehmender personeller Besetzung bis Mitte 2004 einige Einzelvorhaben insbesondere von Stadtteilbürgerinitiativen.

Der Begriff Agenda 21 und die inhaltliche Hinterlegung sind großen Teilen der Bevölkerung wenig bekannt. Trotzdem bestand Interesse an Veranstaltungen und Aktivitäten des Kontakt- und Koordinierungsbüros Agenda 21. So fanden die Agenda-Ausstellung im Volkspark, das Mitwirken an der Durchführung von Stadtteilkonferenzen und Bürgerversammlungen oder die Faltblattserie zu Bürgerinitiativen in der Saalestadt eine starke Beachtung.

Die Bemühungen des Kontakt- und Koordinierungsbüros Agenda 21 die Agendaarbeit in Halle (Saale) voran zu bringen, brachten eine Reihe positiver Ergebnisse:

- Mitwirkung an den verschiedenen Arbeitskreisen des erfolgreich tätigen Gesunden-Städte-Projektes
- Unterstützung von Bürgerinitiativen – die öffentlichkeitswirksame Vorstellung des Wirkens der einzelnen Bürgerinitiativen erfolgte in ca. 10 Faltblättern
- Erfolgreiche Mitarbeit an der Arbeitsgruppe zur Durchführung des bundesweiten Wettbewerbs „Entente Florale – unsere Stadt blüht auf“ (Stadt Halle erhielt für ihre Konzeption eine Silbermedaille)
- Unterstützung des aus dem Planspiel Innenstadt hervorgegangenen Arbeitskreises Leitbild
- Mitwirkung an der Gründung der Arbeitsgruppe „Direktvermarktung von Produkten in der Region mittlere Saale“
- Vertiefung der Zusammenarbeit mit dem Eine-Welt-Haus (Veranstaltungen zur Integration von Ausländern)
- Durchführung oder Beteiligung von Präsentationsveranstaltungen zu Agenda-Themen, z.B. zu den Sachsen-Anhalt-Tagen
- Unterstützung des Projektes „Klimaschutz macht Schule“

Empfehlenswert ist die Fortführung der Vorstellung von Bürgerinitiativen und der Informationsblattserie „Wandern in Halle und Umgebung“. Dazu ist die Unterstützung von Sponsoren erforderlich. In erster Linie kommen dafür die Unternehmen der Stadtwerke in Betracht. Insbesondere die Energieversorgung Halle hat durch die jahrelange kostenlose Überlassung von Büroräumen die damalige Kontaktstelle unterstützt.

## Klimabündnis



Mit Beschluss der Stadtverordnetenversammlung Nr. 92/I-33/704 vom 16.12.1992 ist die Stadt Halle (Saale) dem „Klima-Bündnis der europäischen Städte mit indigenen Völkern der Regenwälder/Alianza del Clima e.V.“ im Gründungsjahr beigetreten. Derzeit gehören dem Bündnis ca. 1260 Städte, Gemeinden und Kreise an. Als Mitgliedsbeitrag wurden 2004 1412,90 Euro entrichtet (0,006 Euro/(EW\*a)).

Ausgabenstruktur des Klimabündnis:

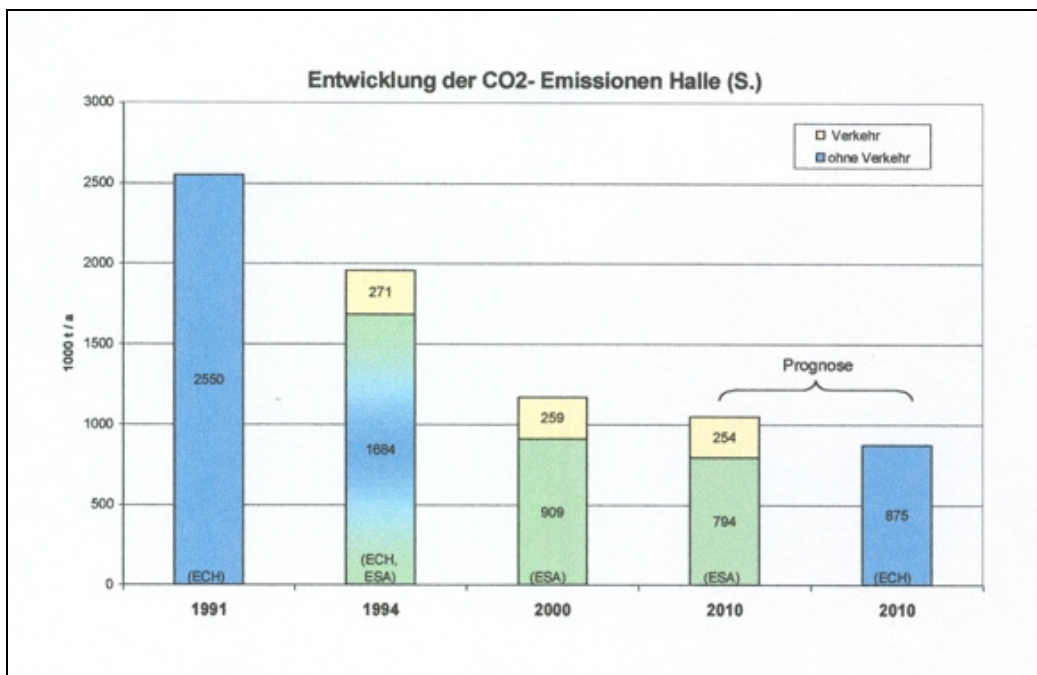
Personalkosten, Honorare und Werkverträge verwendet.	57 %
Publikationen, Veranstaltungen, Reisekosten	20 %
Dienstleistungen, Unterverträge und Weiterleitungen an Projektpartner.	11 %
Verwaltungs- und Bürokosten	6 %
COICA-Projekte in Amazonien.	5 %

Quelle: Jahresbericht 2003

Wesentliches Ziel des Klimabündnisses ist die Emissionsreduzierung des Treibhausgases Kohlendioxid um 50 % bis 2010 bezogen auf das Basisjahr 1987.

Im Auftrag der Stadt Halle (Saale) wurde in den Jahren 1995/96 ein Klimaschutzkonzept mit CO<sub>2</sub>-Minderungsstrategie mit den beiden Teilen Energie und Verkehr erarbeitet.

In der Bilanz des Teils Energie wurde von jährlichen 2.550 kt CO<sub>2</sub>-Emissionen (Wärme + Strom) im Jahr 1991 ausgegangen. Im Jahr 1994 betragen die CO<sub>2</sub>-Emissionen 1.684 kt, begründet durch Brennstoffumstellungen und Fernwärmesanierungen. Das Konzept prognostizierte seinerzeit unter Berücksichtigung des Zuwachses im Gewerbebereich (ca. 40 kt CO<sub>2</sub>) Emission von 875 kt CO<sub>2</sub> pro Jahr für das Jahr 2010. Dies entspräche einer Reduzierung um 66 % gegenüber den Stand von 1991 und 48 % gegenüber dem Stand von 1994.



Quelle: ESA

Im Jahr 2002 aktualisierte die Energieagentur Sachsen-Anhalt die Angaben (CO<sub>2</sub>-Bilanz bis zum Jahr 2000 und Prognose 2010 für die Stadt Halle (Saale)). Dabei wurde für das Jahr 2000 eine energiebedingte CO<sub>2</sub>-Emission von 909 kt ermittelt. Bezieht man den Primärenergieverbrauch der Jahre 1994 und 2000 auf die jeweilige Einwohnerzahl, dann ergibt sich ein leichter Rückgang von 17 auf 14,5 MWh/(EW\*a). Das verdeutlicht, dass der Einwohnerrückgang in Halle (Saale) einen Einfluss auf die Primärenergie-verbrauchsentwicklung besaß. Die aktualisierte Prognose für das Jahr 2010 ergibt einen Rückgang der CO<sub>2</sub>-Emissionen auf 41 % des Wertes von 1991 (1991 ohne Verkehr).

Grundsätzlich ist festzustellen, dass durch Sparzwänge des städtischen Haushalts, die zur Reduzierung des Energieverbrauchs beitragen, sich auch die CO<sub>2</sub>-Bilanz günstiger gestaltet. So wurden für die

Straßenbeleuchtung im ersten Klimaschutzkonzept vorgeschlagen, Leuchtmittel mit hoher Lichtausbeute einzusetzen, Quecksilberdampf- gegen Natriumdampfhochdrucklampen auszutauschen usw., was fortlaufend erfolgte. Der erzielte Effekt durch die generelle Abschaltung von Straßenlampen ist natürlich deutlich höher.

Zur Emissionsreduzierung trugen und tragen die nachfolgend aufgeführten Vorhaben in unterschiedlichem Maße bei.

## **Klimaschutz macht Schule**

Im Jahr 1996 rief das damalige Umweltamt der Stadt Halle (Saale) alle haleschen Schulen zu einem Wettbewerb unter dem Motto "Wer wird das beste E-Team?" auf. Zirka 60 Real- und Sekundarschulen sowie Gymnasien erhielten ein Flugblatt mit einer Energiecheckliste, mit deren Hilfe die Schüler selber ihr Nutzerverhalten überprüfen sollten.

Fast zur gleichen Zeit trat der Bund für Umwelt- und Naturschutz e.V. Halle an die Ämter der Stadtverwaltung Halle (Saale) und die haleschen Stadtwerke mit der Idee heran, an den Schulen der Saalestadt ein Projekt zum Energiesparen zu organisieren. Um die Aktivitäten zum Thema Energiesparen nicht unabhängig und parallel nebeneinander laufen zu lassen, galt es die beiden Initiativen zusammenzuführen.

So wurde das **Gemeinschaftsprojekt "Klimaschutz an haleschen Schulen"** gegründet, an dem sich der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. Halle (BUND), die Energieversorgung Halle GmbH, das Staatliche Schulamt Halle, das Hochbauamt, das Schulverwaltungsamt und das Umweltamt der Stadt Halle (Saale) beteiligten.

Als wichtigstes Ziel des Projektes wurde das Reduzieren der Kohlendioxidemissionen durch nichtinvestive Maßnahmen formuliert. Damit sollten die Bemühungen der Stadt Halle (Saale) unterstützt werden, die Verpflichtungen als Mitgliedskommune im Klimabündnis der europäischen Städte umzusetzen.

In den ersten drei Jahren des Projektes sanken durch geringeren Energieverbrauch (Veränderung des Nutzerverhaltens) die CO<sub>2</sub>-Emissionen um ca. 2 Millionen Kilogramm. Das sind rund 18 % der Gesamt-CO<sub>2</sub>-Emissionen der am Projekt beteiligten Schulen.

Im Februar 1997 wurden alle Schulen der Saalestadt Halle (Saale) bzgl. Interesse und zur möglichen Teilnahme und Mitarbeit am Projekt befragt. Insgesamt konnten 10 Schulen für das Vorhaben gewonnen werden. Dazu gehörten zwei Grundschulen, fünf Sekundarschulen, eine Ganztagschule, ein Gymnasium und die Ökologie-Schule Halle Franzigmark.

Die Stadtverwaltung Halle entschied, dass 40 Prozent der eingesparten Energiekosten an die jeweilige Schule fließen, um in Energiesparmaßnahmen investiert zu werden; 40 % fließen in den städtischen Haushalt zurück. Als finanziellen Anreiz sollten den Schulen darüber hinaus 20 Prozent der eingesparten Kosten für projektunabhängige Materialien und Geräte zur Verfügung gestellt werden.

An den teilnehmenden Schulen wurden zunächst "E-Teams" gegründet, die sich aus interessierten Schülern, engagierten Lehrkräften und den Hausmeistern zusammensetzten.

Diese konnten im Rahmen von Schulungen von Fachleuten erfahren, wie noch besser Einfluss auf das Nutzerverhalten im Umgang mit Energie genommen werden kann. Danach folgten so genannte Energierundgänge, bei denen nach vorhandenen Schwachstellen gesucht und konkrete Einsparpotentiale ermittelt wurden.

Überheizte Räume, falsche Steuerung von Heizungsanlagen oder Dauerbetrieb von Warmwasserboilern waren beispielsweise Ursachen für hohe Wärmeverbrauchswerte. Die aufgedeckten Schwachstellen konnten teilweise ohne großen Aufwand abgestellt werden.

Vor dem Projektstart erfolgte durch die Verwaltung eine Verbrauchsanalyse für die einzelnen Objekte, um genaue Vergleichsmöglichkeiten zum Energieverbrauch für den Projektzeitraum zu haben.

Das Projekt "Klimaschutz macht Schule" sollte zunächst auf einen Zeitraum von zwei Jahren begrenzt sein, wurde aber **bis zum Schuljahr 2003/2004 erfolgreich mit bis zu 21 Schulen und schulischen Einrichtungen weitergeführt.**

Im 1. Projektjahr wurden 100.000 DM Elektroenergiekosten eingespart und im letzten Schuljahr, dem bereits 7. Projektjahr, wurden immerhin noch ca. 30.000,- Euro Kosten für Elektroenergie zuzüglich Wärmeenergie eingespart.

Das Ziel des Projektes, durch verändertes Nutzungsverhalten Energie einzusparen und damit Kosten zu senken, wurde erreicht, aber durch eine veränderte Situation in der halleischen Schullandschaft (Schließungen bzw. Fusionierung von Schulen und damit verbundene neue Ausgangssituation) ergibt sich die Frage nach dessen Fortführung.

Von 15 befragten Projektteilnehmern äußerten sich 2 Schulen positiv zur weiteren Teilnahme am Projekt.

Gründe dafür sind unter anderem:

- Optimierungsmaßnahmen in den Schulen, d.h. Schließung von Schulen und damit verbundene Umzüge (entspr. Mittelfristiger Schulentwicklungsplanung);
- durch den Abgang von Lehrern teilweise kein Ersatz für Projektbetreuung;
- notwendige bauliche Veränderungen werden nicht durchgeführt
- die Grenze der Einsparungen ist erreicht
- Lehrer legen oft Schwerpunkt auf andere Probleme und somit bleibt diese Zusatzaufgabe oft an den Hausmeistern „hängen“
- oft mangelnde Kenntnisse über die Heizungsanlage; fehlende oder fehlerhafte Isolation an den technischen Einrichtungen u.a.

Bei Vor-Ort-Terminen in verschiedenen Schulen war überwiegend eine deutlich fehlende Motivation an einer Weiterführung des Projektes erkennbar, resultierend aus den genannten Gründen.

Trotz aller gegenwärtiger Probleme und veränderten Bedingungen sind 7 Jahre erfolgreiche Projektarbeit aber auch eine Chance, mit allen beteiligten Partnern neue Möglichkeiten zu erschließen, diese konkret abrechenbare Maßnahme fortzuführen.

Erfahrungen projektbeteiligter Schulen und von zwei Kitas machen aber deutlich, dass Erfolge durch Nutzerverhaltensänderung nur durch eine kontinuierliche pädagogische Projektarbeit und Fortbildung möglich ist.

Überlegenswert in diesem Zusammenhang ist, das bisherige Finanzierungsmodell durch das „Fifty-Fifty-Modell“ zu ersetzen, d.h.: 50% der eingesparten Bewirtschaftungskosten für die Haushaltskonsolidierung und 50% zur freien Verfügung der Schulen. Der erhöhte Anreiz lässt sicher auch mehr Zuspruch erwarten. Dieses Modell hat sich bundesweit bewährt

Eine Erweiterung des Projektes auf (städtische) Kitas ist ebenfalls zu prüfen, einerseits unter dem Aspekt einer frühzeitigen Sensibilisierung der Kleinsten mit dem Thema Umweltschutz, andererseits unter dem wirtschaftlichen Aspekt, der zur Motivation aller Beteiligten genutzt werden sollte.

## **Energiecontrolling in kommunalen Liegenschaften**

Zur effektiven Bewirtschaftung der öffentlichen Liegenschaften der Stadt Halle (Saale) im Hinblick auf den Energie- und Medienverbrauch (incl. Ab-/Wasser) wurde 1998 damit begonnen, ein Energie-Management-System einzuführen.

Mit der deutlichen **Reduzierung der Energieverbräuche** sollte das Klimaschutzkonzept der Stadt Halle (Saale) umgesetzt und ein nachhaltiger Beitrag zum Klimaschutz geleistet werden. Hinzu kommt, dass die Bewirtschaftungskosten der Liegenschaften ohne Komfortverlust reduziert werden können.

Voraussetzung für den Aufbau eines effektiven Energiemanagements stellt insbesondere die Einführung eines Energiecontrollings dar. Es beinhaltet das permanente und dauerhafte Überwachen der Verbräuche von Gebäuden und Anlagen (d.h. ohne Investitionen).

Für ein wirksames Energiecontrolling beabsichtigte die Stadt Halle in dem Fördermittelantrag an die „Stiftung Klimaschutz in Sachsen-Anhalt“, mittelfristig alle Liegenschaften mit Energie- und Wasserkosten von mehr als 25.000 Euro/Jahr mit Systemen zur automatischen Verbrauchserfassung auszustatten.

Die Verrechnungszähler und ggf. wichtige Unterzähler sollten über einen potentialfreien Impulskontakt auf Datenlogger aufgeschaltet werden. Von hier werden die Daten über ein Modem auf einen Rechner übertragen, wo entsprechende Auswertungen durchgeführt und Maßnahmevorschläge erstellt werden.

Das Projekt wurde durch die „Stiftung Klimaschutz in Sachsen-Anhalt“ gefördert.

Durch das automatisierte Energiecontrolling können wesentlich mehr Aspekte des Verbraucherverhaltens erfasst und analysiert werden.

Zu Beginn des Projektes 1998 wurden 20 Liegenschaften unter dem Gesichtspunkt ausgewählt, einen möglichst repräsentativen Querschnitt der in der Stadt vorhandenen Objekte darzustellen. Derzeitig sind es 27 Objekte. Schwerpunkt bilden dabei Verwaltungsgebäude und Schulen mit unterschiedlichem Baujahr, Sanierungszustand und differenzierter Nutzungsart, wobei sowohl zentrumsnahe als auch Objekte im Randbereich vertreten sind. Die mittels Energiecontrolling erreichbaren Einsparungen liegen erfahrungsgemäß im Bereich 10 bis 20 %.

Der Stromverbrauch konnte im Jahr 2003 gegenüber dem Vergleichsjahr 2000 jedoch nur um 3% und der witterungsbereinigte Heizwärmeverbrauch um nur 1% gesenkt werden. Dagegen wurde eine Reduzierung des Wasserverbrauchs um 41% im gleichen Zeitraum erreicht. Hier wird deutlich, dass weitere Anstrengungen erforderlich sind, um spürbare Entlastungen für den städtischen Haushalt zu erreichen.

Nach Auskunft des Zentralen GebäudeManagements (ZGM) können leider aufgrund der schwierigen Haushaltslage notwendige Investitionen nur in geringem Umfang erfolgen. Im Jahr 2005 sind die Erneuerung von drei Hausanschlussstationen und weitere Einbindungen von Gebäudeleittechnik vorgesehen.

Es wird daran gearbeitet, das System auf eine Vielzahl weiterer energieverbrauchsrelevanter Liegenschaften der Stadt zu erweitern, da bereits spezifische Energiekennwerte und die Abschätzung des Einsparpotentials für 40 Objekte vorliegen.

Bereits im April 1993 beschloss die hallesche Stadtverordnetenversammlung eine **Fernwärmesatzung** mit der Ausweisung von Fernwärmevorranggebieten mit Anschluss- und Benutzungszwang. Die gesamte Fernwärmeerzeugung erfolgt durch Kraft-Wärme-Kopplung.

Die Stadt Halle (Saale) beteiligte sich als eine von 20 Modellstädten an der bundesweiten Kampagne zur CO<sub>2</sub>-Vermeidung bei Kommunen und Verbrauchern mit der Zielstellung, Energieeinsparung in Wohnungen der Wohnungsgesellschaften und -genossenschaften anzuschieben. Unterstützt wurde der **Energietisch** durch die Stadt- und Saalkreissparkasse Halle, die Energieversorgung Halle und das damalige städtische Umweltamt.

Für das Modellgebiet Reilshof wurde ein Sanierungskonzept erarbeitet. Daraufhin prüfte der Energietisch verschiedene Varianten zur Sanierung der Gebäudehülle, der Heizungsanlagen und zur Nutzung von Solarenergie. Im Ergebnis dieser Untersuchungen entstanden ein Energiekonzept zur Wärmeversorgung und Warmwasseraufbereitung sowie ein Konzept für die Fassaden-, Dach- und Fenstersanierung. Außerdem wurden der Bau einer solarthermischen Anlage und die Installation einer Be- und Entlüftung mit Wärmerückgewinnung befürwortet.

Durch die Modernisierungsmaßnahmen hätte der Heizwärmebedarf von 287 kWh/m<sup>3</sup> auf 69 kWh/m<sup>3</sup> gesenkt werden können. Auch die jährlichen Kohlendioxidemissionen hätten sich entsprechend verringert.

Aufgrund des bis zum Abschluss des Energietischs Erreichten und der guten Zusammenarbeit von Vertretern unterschiedlicher Institutionen wurde beschlossen, die Arbeit im Rahmen eines Vereines fortzuführen. Dieser nahm unter dem Dach der Gasgemeinschaft seine Tätigkeit auf und wird jetzt in der Energiegemeinschaft Halle (Saale) e.V. fortgeführt.

Eine Realisierung des Projektes durch den Eigentümer erfolgte nicht.

Im Bereich der **Nutzung alternativer Energien** konnten einzelne städtische Projekte realisiert werden. Zu ihnen zählen unter anderem eine Photovoltaik-Anlage und eine solarthermische Anlage im Bergzoo Halle. Vom Verein regstrom e.V. wurde die Installation von Fotovoltaikanlagen an öffentlichkeitswirksamen Orten verfolgt. regstrom e.V. ist ein gemeinnütziger eingetragener Verein zur Förderung der regenerativen Stromerzeugung für Halle, der die zusätzlichen Einnahmen aus dem Verkauf von *Halplus Ökostrom* der Energieversorgung Halle satzungsgemäß verwaltet und einsetzt. Den Vorschlägen des Vereins standen in der Regel die Belange des Denkmalschutzes entgegen.

Die Nutzung von Windkraft spielt im Stadtgebiet von Halle (Saale) keine Rolle, da in der Windpotentialstudie des Landes Sachsen-Anhalt nur marginale Flächen an der Stadtgrenze geeignet sind. Der im Klimaschutzkonzept genannte Goldberg scheidet aus Naturschutzgründen aus. regstrom e.V. führte zur Problematik der Windkraftnutzung im Vorjahr eine Podiumsdiskussion durch.

Seit 1997 wird an der Saline ein Brennstoffzellen-Blockheizkraftwerk betrieben.

Derzeit laufen die Planfeststellungsverfahren zur Wasserkraftnutzung an der Papiermühle Kröllwitz und am Pulverweidenwehr.

Im Klärwerk Halle-Nord werden Faulgase und auf der Deponie Halle-Lochau werden Deponiegase thermisch genutzt.

Mit der Eröffnung der ersten öffentlichen **Erdgastankstelle** in den neuen Bundesländern wurde ein Anreiz für den verstärkten Einsatz des Treibstoffes Erdgas geschaffen. Sieben Busse, 19 PKW und 3 LKW bei den Unternehmen der Stadtwerke und acht PKW der Stadtverwaltung, die mit Erdgas betrieben werden, tragen auch zur CO<sub>2</sub>-Verringerung bei.. Der Energieversorger EVH fördert die Umrüstung von Fahrzeugen auf Erdgasantrieb. Für den Bau weiterer Erdgastankstellen liegen Anträge bei der Verwaltung vor.

Die aufgeführten Vorhaben zum Klimaschutz in der Saalestadt wurden und werden auch weiterhin von zahlreichen kleineren Aktivitäten begleitet. Dazu gehören regelmäßig entworfene Publikationen (z.B. Faltblätter, Persönliche CO<sub>2</sub>-Bilanz), Plakate und Presseartikel. Der FB Umwelt rief mit dem Faltblatt "Klimaschutz im Büro" alle Mitarbeiter der Stadtverwaltung zum aktiven Klimaschutz auf.

Der alljährlich in Halle (Saale) durchgeführte Fahrrad- und Umwelttag greift mit verschiedenen Schwerpunkten die Ziele des Klimabündnisses auf.

Das Klimabündnis ist auch der deutsche Koordinator des europaweiten Aktionstages „**In die Stadt – ohne mein Auto!**“ und der „Europäischen Woche der Mobilität“.

Am 22. September 2000 fand zum ersten Mal in ganz Europa ein autofreier Tag statt. An der damals in 14 EU-Staaten und der Schweiz durchgeführten Aktion beteiligte sich auch die Stadt Halle (Saale).

Der Aktionstag soll den Bürgerinnen und Bürgern ermöglichen, alternative Fortbewegungsmöglichkeiten zu entdecken und für einen Tag ihre verkehrsberuhigte Stadt zu genießen. Der Tag bietet die Chance, in einen gemeinsamen Dialog zwischen Bürgerinnen und Bürgern mit den Verkehrsplanern zu treten. Das Ziel des Tages ist es nicht, das Auto zu verdammen oder die Bürgerinnen und Bürger für ihren Wunsch nach mehr Mobilität anzugreifen.



Abb.: Straßentheater in der Leipziger Straße zum Autofreien Tag

Inzwischen beteiligen sich europaweit ca. 1500 Kommunen, davon 100 in Deutschland. Die Stadt Halle (Saale) hat sich in jedem Jahr mit unterschiedlichen Angeboten eingebracht. "Alternativen zum eigenen Auto", Wanderrouen, der Fahrradstadtplan oder das Projekt "Wohnen ohne eigenes Auto" am Johannesplatz wurden vorgestellt. Die Mitarbeiter der Stadtwerke Halle GmbH erklärten die Funktionsweise eines erdgasbetriebenen Autos und informierten über entsprechende Fördermöglichkeiten der Umrüstung. Der Fachbereich Umwelt organisierte eine Fahrradexkursion.

Die verkehrliche Situation zu Beginn der 90er Jahre war von einem raschen Anstieg der Motorisierung verbunden mit Fahrgastrückgängen im ÖPNV gekennzeichnet. Die Bevölkerungsentwicklung war stark rückläufig, ebenso die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten.

Vor diesem Hintergrund wurde das Verkehrspolitische Leitbild formuliert (1997), dessen Ziele im Kern bis heute Bestand haben. Im Zentrum steht die ausgewogene Berücksichtigung der Mobilitätsanforderungen aller Verkehrsteilnehmer. So wurden im Laufe der 90er Jahre Konzepte für die Förderung des Fuß- und Radverkehrs, des Öffentlichen Verkehrs und des Motorisierten Individualverkehrs formuliert und politisch bestätigt.

Die Ausgangsbedingungen für die Aufrechterhaltung eines hohen Anteils Verkehrswege, die im Umweltverbund (Fuß, Rad, ÖPNV) zurückgelegt werden, wurden für die Stadt Halle positiv eingeschätzt. Die kompakte Bauweise und das dichte Straßenbahnnetz bilden die hauptsächlichlichen Grundlagen hierfür.

Trotz der eingetretenen Veränderungen im Verkehrsverhalten der Bevölkerung hat sich diese Grundannahme bestätigt. Folgende Zahlen können das sehr gute Abschneiden der Stadt in Bezug auf die Fortbewegung im Umweltverbund zeigen:

	Westdt.	Ostdt.	Bund	Halle
Autofreie Haushalte	15%	25%	20%	40%
Fuß	22%	26%	23%	28%
MIV	62%	57%	60%	45%
Rad	8%	10%	9%	9%
ÖPNV	8%	8%	8%	19%

(Angaben: Westdeutschland, Ostdeutschland, Bundesgebiet nach KONTIV 2002; Stadt Halle (Saale) nach SrV 2003)

Hier zeigt sich, dass insbesondere die Nutzung des PKW bei den täglichen Wegen nicht zum bundesdeutschen Niveau aufgeschlossen hat. Dennoch hat sie, betrachtet man die Entwicklung der Verkehrsmittelwahl in Halle rückblickend bis 1972, mit 45% im Jahr 2003 einen Spitzenwert erreicht.

Die Ursache hierfür liegt in der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung, die der individuellen Mobilität einen hohen Stellenwert zumisst. Straßennetzerweiterungen, die die Nutzung des PKW tendenziell fördern, sind in Halle seit 1990 nur in geringem Umfang vorgenommen worden.

In den Jahren 1997 bis 2003 sind sowohl das allgemeine Verkehrsaufkommen als auch die Fahrgastzahlen der HAVAG annähernd in der Größenordnung des Bevölkerungsaufkommens zurückgegangen. Die anteiligen Verhältnisse blieben in etwa stabil, die Zahl der verkauften Fahrscheine ging kaum zurück.

Ursache hierfür sind vor allem die Netzerweiterungen der Straßenbahn, die sukzessive neue Angebote ermöglichen und vor allem auch in Zukunft die hervorragende Erreichbarkeit der Innenstadt ohne Auto gewährleisten. Nach den Ergebnissen der Bürgerumfrage 2003 erreichen 71,1% der Einwohner die Innenstadt mit den Verkehrsmitteln ÖPNV, Fuß und Fahrrad.

Dies zeigt auch, dass die neu geschaffenen Stellplatzkapazitäten hier keinen negativen Einfluss ausgeübt haben. Weitere Stellplatzanlagen mit großen Kurzzeitparkkapazitäten werden in der Innenstadt nicht geplant. Die flächenhafte Parkraumbewirtschaftung mit einer Ausdehnung der Kostenpflicht für öffentliche Stellplätze im Innenstadtgürtel wird fortgesetzt.

Zu verfolgen sind in den kommenden Jahren die Auswirkungen des Bevölkerungsrückganges und der Stadtschrumpfung auf die Mobilität. Für den Zeitraum bis 2010 wird eine Abnahme der Einwohnerzahlen um ca. 5% prognostiziert.

Da die individuellen Fahrleistungen voraussichtlich weiter ansteigen, Verkehrsstaus und

–behinderungen nachlassen und wohnungsnaher Infrastruktureinrichtungen geschlossen werden, ist es möglich, dass der Rückgang des Verkehrsaufkommens hinter der Bevölkerungsabnahme zurückbleibt. Auf der anderen Seite nimmt die fahrfähige Bevölkerung (ab 18 Jahren) bis 2010 noch um ca. 20.000 Personen ab und die Zahl der zugelassenen PKW geht weiterhin zurück.

Auf der Basis regelmäßiger automatischer und manueller Verkehrszählungen wird die Entwicklung des Verkehrsaufkommens analysiert. Die nächste Verkehrserhebung „Mobilität in Städten“, an der die Stadt Halle teilnimmt, wird voraussichtlich im Jahr 2008 durchgeführt. In der Bürgerumfrage 2005 werden einige Aspekte zum Mobilitätsverhalten mit erhoben werden.

## Entwicklung von bürgerschaftlichem Engagement

### Bürger Stiftung Halle – Stern für Stern

Die Idee ist einfach: Viele Bürgerinnen und Bürger spenden in eine gemeinsame Stiftung. Im Gegensatz zu einer Spende bleibt das gestiftete Kapital dauerhaft erhalten. Allein von den Zinsen fördert und initiiert die Bürgerstiftung Projekte von Bürgern für Bürger in unserer Stadt – in Erziehung, Kunst, Wissenschaft und Kultur, in sozialer Arbeit oder Umwelt und Denkmalschutz. Immer dann, wenn sich Hallenserinnen und Hallenser für andere Menschen oder das Gemeinwesen engagieren, will die Bürger.Stiftung.Halle unterstützend tätig werden.



Stiften zahlt sich aus!

Werden Sie Antifiterin!  
Werden Sie Anstifter!

Weitere Informationen erhalten  
Sie unter:

[www.buerger.stiftung.halle.de](http://www.buerger.stiftung.halle.de)

Tel.: (0345) 685 87 96

[buerger.stiftung@halle.de](mailto:buerger.stiftung@halle.de)

Spendenkonto:

71 72 73 7

BLZ: 800 937 84

Zweck: Stiftungskapital  
(Bitte Adresse angeben.)

Wer der Bürgerstiftung 500 Euro oder mehr zuwendet, darf dem Stiftungsforum angehören. Mitglieder dieses Gremiums haben das Recht, den Vorstand und das Kuratorium zu beraten und auf diese Weise die Geschicke der Stiftung mitzubestimmen. Natürlich müssen es nicht gleich 500 Euro sein. Jeder Betrag ist wertvoll, weil er auf Dauer angelegt ist und auch zukünftige Generationen bei ihrem Engagement für die Menschen in unserer Stadt unterstützen wird.

Die Bürgerstiftung Halle wurde am 25. Mai 2004 mit einem Grundkapital von 39.000 Euro gegründet. Insgesamt 75 Stifterinnen und Stifter haben Beträge zwischen 10 und 5000 Euro gestiftet. Studierende, Erwerbslose und Rentner ebenso wie Unternehmen und Selbstständige. Seitdem wächst unser Bürgervermögen weiter. Unter [www.buerger.stiftung.halle.de](http://www.buerger.stiftung.halle.de) können Sie den jeweils aktuellen Stiftungsstand erfahren.

#### **Jeder gestiftete Betrag wird verdoppelt**

Ab dem 2. Juli 2004 wird die Volksbank Halle 12 Monate lang jede Zuwendung ins Stiftungskapital verdoppeln. Wenn die Bürgerinnen und Bürger stiften, stiftet die Volksbank denselben Betrag mit. Der Fond ist auf 25.000 Euro begrenzt und bis zum 2. Juli 2005 gültig.

### Erste geförderte Projekte der Bürger Stiftung Halle

Die Volksbank Halle (Saale) eG stellte der Bürgerstiftung 25 000 Euro zur Förderung von Projekten zur Verfügung. Nach Abschluss der ersten Antragsphase haben Kuratorium und Vorstand der Bürgerstiftung auf einer gemeinsamen Sitzung beschlossen, die folgenden Projekte finanziell zu unterstützen:

---

**Peißnitzhaus e.V. – Bürgerfrühstück „Gesamtkonzept Peißnitz“**

---

Die Peißnitz und das Peißnitzhaus liegen vielen Hallenserinnen und Hallensern am Herzen. Die Idee, im Rahmen eines Bürgerforums mit Hallensern über die Nutzungsmöglichkeiten ins Gespräch zu kommen, entspricht dem Ziel der Bürgerstiftung, Bürgerbeteiligung und Verantwortung für das Gemeinwesen zu fördern und zu stärken. Darüber hinaus begrüßt die Bürgerstiftung den Mut und das Engagement mit der die vorwiegend junge Initiative sich für die Wiederbelebung des Peißnitzhauses einsetzt.

---

### **Jugenduni Halle – Vorlesungen für Jugendliche zu stadtbezogenen Themen**

---

In der Bildung junger Menschen liegt die Zukunft auch für unsere Stadt. Die Jugenduni Halle veranstaltet Vorlesungen für Schülerinnen und Schüler und will auf diese Weise bei jungen Menschen die Lust aufs Studieren wecken. Das Projekt geht auf die Initiative junger Menschen zurück. Dieses Engagement zu unterstützen und dabei gleichzeitig stadtbezogene Themen und Fragestellungen an Schüler zu vermitteln, betrachtet für die Bürgerstiftung Halle als besonders förderungswürdig.

---

### **Jugendwerkstatt Frohe Zukunft – „Trickkiste“**

---

Halle ist nicht nur eine Stadt der Kultur, sondern auch eine Stadt der Kulturen. Im Projekt „Trickkiste“ erarbeiten Schüler deutscher und nichtdeutscher Herkunft gemeinsam Trickfilme und lernen dabei Verständnis, Toleranz und die Fähigkeit, friedlich miteinander zu leben und zu arbeiten. Nach Ansicht der Bürgerstiftung trägt damit dieses Projekt dazu bei, das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft und somit das geistige und soziale Klima in unserer Stadt zu verbessern.

---

### **Happy Birthday Händel Förderverein e. V. – Internationales Chorfest**

---

Georg Friedrich Händel ist ein wichtiger Identifikationspunkt in unserer Stadt. Die durch den Förderverein initiierte „Geburtstagsfeier“ zieht zahlreiche musikbegeisterte Sängerinnen und Sänger aus der ganzen Welt in die Saalestadt. Das Projekt hebt die Stärken unserer Region hervor und sorgt dafür, dass Halle nicht für die Hallenser selbst, sondern weltweit als eine Kulturstadt anerkannt und geachtet wird.

---

### **Verein zur Bewahrung des Volkmannschen Erbes – Rettung und Restaurierung des Denkmals von Richard von Volkmann**

---

Der Arzt und Universitätsprofessor Richard von Volkmann führte während seiner Wirkungszeit in Halle bahnbrechende Neuerungen im Bereich der Chirurgie und Orthopädie ein. Er konzipierte den chirurgischen Neubau der Universitätsklinik und schrieb unter dem Pseudonym Richard Leander Geschichten und Märchen. Die Bürgerstiftung unterstützt das Vereinsvorhaben, weil auf diese Weise an einen bedeutenden Hallenser erinnert wird.

## **Ehrenamtspreis der Stadt Halle**

*ein gemeinsamer Wettbewerb von Freiwilligen-Agentur Halle-Saalkreis e. V. und der Stadt Halle*

Seit 2002 schreiben die Freiwilligen-Agentur Halle-Saalkreis und die Stadt Halle gemeinsam den Preis „engagiert für halle“ aus, um das vielfältige ehrenamtliche Engagement der Bürgerinnen und Bürger von Halle zu würdigen. Während 2002 Einzelpersonen für ihr ehrenamtliches Engagement gewürdigt wurden, stehen mittlerweile Vereine und Initiativen für besondere ehrenamtliche Projekte im Mittelpunkt der Auszeichnung. Jeder Bürger/ jede Institutionen kann dazu Vorschläge einreichen. Vorgeschlagen werden können für den Preis „engagiert für halle“ Projekte, Initiativen oder Vereine, die in Halle tätig sind und durch bürgerschaftliches/ ehrenamtliches Engagement Projekte realisieren.

Regional tätige Unternehmen übernehmen seit 2003 für die prämierten Organisationen/ Initiativen eine einjährige Patenschaft. Die Patenschaft wird durch die beteiligten Partner selbst



gestaltet und durch die Freiwilligen-Agentur Halle-Saalkreis e.V. begleitet. Im Rahmen dieser Patenschaft werden die Projekte bedarfsbezogen ideell, finanziell oder anderweitig unterstützt, z.B. durch öffentlichkeitswirksame Aktionen, durch Unterstützung der Unternehmensmitarbeiters oder durch die materielle Unterstützung eines Projektes.

Zum dritten Mal schrieben die Stadt Halle (Saale) und die Freiwilligen-Agentur Halle-Saalkreis e.V. diesen Preis 2004 zur Würdigung freiwilligen Engagements hallescher Bürgerinnen und Bürger aus. Angeregt durch das Themenjahr der Stadt Halle (Saale) und der Franckeschen Stiftungen „Aufklärung durch Bildung“ stand ehrenamtliches Engagement in Vereinen und Projekten im Mittelpunkt, das in Halle Bildungsaktivitäten unterstützt und durchführt. Ob im Rahmen von ehrenamtlichen sozialen oder kulturellen Initiativen, in der Ausbildung von Nachwuchs bei der Freiwilligen Feuerwehr oder im Sportbereich – das Feld ehrenamtlicher Betätigungsmöglichkeiten rund um das Thema Bildung ist sehr vielfältig.

Die **Freiwilligen-Agentur Halle-Saalkreis e.V.** ist eine unabhängige, trägerübergreifende Informations- und Beratungsstelle, die ihre Angebote sowohl an potenzielle Freiwillige als auch an interessierte Organisationen richtet. Sie ist ein gemeinnütziger eingetragener Verein, in dem neben Privatpersonen vor allem Vereine, Verbände und Initiativen Mitglied sind. Hierzu gehören alle Wohlfahrtsverbände der Stadt Halle, der Stadtsportbund, Vereine wie z.B. der Deutsche Kinderschutzbund, der Friedenskreis e.V. und die Villa Jühling e.V. sowie renommierte kulturelle Einrichtungen wie die Franckeschen Stiftungen.

Die Zielsetzung des Vereins ist die Förderung bürgerschaftlichen Engagements in der Region Halle. Dabei gehen wir von einer nutzerorientierten Perspektive aus, die sowohl fachliche und zeitliche Ressourcen, Motivlagen und persönliche Erwartungen der Freiwilligen an die gemeinnützige Tätigkeit als auch die spezifischen Bedarfe von Organisationen berücksichtigt. Entsprechend dieser Zielsetzung wurden folgende Aufgaben und Angebote realisiert:

- Information, Beratung, Vermittlung von Freiwilligen,
- Zusammenarbeit mit/Beratung von Organisationen,
- Vernetzung im Freiwilligensektor,
- Öffentlichkeitsarbeit für das freiwillige Engagement,
- Fort- und Weiterbildung im Freiwilligensektor sowie
- Entwicklung von Projekten zum freiwilligen Engagement.

Freiwilligen-Agentur Halle-Saalkreis e.V.  
Geschäftsführer Olaf Ebert  
Mittelstraße 14  
06108 Halle (Saale)  
Tel.: 0345/ 200 28 10  
Fax: 0345/ 200 34 12  
email: [halle@freiwilligen-agentur.de](mailto:halle@freiwilligen-agentur.de)  
Internet: [www.freiwilligen-agentur.de](http://www.freiwilligen-agentur.de)

## Gesunde Städte-Projekt

Nach der Aufnahme der Stadt Halle 1992 in das Gesunde Städte-Netzwerk (internationales WHO - Projekt Healthy Cities) der Bundesrepublik Deutschland und die Bestätigung der Konzeption des Gesunden Städte-Projektes durch den Gesundheits- und Sozialausschuss 1996, fanden sich interessierte Bürgerinnen und Bürger zusammen. Es bildeten sich vielfältige Arbeitskreise zur Umsetzung des Gedankens einer gesunden und nachhaltigen Stadtentwicklung.

*Anlage 1: 9-Punkte-Programm zum Beitritt in das Gesunde Städte-Netzwerk der Bundesrepublik Deutschland*

Damit sich die Menschen in der Stadt Halle wohlfühlen können, engagieren sich seit Jahren zahlreiche Bürgerinitiativen, Vereine, Institutionen und Interessensgruppen gemeinsam im Gesunde Städte-Projekt. Die Vernetzung dieser zahlreichen Akteure und das Engagement der Bürgerinnen und Bürger ist der Schlüssel für die erfolgreiche Arbeit.

Gesundheit ist nicht nur die Abwesenheit von Krankheit, sondern der Zustand des vollständigen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlbefindens.

Dieser Zielstellung, nämlich gesundheitsfördernde Rahmenbedingungen für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Halle zu schaffen, ist die Initiative unter dem Motto „Gesundheit für (H)alle“ verpflichtet.

In der WHO-Charta wurde die immense Bedeutung des sozialen und natürlichen Lebensumfelds für die Gesundheit der Menschen verdeutlicht:

Die **WHO Charta Gesundheit 21** – wurde vom WHO-Regionalkomitee für Europa auf der achtundvierzigsten Tagung in Kopenhagen im September 1998 verabschiedet. Sie sind Grundlage für gesundheitspolitische Strategien in den *Gesunden Städten*.

Die Ziele im Überblick:

## Gesundheit 21 - 21 Ziele für das 21. Jahrhundert

<b>Ziel 1:</b>	Solidarität für die Gesundheit in der Europäischen Region
<b>Ziel 2:</b>	Gesundheitliche Chancengleichheit
<b>Ziel 3:</b>	Ein gesunder Lebensanfang
<b>Ziel 4:</b>	Gesundheit junger Menschen
<b>Ziel 5:</b>	Altern in Gesundheit
<b>Ziel 6:</b>	Verbesserung der psychischen Gesundheit
<b>Ziel 7:</b>	Verringerung übertragbarer Krankheiten
<b>Ziel 8:</b>	Verringerung nicht-übertragbarer Krankheiten
<b>Ziel 9:</b>	Verringerung von Gewalteinwirkung und auf Unfälle zurückzuführende Verletzungen
<b>Ziel 10:</b>	Eine gesunde und sichere natürliche Umwelt
<b>Ziel 11:</b>	Gesünder leben
<b>Ziel 12:</b>	Verringerung der durch Alkohol, Drogen und Tabak verursachten Schäden
<b>Ziel 13:</b>	Settings zur Förderung der Gesundheit
<b>Ziel 14:</b>	Multisektorale Verantwortung für die Gesundheit
<b>Ziel 15:</b>	Ein integrierter Gesundheitssektor
<b>Ziel 16:</b>	Qualitätsbewusstes Management der Versorgung
<b>Ziel 17:</b>	Finanzierung des Gesundheitswesens und Ressourcenverteilung
<b>Ziel 18:</b>	Qualifizierung von Fachpersonal für gesundheitliche Aufgaben
<b>Ziel 19:</b>	Forschung und Wissen zur Förderung der Gesundheit
<b>Ziel 20:</b>	Mobilisierung von Partnern für gesundheitliche Belange
<b>Ziel 21:</b>	Konzepte und Strategien zur "Gesundheit für alle"

### Anlage 2: 11 Merkmale „Gesunder Städte“ WHO Charta Gesundheit 21 (ausführlich)

Die **Prozessgestaltung Gesunde Stadt** wird aus der Stadtverwaltung heraus koordiniert. Seit Mitte 2002 existiert eine Stelle für die Koordinierung, angesiedelt im Geschäftsbereich Jugend, Soziales und Gesundheit. Die Projektsteuerung obliegt dem „Geschäftsführenden Initiativkreis“. Sprecherin im Steuerkreis ist eine Stadträtin.

Stadträtin	Stadt Halle (Saale)
Ute Haupt	Geschäftsbereich Jugend, Soziales und Gesundheit
Staßfurter Str. 7	Gesunde Städte-Projekt Halle (Saale)
06132 Halle (Saale)	Jasmine Chaghouri, Koordinatorin
Tel.: 0345- 221 3056	Marktplatz 1, 06108 Halle (Saale)
E-Mail <a href="mailto:haupt.ute@halle.de">haupt.ute@halle.de</a>	Tel.: 0345- 221-4028
	Fax 0345- 221-4024
	E-Mail <a href="mailto:jasmine.chaghouri@halle.de">jasmine.chaghouri@halle.de</a>

## Halle - Kompetenzzentrum im Gesunde Städte-Netzwerk der Bundesrepublik Deutschland

Die Stadt Halle (Saale) wurde, auf der Mitgliederversammlung des Netzwerkes im Juni 2002 in Hamburg, zum **Kompetenzzentrum „Stadtteilbezogene, bürgerorientierte, Stadtentwicklung“** im Gesunde Städte-Netzwerk der Bundesrepublik Deutschland gewählt.

In der Begründung heißt es:

„Die Stadt Halle (Saale) ist als ostdeutsche Großstadt durch erhebliche soziale und wirtschaftliche Probleme gekennzeichnet. (...) Eine wissenschaftliche Analyse wurde mittels Erhebungen in allen Stadtteilen möglich und mündete in einen Stadtratsbeschluss „Stadtentwicklungskonzeption Wohnen – Phase 1“ vom 20.6.2001 als Grundsatzbeschluss für die weitere Stadtentwicklung. Gleichzeitig wurden Neuordnungskonzepte für Stadtteile (Großwohnsiedlungen) beschlossen. Das war die Voraussetzung für die Aufnahme in besondere Förderprogramme“.

Die besonderen Erfahrungen der Stadt Halle (Saale) beim Prozess des Stadtumbaus und der Organisation bürgerschaftlichen Engagements werden interessierten Mitgliedskommunen im Netzwerkes zur Verfügung gestellt.

Schwerpunkt der Arbeit in den letzten Jahren war die Durchführung von Fachveranstaltungen zum Erfahrungsaustausch über Möglichkeiten zur Entwicklung von Bürgerengagement. Bundesweite Einladungen erfolgten dazu nach Halle vom 19.-21. September 2003 zum Thema „Von der Diva in Grau“ zur „gesunden Stadt“: Auf dem Weg zur lebenswerten Großstadt – am Beispiel Halle an der Saale und am 7. Mai 2004 zu Reflexionen zur gesunden und nachhaltigen Stadtentwicklung in Halle.

Die Gesunde Städte-Mitgliederversammlung hat im Jahr 2002 in Hamburg einen Beschluss zur Einrichtung von Kompetenzzentren gefasst. Die wesentlichen Punkte im Beschluss lauten:

1. "Das Gesunde Städte-Netzwerk (GSN) richtet kommunale Kompetenzzentren für Gesundheitsförderung und Prävention ein. Als Kompetenzzentrum können sich Mitgliedskommunen (Städte, Kreise, Bezirke) des Gesunde Städte-Netzwerkes der Bundesrepublik Deutschland bewerben, die zu spezifischen Arbeitsbereichen der Gesundheitsförderung über fundierte Erfahrungen verfügen, diese dokumentiert haben und die in der Lage sind, angemessene Ressourcen zur Vermittlung und Diskussion dieser Erfahrungen zur Verfügung zu stellen."
2. "Eine Kommune organisiert ein Kompetenzzentrum längstens für 4 Jahre. Eine Verlängerung ist nach Ablauf dieses Zeitraums möglich."

Sieben Mitgliedsstädte sind inzwischen als Kompetenzzentren für das Gesunde Städte-Netzwerk der Bundesrepublik Deutschland anerkannt worden:

**Die Stadt Frankfurt am Main für Migration und öffentliche Gesundheit**  
**Die Stadt Halle (Saale) für „Stadtteilbezogene, Bürgerorientierte Stadtentwicklung“,**  
**Der Kreis Neuss für Gesundheitsförderung und Gesundheitsberichterstattung im Kindes- und Jugendalter,**  
**Die Stadt Herne für das Thema Gesundheitskonferenzen,**  
**Die Stadt Stuttgart für Kinder- und Jugendgesundheit,**  
**Der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg von Berlin, ebenfalls für das Thema Migration und Gesundheit,**  
**Kreis Unna für Gesundheitlichen Verbraucherschutz**

Vom 5.-7. Mai 2004 war Halle Gastgeberin für die 60 Mitgliedsstädte des Gesunde Städte-Netzwerkes der Bundesrepublik Deutschland.

Diese Mitgliederversammlung wurde vor allem durch die Verabschiedung von Grundsatzdokumenten für die Ausrichtung der zukünftigen Arbeit der Gesunden Städte in ganz Deutschland geprägt und von dem lebendigen und nachhaltig positivem Bild bestimmt, dass die Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Halle über die Projektarbeit mitnehmen konnten.

So wurde das Gesunde Städte-Aktionsprogramm verabschiedet, dass für die regionalen Städte-Netzwerke richtungweisend ist. Es beinhaltet „kommunale Kompetenzen für Gesundheit“:

- Selbstverständnis, Kompetenzen und Ziele der Gesunden Städte
- Zwölf Meilensteine zur Qualitätsentwicklung

- Vier Meilensteine zur Stärkung der Wirksamkeit in der Öffentlichkeit
- Gesunde Städte-Netzwerk Strukturen

*Anlage 3: Gesunde Städte-Aktionsprogramm (vollständiger Text)*

## **Der ständige Arbeitskreis „Bürger für Halle“**

„Eine der Grundvoraussetzungen für die Erzielung einer nachhaltigen Entwicklung ist die umfassende Beteiligung der Öffentlichkeit an der Entscheidungsfindung.“ (Kapitel 23 der Agenda 21)

Der Arbeitskreis versteht sich als eine Kommunikationsplattform dazu. Als ein Beratungsgremium der Bürgerinitiativen, Bürgervereine und anderer Einrichtungen, die eine gesunde Entwicklung von Stadtteilen und in Quartieren nicht nur fordern, sondern durch aktive Bürgerbeteiligung fördern. Die Mitglieder der Arbeitsgruppe verfolgen das Ziel, eine stadtteilbezogene Arbeit als Grundlage für eine gesamtstädtische Gesundheitsförderung zu entwickeln.

Durch den Arbeitskreis wird die Einbeziehung aller Bevölkerungsschichten angestrebt. Dabei wirkt er als „Brückeninstanz“ zwischen BürgerInnen, Politikern und der Verwaltung.

Das Ziel dabei ist Ämter, Institutionen und Bürger zusammenzuführen, um anstehende Probleme der einzelnen Stadtteile zu erörtern und Lösungsansätze zu suchen. In den Jahren seit 2002 wurden zu öffentlichen Beratungen u.a. in soziokulturellen Zentren, ins Stadthaus und in die Planerwerkstatt – Denkfabrik eingeladen.

Beratungsthemen und -termine (Auswahl)

26. März 2002

Umweltamt

- Lärmschutz in der Stadt

08. Oktober 2002

Planerwerkstatt Denkfabrik

- Bürger für Halle – Möglichkeiten bürgerschaftlichen Engagements

20. März 2003 und 03. Juli 2003

Courage e. V. im Paulusviertel

- Verbindliche Organisationsformen für Bürgerinitiativen
- Vorbereitung der thematischen Stadtführungen anlässlich der bundesweiten Tagung vom 19.-21. September 2003

15. April 2004

Haus der Fraktionen

- Mitwirkung des Arbeitskreis „Bürger für Halle“ im Rahmen der Jahrestagung des Deutschen Gesunde Städte-Netzwerks vom 5.-7. Mai 2004 in Halle (Saale)

12. Oktober 2004

Stadthaus

- Vorstellung des Aktionsprogramms „Gesunde Städte“

## **Handreichung für Bürgerinitiativen**

In Kooperation mit dem Agenda Büro Halle, Bürgerinitiativen und Fachbereichen der Stadtverwaltung wurde eine **Handreichung für Bürgerinitiativen** in der Stadt Halle (Saale) erarbeitet und herausgegeben. Die Broschüre informiert über die Arbeit von Bürgerinitiativen und Bürgervereinen in Halle. Mit der Broschüre sollen noch mehr Hallenserinnen und Hallenser ermutigt werden, sich in bestehende Initiativen einzubringen oder auch neue zu begründen. Dazu werden erste wichtige rechtliche Grundlagen sowie Tipps und Erfahrungen vermittelt. Die Broschüre wurde bis heute sehr lebhaft nachgefragt. Da die Papieraufgabe vergriffen ist wird der Inhalt in einer PDF Datei zur Verfügung gestellt. Inhaltliche Schwerpunkte sind:

- Berichte von Bürgerinitiativen und –vereinen über Ihre Erfahrungen in der ehrenamtlichen Arbeit,
- Vorstellung von Instrumenten der Stadtverwaltung zur Bürgerbeteiligung und Bericht zu Erfahrungen

- Die Handreichung informiert über Voraussetzungen und rechtliche Grundlagen zur Vereinsgründung und enthält einen
- nützlichen Adressteil - soziokulturellen Einrichtungen, Begegnungsstätten in den Stadtteilen sowie die Bürgervereine der Stadt

## **Einrichtung von Stadtteilkonferenzen**

Bereits 1998 wurden durch das Gesunde Städte-Projekt Halle erste Erfahrungen mit Stadtteilkonferenzen gesammelt. Mit der Installation der Stadtteilkonferenzen ist ein Instrument entstanden, welches:

- Bürgerengagement fördert;
  - Bürgerbeteiligung verbessert;
  - die Akzeptanz der Bürgervereine in den Stadtteilen stärkt;
  - Identifizierung des Hallensers mit „seiner“ Stadt verbessert;
  - die Wünsche der Bürger bei Entscheidungen der Kommune berücksichtigt;
- eine Möglichkeit für Bürger bietet mit der „Verwaltungsspitze“ ins Gespräch zu kommen

Dem Aufruf der Oberbürgermeisterin zur Gründung von Bürgervereinen, um die Anliegen der Bürger zu bündeln, sind 5 neu gegründete Bürgervereine gefolgt. Diese Ausweitung der Aktivierung des bürgerschaftlichen Engagements führte zu einer neuen Qualität der Institution Stadtteilkonferenz. Die Bürgervereine bündeln die Probleme und Anregungen der Bürger und geben sie im Vorfeld der Konferenz der Verwaltung zur Kenntnis. Viele Dinge können dann vor der eigentlichen Stadtteilkonferenz überprüft und umgesetzt werden. Die Kommunikation zwischen Bürger und Verwaltung ist durch diese Form der Bürgerbeteiligung sehr effektiv.

Bewährt hat sich, neben den kleinräumigen Problemlagen und Veränderungswünschen, auch stadtteilübergreifende Planungen wie z.B. die Marktplatzgestaltung oder die Kulturhauptstadtbewerbung den Bürgern nahe zu bringen.

## **Selbsthilfebewegung**

Menschen, die von einer Behinderung oder chronischen Krankheit bedroht oder betroffen sind, sind brauchen auch längerfristige Angebote der Unterstützung bei der gesundheitsfördernden oder krankheitsbewältigenden Lebensführung.

Hier leisten Selbsthilfegruppen einen wichtigen Beitrag.

Der Austausch und der Erwerb von Wissen, Fertigkeiten und Kompetenzen im selbstverantwortlichen Umgang mit der Erkrankung bzw. Behinderung ist immanenter Bestandteil der Gruppenarbeit.

Selbsthilfegruppen mit ihren Gruppensprechern tragen durch ihr großes bürgerschaftliches Engagement zu einer humanistischen und von Solidarität getragener Gemeinschaft bei.

Selbsthilfe vertritt den Standpunkt:

„Ich tue etwas für mich. Wir tun gemeinsam was für uns.“

In der Selbsthilfe wird der Einzelnen / dem Einzelnen aus direkter eigener Betroffenheit der Weg zum solidarischen Engagement für andere ermöglicht.

Die Einbindung der Selbsthilfe in das Gemeinwohl verdeutlicht sich als:

- Soziales Engagement stärken.
- Eigeninitiative anregen.
- Selbsthilfegruppen unterstützen.
- Selbsthilfegruppen – eine Chance für viele

Die Begegnung und der Umgang mit anderen Betroffenen, die mit ähnlichen gesundheitlichen Problemen leben, stärkt die einzelnen Gruppenmitglieder.

Längerfristig können innerhalb einer Selbsthilfegruppe für den Einzelnen wichtige soziale Bindungen entstehen, und die Gruppe wird Teil des sozialen Netzes, das auch erneut auftretende gesundheitliche Probleme ein Stück weit abfedern kann.

## Die Bedeutung der Kontaktstellen zur Unterstützung der Selbsthilfebewegung

Die Vielfalt der Selbsthilfegruppen kann sich noch besser entwickeln, wenn es in der Region eine Kontaktstelle für Selbsthilfegruppen gibt, die für ein selbsthilfefreundliches Klima sorgt und die Selbsthilfegruppen in allen Belangen unterstützt. Interessierte Bürger werden in Kontaktstellen für Selbsthilfegruppen über die Möglichkeiten der Selbsthilfe beraten und auf Wunsch in bestehende Gruppen vermittelt oder bei der Neugründung einer Gruppe unterstützt. Mit anderen Einrichtungen sozialer Arbeit bilden die Kontaktstellen für Selbsthilfegruppen ein enges Netzwerk.

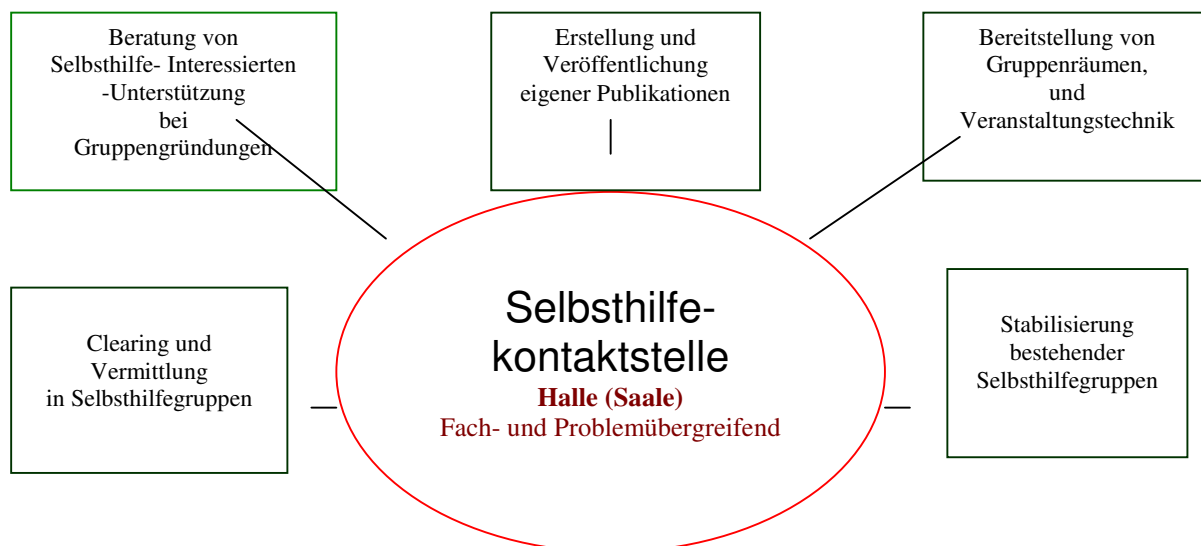
Anerkannt ist die Tatsache, dass es wichtig ist, diesen Weg der Bewältigung lebensverändernder Erfahrungen in einer Gruppe Gleichbetroffener auch anderen Menschen bekannt zu machen, also Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben, für den Gedanken der Selbsthilfe zu werben. Das geschieht nicht nur vor Ort durch Selbsthilfegruppen oder Selbsthilfe-Kontaktstellen, sondern auch durch überregional tätige Selbsthilfeverbände, die um Verständnis für die Anliegen chronisch Kranker und Behinderter werben. Selbsthilfegruppen und die vielen in der Selbsthilfe ehrenamtlich Aktiven bereichern die Kultur des mitmenschlichen und politischen Umgangs. Sie setzen ein Zeichen für die Qualität einer Gesellschaft im solidarischen Umgang mit dem Handicap.

Bis zum 1. Quartal 2005 sind insgesamt **185 Selbsthilfegruppierungen** durch die Kontaktstelle für Selbsthilfegruppen Halle-Saalkreis beim Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband (DPWV) in der Region Halle-Saalkreis registriert.

im Jahr 2004 wurden folgende Selbsthilfegruppen gegründet:

- SHG Asthma und COPD- Erkrankungen
- SHG Abschied und Trauer
- SHG Aktiv Gesund
- SHG Gesund abnehmen
- SHG Psychisch belastete Männer
- SHG Unterstützende Kommunikation
- SHG Hämochromatose (Eisenspeicherkrankheit)
- SHG Hämophilie f. betroffene Erwachsene Halle-Saalkreis (Willebrand-Jürgens-Syndrom)
- SHG Krebs bei Frauen / Genitaltumoren
- SHG Muskelerkrankte Halle und Umgebung (ehemals Musculus e.V.)

Wesentliche Koordinierungs- und Vernetzungsaufgaben werden durch die Mitarbeiterinnen der Kontaktstelle für Selbsthilfegruppen Halle-Saalkreis wahrgenommen:





## Senioren für Senioren

Ehrenamtliche Heimhelfer organisieren Besuchsdienst

Eine Initiative der Seniorenvertretung der Stadt Halle e.V. soll beispielhaft dafür stehen, dass es ein wichtiges Ziel in Halle ist, eine gute Lebensqualität bis ins hohe Alter zu gewährleisten wesentlich durch bürgerschaftliches Engagement befördert werden kann.

Unter dem Motto „Noch junge Alte wollen anderen Menschen helfen“ bekommen Heimbewohnerinnen und Heimbewohner die selten oder gar nicht mehr besucht werden, Besuch. Es wird mit Ihnen spazieren gegangen, vorgelesen oder es werden andere individuelle Wünsche erfüllt. HeimhelferInnen besuchen einsame Menschen und schenken Ihnen etwas von Ihrer Zeit und entlasten auch ganz bewusst das Pflegepersonal in den Einrichtungen der Stadt. Initiiert wurde die Arbeit der „Heimhelfer“ durch die Arbeitsgruppe Gesundheit der Seniorenvertretung der Stadt Halle e.V..

## Beteiligung von Kindern und Jugendlichen

*„Beteiligung von Kindern und Jugendlichen beginnt in den Köpfen der Erwachsenen!“*

### Zielsetzungen und Strukturen der Beteiligung

Unsere Kinder und Jugendlichen wachsen heute in einer demokratischen Gesellschaft auf. Dies allein ist jedoch noch keine Garantie dafür, dass sie selbst auch demokratiefähig werden und demokratisch handeln lernen.

Von klein auf müssen Kinder als Subjekte ihres Lebens gesehen werden, denen eine eigene – ständig zunehmende Kompetenz zur Mitgestaltung und –entscheidung ermöglicht und zugetraut wird.

Dieser Prozess beginnt in der Familie und setzt sich über Kindergarten und Schule fort.

Kinder sollen frühzeitig und in geeigneter Weise aktiv in die Gestaltung ihrer jeweiligen Lebenszusammenhänge einbezogen werden.

Sie brauchen Erwachsene, die sie ernst nehmen, die nach ihrer Meinung fragen und Gelegenheiten, das kommunale und politische Geschehen in ihrer Stadt mitzugestalten.

Kinder und Jugendliche sollen erfahren, dass es sinnvoll ist, sich an gesellschaftlichen Prozessen aktiv zu beteiligen.

So gewinnen junge Menschen Interesse an und Kenntnisse über demokratische Auseinandersetzungsverfahren sowie jetziger und künftiger Rechte und Pflichten.

**Partizipation von jungen Menschen gehört zu den wesentlichen Aufgaben einer sozialen, zukunftsorientierten Stadt.**

**Kinder und Jugendliche, sowie deren Familien sind Experten und Expertinnen in eigener Sache. Auf diese Ressourcen baut unsere Stadt.**

Entsprechend der **Leitziele der Kinder- Jugend- und Familienpolitik** unserer Stadt, **Beschluss Nr. III/2002/02414**, günstige Voraussetzungen für Kinder und Jugendliche zu schaffen und die Stadt als eine

Familien und Bildung fördernde Stadt zu profilieren, bildenden folgende **Handlungsleitlinien** die Grundlage für Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in unserer Stadt.

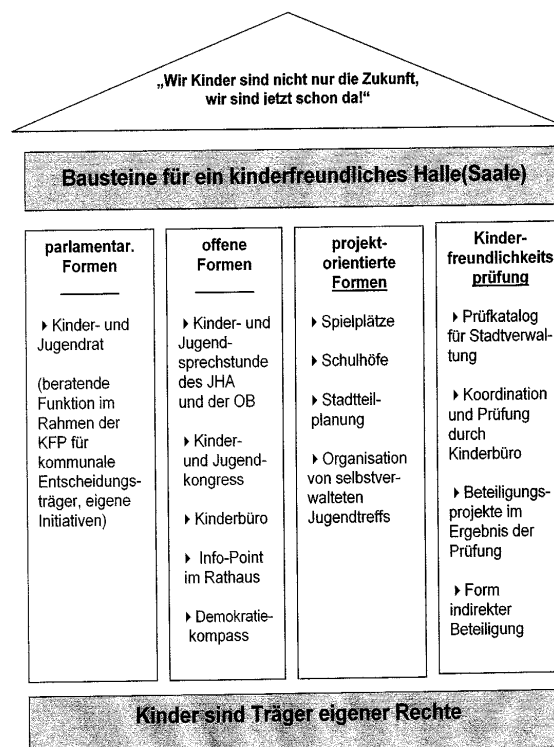
1. Unter Beteiligung der Kinder, Jugendlichen und Familien soll der Sozialraum gestaltet und das Selbsthilfepotential der Familie genutzt werden.
2. Weiterentwicklung von Rahmenbedingungen, die Kindern, Jugendlichen und Familien gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen.
3. Förderliche Rahmenbedingungen für Erziehung und Bildung sind als kommunalpolitische Aufgabe zu gewährleisten.

Mit der **Kinderfreundlichkeitsprüfung**, die im Jahr 2002 durch den Stadtrat beschlossen wurde, war die Grundlage für das gesamte Verwaltungshandeln gelegt, noch konsequenter als bisher das Augenmerk auf die Belange und Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen zu richten.

Dieses Instrument wird jetzt mit der Erweiterung der Kinderfreundlichkeitsprüfung zu einer **Familienverträglichkeitsprüfung** eine Weiterentwicklung erfahren.

In Halle wurde mit dem **Kinderjahr 2000** eine Kampagne für mehr Kinderfreundlichkeit gestartet.

### Bausteine für ein kinderfreundliche Stadt



So wurden seit dieser Zeit in unserer Stadt verschiedene Strukturen und Einrichtungen auf den Weg gebracht, die es ermöglichen, die Interessen von Kindern und Jugendlichen noch direkter in Politik und Verwaltung zu vertreten und eine zunehmende Mitsprache der Heranwachsenden zu ermöglichen.

Kinder sind eigenständige Persönlichkeiten mit eigenen Rechten.

Sie haben wie alle Erwachsenen das Recht auf Partizipation in einem demokratischen Gemeinwesen.

Das Kind als Träger eigener Rechte ernst zu nehmen bedeutet, Bedürfnisse von Kindern denen von Erwachsenen gleichzustellen und ihre Meinungen zu akzeptieren.

Voraussetzung für die Mitgestaltung der Kinder an ihren Lebenswelten ist die „Veränderungsbereitschaft“ einer Kommune, die Offenheit für Instrumentarien wie die Kinderfreundlichkeitsprüfung und die Schaffung geeigneter Strukturen zur Mitsprache.



## **Ziel: eine gelebte Beteiligungskultur**

Der Begriff „**Beteiligungskultur**“ kennzeichnet deutlich, dass unser Ziel nicht sporadische Aktionen, einmaliges Engagement oder guter Wille einiger Verantwortlicher sein darf, sondern ein selbstverständliches und konsequentes Umsetzen dieser Handlungsstrategien in allen Fachbereichen.

Voraussetzungen zur Entstehung einer solchen Handlungsweise sind:

1. Das Setzen von Signalen durch die eindeutige Orientierung auf Kinder und Jugendliche in allen politischen und verwaltungstechnischen Verfahren.
2. Die selbstverständliche Einbindung von Kindern und Jugendlichen in möglichst viele sie betreffende Prozesse und Entscheidungen.
3. Die Bedeutung, die den Argumenten der Heranwachsenden im politischen Diskurs zugestanden wird.

## **Das Kinderbüro der Stadt Halle**

Die Einrichtung des Kinderbüros in der Stadt Halle wird die Wahrnehmung der speziellen Kinderinteressen innerhalb des Kommunalwesens sowie die notwendige Verbesserung der allgemeinen Lebenssituation der Kinder in unserer Gesellschaft unterstützen und in das zentrale Blickfeld der gesamten Stadt rücken. Dazu werden die bereits bestehenden Bereiche - Kinder - und Jugendschutz und Familienbildung - gebündelt und durch den Bereich der Kinderpartizipation erweitert.

Ausgehend von der großen Resonanz auf die Aktivitäten und Projekte anlässlich des Kinderjahres in Halle, wird das bestehende Engagement für Kinderinteressen und eine Lobby für die Kinder unserer Stadt aufgegriffen und fortgesetzt.

### **Die Ziele der Arbeit des Kinderbüros sind:**

- die Schaffung kinderfreundlicher Lebensbedingungen unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Lebensweisen von Kindern
- die Partizipation der Kinder an der Errichtung und Umsetzung kinderfreundlicher Lebensbedingungen
- Kinder sollen in enger Zusammenarbeit von Krokoseum und Kinderbüro ihre Stadt und deren Geschichte besser kennen lernen
- Kinder sollen sich mit ihrer Heimat identifizieren, sich in ihr zu Hause fühlen und für ihre Heimat als Botschafter nach außen auftreten
- Kinder und Jugendliche sollen vor Gefahren geschützt und zum Schutz befähigt werden
- die Kompetenzen von Erwachsenen (Eltern und Nichteltern) im Sinne von kindgerechtem Bewusstsein und Verhalten sollen gestärkt werden

Zum Aufgabenspektrum des Kinderbüros gehören die Kinderinteressenvertretung, die Partizipation von Kindern, die Koordinierung der Kinderfreundlichkeitsprüfung der Stadtverwaltung, der Kinder- und Jugendschutz und die Koordinierung des Bereiches Familienbildung.

### **Folgende Beteiligungsprojekte wurden seit Gründung des Kinderbüros realisiert:**

*nur größere Projekte 2002-2004*

- Kinder von Halle wählen das Maskottchen für ihr neues Kinderbüro
- Schulhofplanung GS „D. Erxleben“
- Projekt zum Stadtumbau in der Silberhöhe „Silberhöhe – die Waldstadt“ - Teilnahme am Bundeswettbewerb „Stadtumbau Ost“ – Halle errang den dritten Platz

- Projekt zum Stadtumbau in Halle – Neustadt / Südpark mit der SK „Karl – Liebknecht“
- Schulhofplanung GS Brechtschule
- Schulhofplanung SK Riesschule
- Spielplatz Ammendorf
- Spielplatz „Am Breiten Pfuhl“
- Spielplatz Trakehner Str. AWO Erziehungshilfe (Fachberatung)
- Integrativer Spielplatz „Am Treff“ – Helen-Keller-Schule
- Kinderfreizeitpläne
- Kinderkulturwoche
- 2. Kinderkongress „(H)alle für mehr Kinderfreundlichkeit“
- 3. Kinder- und Jugendkongress „Abenteuer Familie – alle haben Recht(e)“
- Kinder- und Jugendrat

Homepage des Kinder- und Jugendrates ([www.kinder-und-jugendrat-halle.de](http://www.kinder-und-jugendrat-halle.de))

- Mitgestaltung der Kinderstadt

### Welche Projekte sind für 2005 vom Kinderbüro geplant?

Prioritätenliste:

#### 1. Neuwahl des Kinder- und Jugendrates

Auf dem 3. Kinder- und Jugendkongress wurde beschlossen, im Herbst 2005 eine stadtweite Wahl des Kinder- und Jugendrates zu organisieren.

Hierzu wird im zeitigen Frühjahr eine Konzeption vorgelegt, die von der jetzigen Jugendvertretung und der Verwaltung erarbeitet wurde.

#### 2. Integrativer Spielplatz „Am Treff“ – Helen-Keller-Schule

Fortsetzung des Projektes mit Kindern der umliegenden Einrichtungen sowie den Kindern der Helen-Keller-Schule.

Die Feinplanung der einzelnen Spielbereiche beginnt im Frühjahr. Die Umsetzung, zum Teil mit Kindern, Jugendlichen, Eltern (und Anwohnern) ist für den Sommer geplant.

#### 3. Spielplatz der Elterninitiative „Kröllwitz – Talstraße“

Das Kinderbüro unterstützt die Anstrengungen der Elterninitiative zur privaten Errichtung eines öffentlichen Spielplatzes, durch die Gestaltung eines, bzw. mehrerer Workshops und begleitet den Beteiligungsprozess fachlich.

#### 4. KIJU- Infopoint

Analog dem großen „Info-Point“, der seinen Platz im Rathaus gefunden hat, werden Informationsmaterialien für Kinder und Jugendliche gedruckt.

Diese ermöglichen den Kindern, sich zu orientieren, wo und auf welche Art und Weise sie sich in die Stadtpolitik, bzw. bei entsprechenden Themen einbringen können, wenn sie dies wollen.

#### 5. Projekt „Waldstadt“ auf der Silberhöhe

Nachdem die Hochhäuser in der Silberhöhe zurückgebaut wurden, kann die Realisierung der mit den Kindern geplanten Spielräume im Grünzug beginnen. (Planung der Spielgeräte mit dem Planungsbüro, Kinder werden aktiv in die Realisierung einbezogen, durch z.B. Bäume pflanzen)

#### 6. Spielplatz GS „B. Brecht“

2005 ist die Weiterführung und Endplanung des Schulhofes mit den Schülern geplant.

#### 7. Überarbeitung der Freizeitpläne / Erstellung Innenstadt-Kulturplanes für Kinder und Jugendliche

## **8. 2. Kinderkulturwoche im September**

Im kommenden Jahr ist die Erstellung einer hochwertigen **Broschüre** zum Thema „**Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in Halle (Saale)**“ geplant.

Diese soll neben den städtischen Leitlinien in Bezug auf Kinder- und Jugendbeteiligung unsere Arbeitsansätze und Qualitätskriterien wie auch besonders gelungene Praxisbeispiele mit Bildern enthalten.

Die Broschüre soll als eindrucksvolles Instrument der Öffentlichkeitsarbeit zu Beginn des Jubiläumsjahres 2006 veröffentlicht werden.

### **Der Kinder- und Jugendrat der Stadt Halle(Saale)**

Am 9. November 2002 wurde auf dem 2. Kinderkongress der Stadt Halle(Saale) der Kinder- und Jugendrat (KJR) gegründet.

Dieses Gremium besteht aus 15 Jungen und Mädchen, die von den Teilnehmern des 2. Kinderkongresses gewählt wurden.

#### **Ziel:**

Der KJR ist ein offizielles Vertretungsgremium, welches die Anliegen von Kindern und Jugendlichen regelmäßig und langfristig in den politischen Diskurs der Kommune einbringen soll. Er wird auf jedem Kinderkongress neu gewählt. (alle 2 Jahre)

#### **Ziele - von den Mitgliedern des KJR definiert:**

- wir wollen, dass die Meinung von Kindern und Jugendlichen in unserer Stadt gehört, ernst genommen und bei Entscheidungen berücksichtigt wird
- wir wollen dranbleiben, dass Schwerpunkte aus dem Kinderkongress diskutiert und Veränderungen auf den Weg gebracht werden
- wir wollen dafür einstehen, dass die Kinderrechte in Halle - und in der ganzen Welt - umgesetzt werden
- wir wollen das Kinderbüro bekannter machen

#### **Leitung:**

Der KJR wird von einer Mitarbeiterin des Kinderbüros pädagogisch und organisatorisch unterstützt. Aufgrund ihres Alters und ihrer Erfahrungen sind die Kinder und Jugendlichen noch nicht in der Lage, sich ohne Hilfe von Erwachsenen zu organisieren.

Die Aufgabe der Leitung besteht darin, die Arbeit des Rates mit den Mitgliedern gemeinsam zu konzipieren, Termine mit Verwaltung und Politik zu organisieren und vorzubereiten sowie Aktionen aktiv zu begleiten.

Später kann sich die Arbeit des Kinderbüros zunehmend mehr auf eine Berater - und Unterstützerrolle beschränken.

Es soll sich eine Entwicklung von Leitung zu Begleitung vollziehen.

#### **Arbeitsweise/ Arbeitsformen:**

Die Mitglieder des Kinder- und Jugendrates treffen sich regelmäßig monatlich zu festgelegten Sitzungen im Haupthaus der Franckeschen Stiftungen.

Hier werden Themen diskutiert, wird Bericht erstattet, werden Aktivitäten geplant und Termine vereinbart. An diesen Sitzungen sollten alle Mitglieder des Rates teilnehmen.

Zwischen den Sitzungen treffen sich kleinere Gruppen zu verschiedenen Arbeitsaufgaben.

Hier kann sich jeder nach seinen Interessen und Fähigkeiten einbringen.

Eine Zusammenführung der Ergebnisse und eine Information der anderen Ratsmitglieder erfolgt dann in der nächsten Sitzung.

## **Kinder- und Jugendsprechstunde bei der Oberbürgermeisterin und im Jugendhilfeausschuss**

Einmal im Monat findet bei der Oberbürgermeisterin eine öffentliche Kinder- und Jugendsprechstunde statt.

Auch zu Beginn des Jugendhilfeausschusses besteht für jeden Heranwachsenden die Möglichkeit, sein Anliegen vorzutragen.

Alle Anfragen, Ideen oder Probleme werden von der Verwaltung bearbeitet und wenn möglich, gemeinsam nach Lösungen gesucht.

## **Kinderkongress**

Der Kinderkongress ist eine Form der Beteiligung, die einen offenen Zugang für alle Kinder und Jugendlichen bietet. (vielleicht heißt er zukünftig Kinder- und Jugendkongress).

Er wird alle 2 Jahre durchgeführt.

Kinder und Jugendliche aus allen Sekundarschulen, Sonderschulen und Gymnasien unserer Stadt erhalten die Möglichkeit, an dieser Veranstaltung teilzunehmen.

Der Kinderkongress steht immer unter einem anderen Thema.

Ziel jedes Kongresses ist es, Kinder und Jugendliche aus allen Stadtgebieten, unterschiedlicher sozialer Herkunft und verschiedenen Alters zu aktuellen Themen in die Diskussion zu bringen.

Sinnvoll ist, auch Entscheidungsträger oder andere Erwachsene in die Gespräche einzubeziehen.

Die zukünftigen Kongresse werden gemeinsam mit dem Kinder- und Jugendrat vorbereitet und durchgeführt.

## Kinderfreundlichkeitsprüfung

Die Kinderfreundlichkeitsprüfung (KFP) ist Ausdruck des städtischen Willens, Politik für und mit Kinder(n) und Jugendliche(n) zu gestalten.

Durch die KFP soll vorrangig das Wohl der Kinder und Jugendlichen als Einwohner unserer Stadt gefördert werden.

Die KFP ist ein mit der Verwaltung erarbeitetes Prüfverfahren, das dem Ziel folgt, präventiv und zukunftsverantwortlich auf Kinderfreundlichkeit, besser noch Kindergerechtigkeit zu achten.

Die im folgenden **aufgeführten Kriterien sind das Kernstück der Kinderfreundlichkeit**

1. Beachten wir Kinder als eigene "Rechtsträger"?
2. Vermitteln wir Kindern unsere Vorstellungen von gesellschaftlichen Werten und Normen und ermöglichen dadurch eine produktive Auseinandersetzung mit ihnen?
3. Werden Belange von Kindern - das heißt insbesondere von behinderten und ausländischen Mädchen und Jungen, - berücksichtigt?
4. Wird der Gesundheit und Sicherheit von Kindern Rechnung getragen?
5. Ermöglichen wir mit unseren Vorhaben eine Ausgrenzung oder eine Integration von Kindern ?
6. Haben wir die Kinder an der Planung der Projekte beteiligt und ihnen die Möglichkeit gegeben, aktiv einzugreifen und mitzumachen, damit sie sich in ihrer Lebensumwelt wohl fühlen können (Partizipation)?
7. Wie beteiligen wir Kinder? Wie erfahren wir, was sie bewegt und was sie brauchen?
8. Schaffen wir wirkliche Erlebnismöglichkeiten in der Umgebung von Kindern und berücksichtigen wir dabei Gebrauchsfähigkeit, Erlebnisbezug und das Zulassen von Veränderbarkeit?
9. Erkennen wir Widerstände als Indikatoren für Kinderunfreundlichkeit und suchen wir uns Bündnispartner für Veränderungen?

Bei allen kommunalen Planungen finden Prüfkriterien als Leitfaden des Prüfverfahrens Anwendung. Wenn möglich, sollen betroffene Kinder und Jugendliche an Entscheidungen beteiligt werden. Ein erster Ansprechpartner ist hier der Kinder- und Jugendrat.

Das Kinderbüro unterstützt die Verwaltung bei der methodischen Gestaltung von Beteiligungsprojekten.

Die erste Prüfung erfolgt eigenverantwortlich in allen Fachbereichen (durch die Mitarbeiter-Innen und den Beauftragten für die KFP im Bereich).

Die abschließende Prüfung und Koordinierung der Kinderfreundlichkeitsprüfung in der Stadtverwaltung erfolgt durch das Kinderbüro.

## Lokales Bündnis für Familien - Halle

Die Initiative **Lokale Bündnisse für Familien** wurde Anfang Januar 2004 von der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Renate Schmidt, ins Leben gerufen. Über 100 Bündnisse haben sich mittlerweile deutschlandweit gegründet.

Ungewöhnliche Partnerschaften ermöglichen ungewöhnliche Lösungen. Es geht um neue Sichtweisen und neue Projekte zur Balance von Beruf und Familie, zur Kinderbetreuung, zur Familien- oder Altenpflege, die im Rahmen von Bündnissen gefördert und weiterentwickelt werden. Handlungsbedarf besteht durchaus: Mehr als ein Viertel der Bevölkerung, in Großstädten sogar mehr als ein Drittel, hält die eigene Stadt oder Gemeinde für wenig familienfreundlich.

Die Initiative richtet sich an alle, die vor Ort Verantwortung übernehmen und sich für ein familienfreundliches Umfeld engagieren. Bestehende Aktivitäten für Familien auf kommunaler Ebene werden bestärkt. Zugleich regt die Initiative neue Bündnisse an und hilft bei der Etablierung. Die bundesweite Initiative ermöglicht darüber hinaus eine Vernetzung der Bündnisse im ganzen Land, so dass eine lebendige Kontakt- und Ideenbörse entsteht. Im Erfahrungsaustausch lernen Bündnisse von- und miteinander.

„**In Halle soll zukünftig mehr für Familien getan werden**“, dies ist das erklärte Ziel des Lokalen Bündnisses für Familien zu dem sich Vertreter und Vertreterinnen aus dem Sozialen Bereich, Wirtschaft, Wissenschaft und Politik zusammengeschlossen haben.

Initiatoren dieses Lokalen Bündnisses für ein familienfreundlicheres Halle sind der Bauverein für Kleinwohnungen, der Verein für Bewegung und Kreativität in der Kindertagesstätte BUK e.V. und die Stadt Halle.

Das **Lokale Bündnis für Familien – Halle** wird inzwischen von fast 50 Partnern aus dem Bereich der Verwaltung, von Wirtschaftsunternehmen, freien Trägern, von Gewerkschaften, dem Stadtrat und den Kirchen getragen. Dieser Zusammenschluss zeigt einen wirklichen Erneuerungsgedanken auf, der das gesamte soziale und gesellschaftliche Umfeld umschließt, der den Wandel der Lebensstile berücksichtigt und die Teilhabe an diesem Prozess fördert.

Bei der Gründungsveranstaltung im Stadthaus unterzeichneten Bürgermeisterin Dagmar Szabados, der Prokurist des Bauvereins für Kleinwohnungen Wolfgang Berger und Trixi Willig, Geschäftsführerin des BUK e.V., eine Urkunde, in der sie sich verpflichten, in Ihrem Wirkungskreis familienfreundliche Maßnahmen zu fördern. Zahlreiche weitere Akteure unterschrieben Beitrittserklärungen.

## Lokales „Bündnis für Bildung“

Vor dem Hintergrund der derzeit intensiven Diskussion um kindliche Bildungsprozesse und die Verantwortlichkeiten bei der Bereitstellung bildungsanregender Bedingungen des Aufwachsens sind die Bildungs- und Erziehungsinstitutionen stärker denn je gefragt.

Ausgehend von der Familie sind sowohl Kindertageseinrichtungen als auch Schulen die unmittelbaren Erziehungspartner auf dem Bildungsweg der Kinder und damit in der zentralen Verantwortung.

In den Ländern sind Bildungsprogramme für Kindertageseinrichtungen entwickelt worden. Das Programm für Bildung des Landes Sachsen-Anhalt thematisiert darin auch den Übergang zwischen Bildungseinrichtung Kindertagesstätte in die Bildungseinrichtung Schule.

Deshalb stellt das neue Themenjahr 2005 unter dem Motto „**beziehungsweise – Familie und Gemeinschaft**“ die Familie mit ihren vielfältigen Anknüpfungspunkten an das gesellschaftlichen Leben in den Mittelpunkt.

Damit diese Verantwortung im Interesse einer optimalen Entwicklung eines jeden Kindes realisiert werden kann, nimmt die Auftaktveranstaltung des diesjährigen Themenjahres genau diese Phase des Zusammenwirkens von Familie, Kindertageseinrichtung und Schule in den Blick. Im Austausch mit kompetenten Vertretern aus Wissenschaft, Politik und pädagogischer Praxis sollen Möglichkeiten der Kooperationen abgeklärt und Handlungsstrategien entwickelt werden.

Das erste Fachgespräch zum Thema „Bildungslandschaften“ fand im Rahmen des Themenjahres „Aufklärung durch Bildung“ im August 2004 ebenfalls in Halle (Saale) statt.

Die Zweite Fachtagung des „Lokalen Bündnisses für Bildung“ beschäftigt sich am 15. Februar 2005 mit der Gestaltung der Übergänge vom Kindergarten zur Schule.

## Netzwerke und Initiativen in der Stadt

### Arbeit und Beschäftigung

#### **„Bündnis für Innovation und Beschäftigung der Stadt Halle“ im Rahmen der Landesinitiative „Pakte für Arbeit“ Förderschwerpunkt „Lokales Kapital für soziale Zwecke“**

Zentraler Ansatz der Umsetzung des Förderschwerpunktes war die Erkenntnis, dass die Wirtschaftskraft eines Gemeinwesens gefestigt werden kann, wenn der soziale Zusammenhalt gestärkt wird. Aufbauend auf diese Erkenntnis wurden 3 Schwerpunkte für die Umsetzung von Kleinstprojekten im Antrag benannt:

##### **1. Projekte zur Wiederherstellung und Festigung des sozialen Zusammenhaltes**

Hierbei ging es insbesondere um Projekte zur Aktivierung vom Arbeitsprozess ausgeschlossener Personen, um Projekte zur Aktivierung des Stadtteiles bzw. Wohngebietes, um zielgruppenorientierte Projekte als auch um Qualifizierungsprojekte. Qualifizierung wurde dabei nicht ausschließlich im klassischen ESF-Sinn definiert, sondern richtete sich vor allem an die Aufrechterhaltung von Lerninteressen Arbeitsloser.

##### **2. Projekte zur Stärkung lokaler Netze, Vereine und Gruppen**, um vor allem auch nachhaltige, auch über die Paktlaufzeit hinaus, gemeinwesenennahe Strukturen schaffen zu können, die eine Identifikation der Bürger mit ihrer Stadt fördern.

##### **3. Projekte zur Gründung von Kleinstunternehmen**, zur Unterstützung und zur wirtschaftlichen Etablierung von ExistenzgründerInnen

Im November 2002 erhielt die Stadt den Zuwendungsbescheid in Höhe von 260 T€ zur Umsetzung des Förderschwerpunktes Lokales Kapital für soziale Zwecke. Es wurde ein ehrenamtlicher Begleitausschuss ins Leben gerufen, der sich aus fünf Persönlichkeiten unserer Stadt. Vertreten waren vor allem Kompetenzen aus den Bereichen Wissenschaft, Sozialwirtschaft, Politik, Unternehmensführung und Wohlfahrtspflege. Der Begleitausschuss initiierte den Anfang Januar 2003 öffentlich ausgeschriebenen Wettbewerb zur Einreichung von Projektideen und entwickelte zusätzliche Kriterien zur Projektbewertung. Im Verlauf der Programmumsetzung wurden insgesamt 33 Projektideen eingereicht, die entsprechend einer Checkliste durch den verantwortlichen Programmkoordinator und den Paktmoderator aufgearbeitet und dem Begleitausschuss zur Bewertung übergeben wurden. In regelmäßigen, protokollarisch festgehaltenen Sitzungen entschied der Begleitausschuss über die Förderung der eingereichten Projektideen. Von den 33 eingereichten Projektideen konnten letztlich 24 per Entscheidung des Begleitausschusses zur Umsetzung gebracht werden. Die abgelehnten Projektträger wurden hinsichtlich einer möglichen Projektrealisierung über andere Programme bzw. Fördermöglichkeiten beraten.

Die öffentliche und feierliche Übergabe der jeweiligen Fördermittelbescheide ist mittlerweile schon zu einer traditionellen Veranstaltung gewachsen (auch die Bescheide im Rahmen des Bundesprogramms LOS werden in dieser Form überreicht).

Es kann eingeschätzt werden, dass alle 24 Mikroprojekte erfolgreich umgesetzt wurden. Die messbaren arbeitsmarktrelevanten Wirkungen der einzelnen Projekte lassen sich im Verhältnis zu den aufgewendeten Mitteln (260 T€) als äußerst positiv einschätzen. 12 ProgrammteilnehmerInnen konnten in reguläre Arbeit einmünden und 15 bestehende Arbeitsplätze konnten durch die Umsetzung des LOS gesichert werden.

Grundsätzlich kann mit dem Rückblick auf die zweijährige Erfahrung eingeschätzt werden, dass LOS ein für die Stadt Halle aktivierendes Förderinstrument darstellt, welches auch von einer breiten Öffentlichkeit wahrgenommen wird. Mit LOS ist es gelungen sowohl arbeitsmarktbenachteiligte Zielgruppen zu erreichen als auch Sozialraum – stärkende Effekte zu erzielen. Es wurden neue, bisher nicht im Rampenlicht der öffentlichen Wahrnehmung stehende Träger und Initiativen aktiviert, die für die Aus- und Mitgestaltung der sozialen Infrastruktur in den Stadtteilen Verantwortung übernehmen.

Die gewonnenen Erfahrungen und die über das Ende der Paktlaufzeit nachwirkenden Ergebnisse des Lokalen Kapital für soziale Zwecke würden sich, im Falle einer Möglichkeit zur Weiterführung dieser Landesförderung in der Stadt Halle, als solide Arbeitsgrundlage für die Initiierung neuer Mikroprojekte erweisen (Ministerium für Wirtschaft und Arbeit bereitet gegenwärtig ein Nachfolgeprogramm für 2005/ 2006 vor). Eine breite Basis an vorhandenem Potenzial für weitere Arbeitsmarkteffekte bieten geplante Existenzgründungen vor allem bei Frauen im Dienstleistungsbereich und bei jungen Wissenschaftlerinnen im Hochtechnologiebereich. Diese bei ihren Vorhaben zielgerichtet zu unterstützen, könnte den Schwerpunkt der Förderung „Lokales Kapital für soziale Zwecke“ in den Jahren 2005 und 2006 in der Stadt Halle darstellen.

## **Ausgewählte Beispiele der Projektförderung nach Schwerpunkten**

### **1. Projekt zur Wiederherstellung und Festigung des sozialen Zusammenhaltes**

#### **Involving – Freiwilliges Engagement als Brücke zur Arbeitswelt**

Das Projekt „Involving – Freiwilliges Engagement als Brücke zur Arbeitswelt“ hat zum Ziel, interessierte arbeitslose Bürgerinnen und Bürger über Möglichkeiten ehrenamtlichen Engagements zu informieren und sie anschließend in passgenaue Einsatzstellen zu vermitteln.

Dadurch sollen insbesondere Langzeitarbeitslose angeregt werden, neue Erfahrungen zu sammeln, selbst aktiv zu werden und soziale Kontakte zu knüpfen. Die Auswahl der ehrenamtlichen Tätigkeiten erfolgt aufgrund persönlicher Interessen, Kompetenzen oder beruflich-fachlicher Vorkenntnisse mit Unterstützung einer pädagogisch ausgebildeten Mitarbeiterin.

Im Rahmen des Projektes werden die Arbeitslosen durch besondere Rahmenbedingungen unterstützt, so erhalten Sie nach viermonatiger Teilnahme eine Aufwandsentschädigung, können eine Fortbildung „nach Maß“ besuchen oder kommen bei regelmäßigen Austauschtreffen mit Menschen in ähnlichen Situationen zusammen.

#### **Kurzdarstellung der erzielten Ergebnisse**

Im Rahmen des Projektes „Involving – freiwilliges Engagements als Brücke zur Arbeitswelt“ konnten bisher über 50 Personen über Möglichkeiten ehrenamtlichen Engagements persönlich informiert und beraten werden, von denen sich 35 für eine Projektteilnahme entschieden.

Die Projektteilnehmer wurden in ehrenamtliche Tätigkeiten in gemeinnützige und öffentliche Einrichtungen vermittelt und gestalten dort ihr Engagement in Absprache mit den Organisationen. Die Einsatzbereiche sind weit gefächert: Projekte im Kulturbereich und im Kinder- und Jugendbereich sind genauso zu finden, wie Tätigkeiten in der Büroorganisation oder im handwerklichen Bereich.

23% der Teilnehmer sind Männer, 77% Frauen. 12 Teil



## **Ewomancipation e.V. - Projekt zur Unterstützung Hallescher Frauen auf dem Arbeitsmarkt**

Das Ziel des Projektes „Ewomancipation“ bestand darin, Mädchen und Frauen bei der Suche nach beruflichen Perspektiven in der Region Halle zu unterstützen und zur Stärkung ihrer Position auf dem Arbeitsmarkt beizutragen. Zu diesem Zweck sollen Mädchen und Frauen, die arbeitssuchend sind oder sich in einer Phase der beruflichen Orientierung bzw. Umorientierung befinden, Existenzgründerinnen, regionale Unternehmen, Bildungsträger, Institutionen und gemeinnützige Projekte bzw. arbeitsmarktspezifische Initiativen in ein Netzwerk integriert werden.

### **Kurzdarstellung der erzielten Ergebnisse**

Existenzgründerinnen-Forum: Monatliche Diskussions- und Informationsveranstaltung für Frauen, die über den Schritt in die berufliche Selbständigkeit nachdenken, sich inmitten der Existenzgründung befinden oder bereits als Unternehmerin bzw. Freiberuflerin tätig sind. Im Rahmen der Veranstaltungsreihe können Informationen, Erfahrungen, Ideen und Dienstleistungen ausgetauscht werden.

Erstellung eines Webportals „Ewomancipation“: Das Webportal wird Informationen über arbeitsmarktbezogene Angebote für Mädchen und Frauen in der Region Halle bündeln. Dabei finden insbesondere Hilfs- und Beratungsangebote sowie mädchen- und frauenspezifische Berufsförderungsprojekte Berücksichtigung. Die Freischaltung des Webportals erfolgte zum Jahresende 2004.

Organisation der Fachtagung „Halle an der Saale – familienfreundlich und zukunftsorientiert“ am 13. September 2004 in Kooperation mit der Gleichstellungsbeauftragten der Stadt Halle. Netzwerkarbeit

### **3. Projekt zur Gründung von Kleinstunternehmen**

Mit der Förderung des Projektes „Souvenire aus Halle“ wurde die Künstlerin Frau Mojak, im Rahmen ihrer beruflichen Existenzgründung unterstützt und stabilisiert.

Ziel des Projektes war es, historisch-architektonische Schätze von Halle, sowohl Hallensern und Hallenserinnen als auch den Gästen der Stadt, bekannt zu machen. Das Projekt beinhaltet die Herstellung von Plastiken aus Keramik von denkmalgeschützten Gebäuden, einschließlich der Darstellungen von Fassaden und Details von Ornamenten als Reliefs.

Mit ihrer künstlerischen Orientierung gelingt es Frau Mojak zudem bei öffentlichen Ausstellungen und Festen für die Stadt Halle (Saale) zu werben.

### **Kurzdarstellung der erzielten Ergebnisse**

Erste Präsentationsausstellung im Händelhaus zu den Händelfestspielen 2003

Eröffnung zweier Verkaufsstellen (Halle-Tourist; Händelhaus)

Teilnahme am Workshop zum „Lokalen Kapital für soziale Zwecke“ in Halle

Zweite Präsentationsausstellung im Ratshof der Stadtverwaltung (April 2004)

Für die Händelfestspiele 2004 lagen für 15 Plastiken, 6 Reliefs und 12 Bilder Aufträge vor.

Ebenfalls Aufträge gibt es vom Kuratorium „Altes Rathaus“ und vom Verein „Graf von Luckner“

### **Lokales Kapital für soziale Zwecke in Zahlen**

Laufzeit März 2003 bis Dezember 2004

Finanz. Gesamtumfang 260.000 €

33 Projekte wurden nach öffentlich ausgeschriebenen Ideenwettbewerb eingereicht

24 Mikroprojekte erhielten die Zustimmung zur Umsetzung vom Begleitausschuss

Projektlaufzeiten von 2 bis 20 Monaten

Projektlaufzeiten von 2 bis 20 Monaten

Direkterreichte TeilnehmerInnen in den Projekten 1774 (1003 männl.; 771 weibl.)

12 in reguläre Arbeit eingemündete TeilnehmerInnen (5 männl.; 7 weibl.)

15 durch die Projektumsetzung gesicherte Arbeitsplätze (3 männl.; 12 weibl.)

69 TeilnehmerInnen wurden in den Projekten direkt qualifiziert (18 männl.; 51 weibl.)

## Das Bundes - Programm LOS (Lokales Kapital für soziale Zwecke)

Mit dem Programm des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) kann die Förderung von Kleinmaßnahmen in den Fördergebieten aus der Bund-Länder-Vereinbarung "Die Soziale Stadt" bzw. seiner komplementären Programmplattform "Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten (E & C)", umgesetzt werden. "Lokales Kapital für soziale Zwecke" wird aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) gefördert.

Mit "Lokales Kapital für soziale Zwecke" sollen soziale und beschäftigungswirksame Potenziale vor Ort aktiviert werden, die durch zentrale Programme wie die Regelförderung des Europäischen Sozialfonds nicht erreicht werden. Mit Kleinförderungen von bis zu 10.000 € je eingereichtes Projekt werden lokale Initiativen angeregt und unterstützt. Die Mittel mussten nicht kofinanziert werden. Es stehen bundesweit rund 40 Mio. € für den Zeitraum bis 2006 zur Verfügung. Die Steuerung des Programms "Lokales Kapital für soziale Zwecke" erfolgt durch die Regiestelle LOS, bestehend aus der Stiftung SPI Berlin und gsub mbH, die Umsetzung erfolgt dezentral.

Die Lösung, das Lokale Kapital innerhalb des Bund-Länder-Programms "Die soziale Stadt" einzusetzen, entspricht in hervorragender Weise dem dezentralen, auf den sozialen Kleinraum ausgerichteten Ansatz dieses neuen EU-Förderinstrumentes und wird daher sowohl von der Europäischen Kommission als auch vom für den ESF gesamtverantwortlichen Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit getragen.

Es werden Initiativen mit **folgenden Schwerpunkten** gefördert:

- Integration von Immigranten auf dem Arbeitsmarkt;
- Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus;
- Integration benachteiligter Jugendlicher;
- Förderung des Ehrenamtes;
- Frauenprojekte sowie Qualifizierungsprojekte.

In Verantwortung des Geschäftsbereiches Jugend, Soziales und Gesundheit bewarb sich die Stadt Halle (Saale) um Mittel aus dem Förderprogramm für die Sozialräume Halle-Neustadt und Silberhöhe. Voraussetzung waren entsprechende **Lokale Aktionspläne zur Verbesserung der Bedingungen der sozialen und beruflichen Integration**. Aus den mehr als 300 eingereichten Anträgen wurden 150 Gebiete ausgewählt, die ab Herbst 2003 „LOS“ umsetzen konnten. Darunter auch **Halle-Neustadt** und die **Silberhöhe**.

Der Zuwendungsvertrag zwischen der Regiestelle LOS und der Stadt Halle sichert die Programmumsetzung in 3 Förderperioden bis zum 30.06.2006. Die Mittel werden für jeweils eine Förderperiode zugewiesen. In der ersten Förderperiode (bis 30.06.2004) standen sowohl dem Stadtteil Halle-Neustadt als auch der Silberhöhe je 90.000 € zur Umsetzung des Programms zur Verfügung (85.000 € Projektförderung; 5.000 € technische Umsetzung).

Sowohl die inhaltliche als auch die finanztechnische Umsetzung des Programms erfolgt über den Fachbereich Kinder, Jugend und Familie. In Form eines Ideenwettbewerbes wurde für die 1.Förderperiode öffentlich zur Projekteinreichung aufgerufen (Amtsblatt der Stadt vom 8.Oktober 2003). Mittlerweile hat das Programm einen solch hohen Bekanntheitsgrad in den Stadtteilen erlangt, dass auch ohne Aufruf eine sehr große Anzahl innovativer Projektideen bei den jeweiligen Koordinierungsstellen eingehen.

Neben der Installation dieser Koordinierungsstellen in den beiden Stadtteilen wurden zwei Begleitausschüsse für die Programmumsetzung durch die Bürgermeisterin, Frau Szabados, am 4.November 2003 konstituiert. Die Begleitausschüsse sind besetzt mit Akteuren aus den jeweiligen

Stadtteilen, dies sind insbesondere Vertreter bestehender Netzwerke, Mitarbeiter von Ämtern, die einen direkten Arbeitsbezug zum jeweiligen Stadtteil haben, die Mitarbeiter des Gebietsmanagements und die Vertreter der Koordinierungsstellen.

Die Begleitausschüsse haben die Aufgabe, sowohl die eingegangenen Projektanträge zu bewerten, für den Stadtteil notwendige Vorhaben zu initiieren und der Stadtverwaltung Vorschläge zur Förderung von Mikroprojekten zu unterbreiten.

In der 1.Förderperiode konnten 24 Mikroprojekte (12 Silberhöhe; 12 Halle-Neustadt) bis zum 30.Juni 2004 durchgeführt und zu 100% aus dem „LOS“ finanziert werden (siehe Anlagen).

Für die 2.Förderperiode bis zum 30.Juni 2005 wurde das Fördervolumen in beiden Stadtteilen von der Regiestelle um je 10.000 € auf 100.000 € erhöht. Dadurch ist es nun möglich 28 Mikroprojekte (14 in Silberhöhe und 14 in Halle-Neustadt) zur Umsetzung zu bringen (siehe Anlage 2).

Am 16.November 2004 haben alle Mikroprojekte, die in der 1. Förderperiode erfolgreich beendet wurden sowie die aktuellen Projekte der 2.Förderperiode auf einer Projektmesse im Haus „Silva“ (Anhalter Platz) sich der Öffentlichkeit vorgestellt.

Weitergehende Informationen zum „LOS“ können dem Internet unter den Adressen [www.los-halle.de](http://www.los-halle.de) und [www.los-online.de](http://www.los-online.de) entnommen werden.

*Anlagen 4-7: Bundes - Programm Lokales Kapital für soziale Zwecke (LOS)*

- *Projektübersicht 1.Förderperiode Silberhöhe*
- *Projektübersicht 2.Förderperiode Silberhöhe*
- *Projektübersicht 1.Förderperiode Halle-Neustadt*
- *Projektübersicht 2.Förderperiode Halle-Neustadt*

## Gesundheit und Soziales

### Gesunde Städte-Netzwerk Halle

Beispiele für das Prozessmanagement

#### Gesundheitszieleprozess für (H)alle

Im November 2002 fand die Auftaktveranstaltung Gesundheitsziele in und für (H)alle im Stadthaus statt. Inzwischen wurde der Gesundheitszieleprozess nicht nur auf der kommunalen Ebene fortgeführt. Thematische Schwerpunkte in Halle sind die **Impfaufklärung** und die **Förderung gesunden Bewegungs- und Ernährungsverhaltens** sowie die **Verbesserung der Zahngesundheit**. Zukünftig kann jedoch auch verstärkt auf die Erkenntnisse aus der Gesundheitsberichterstattung bezug genommen werden. Eine detaillierte Beschreibung des Gesundheitszustandes von Kindern und Jugendlichen in der Stadt wird mit Abschluss des Projektes zum **Aufbau integrierter Berichtssysteme** (siehe ab Seite 34) ab dem 3. Quartal 2005 vorliegen.

Die praktische Umsetzung von Präventionsstrategien und Gesundheitsförderung soll, verstärkt im Rahmen von Settings, das heißt in Lebensbereichen wie dem Betrieb, der Kindertagesstätte oder der Senioreneinrichtung, erfolgen.

Anliegen ist es, das **Gesundheitsverhalten dort gezielt zu beeinflussen, wo die Menschen leben, arbeiten und ihre Freizeit verbringen**. Über den Setting-Ansatz ist es zudem möglich, bereits bei der Projektplanung die Betroffenen einzubeziehen sowie bestehende Strukturen und soziale Gefüge zu berücksichtigen. Außerdem können auf diesem Weg neue Partner beispielsweise in der Wirtschaft gewonnen werden.

Zu diesen Themen werden verstärkte Initiativen im Rahmen des Gesunde Städte-Projektes aufgelegt. So werden die Themen Verbesserung des Bewegungs- und Ernährungsverhaltens in den thematischen Arbeitskreisen des Netzwerkes aufgenommen und mit konkreten Projekten unterlegt. Als Beispiele seien genannt:

- Ernährungstraining für sozialbenachteiligte Jugendliche in der Silberhöhe, ein Projekt mit der Katholischen Erwachsenenbildung im Rahmen von PAKTE
- Weiterbildungen für Multiplikatorinnen zu den Themen....
- Präsentationen zum Thema Bewegungsförderung in Kindertageseinrichtungen und Schulen
- Durchführung und Publizierung von gesundheitssportlichen Angeboten durch den Arbeitskreis Sport und Gesundheit und den Stadtsportbund Halle e.V. und die Mitwirkung bei zahlreiche Aktionen mit Partnern in Halle z.B. Herz-Kreis-LAUf 2004 und „Fit wie eine Turnschuh“
- usw.

Ausblick: Ab dem Jahr 2005 werden systematische und zielgruppenorientierte Gesundheitsförderungskonferenzen durchgeführt. Begonnen wird im April 2005 zum Weltgesundheitstag mit dem Themenkreis „von Klein an aktiv und gesund“

### Anlage 8: neujustierte Gesundheitsziele des Landes Sachsen-Anhalt 2003

## **Betriebliches Gesundheitsmanagement in der Stadtverwaltung**

Gesunde, motivierte und gut ausgebildete Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen sind sowohl in sozialer wie auch ökonomischer Hinsicht Voraussetzung für den zukünftigen Erfolg der Stadtverwaltung als Dienstleister für die Bürger und Bürgerinnen der Stadt Halle.

Ziel ist es Krankheiten am Arbeitsplatz vorzubeugen, Gesundheitspotentiale zu stärken und das Wohlbefinden am Arbeitsplatz zu verbessern. Das ganzheitliche Gesundheitsmanagement wird von der Stadtverwaltung Halle mit Hilfe der AOK umgesetzt.

Krankheitsbedingte Fehlzeiten hängen, so dass europäische Netzwerk Betriebliche Gesundheitsförderung, mit dem seit den 90iger Jahren weit reichenden Rationalisierungs- und Modernisierungsprozess in der öffentlichen Verwaltung zusammen. Die daraus resultierenden Veränderungen in der Personalentwicklung, der Aufgabenverteilung und der Organisationsabläufen führen zwangsläufig zu Mehrbelastungen physischer und psychischer Art.

Um die Gesundheitsgefährdungen zu minimieren ist deshalb ein mit allen Verantwortungsträgern gut abgestimmtes Gesundheitsmanagement notwendig.

Auf der Grundlage von Gesundheitsberichten werden Gesundheitsförderungs- bzw. Präventionsprogramme für die gesamte Verwaltung entwickelt.

Handlungsfelder sind beispielsweise:

- Arbeitsplatzgestaltung
- Arbeitsorganisation
- Betriebsklima
- Personalführung
- Trainingsprogramme
- Informations- und Aktionsveranstaltungen
- Suchtprogramme, Nichtraucherchutzprogramme u.ä.

## **Schule als gesunder Lebensraum**

Die Zielstellung Schule zum gesundheitsfördernden Lebensraum umzugestalten ist nach wie vor wichtiges Anliegen im Projekt. Neben der Vermittlung schulfachlicher Inhalte ist *Schule* gefragt. Die Zusammenarbeit aller verantwortlichen Akteure in diesem Setting hat in den letzten zwei Jahren erhebliche Brüche erfahren und konnte nicht in der über Jahre praktizierten Kontinuität fortgesetzt werden.

Ursachen sind u.a. in den folgenden Veränderungen zu finden:

- unzureichende Unterstützung des Kultusministeriums Land Sachsen-Anhalt,
- Umstrukturierung auf Landesebene (LWVA),
- anhaltende Veränderungen der Schullandschaft in der Stadt (Schulentwicklungsplanung)

Mit der 8. Änderung zum Schulgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (Reform der Sekundarschulen) und unter Einbeziehung der künftigen demografischen Entwicklung steht die Stadt vor ebenso notwendigen wie komplizierten Entscheidungen zur Gestaltung der künftigen Schullandschaft.

Dennoch kann positiv festgestellt werden, dass inzwischen zahlreiche Schulen, sowohl im Grundschul- als auch im Sekundarbereich von sich aus gesundheitsfördernde Projekte umsetzen. D.h. das die seit 1991 geleistete Arbeit zur Gesundheitsförderung, vor Ort in Schulen teilweise verstetigt werden konnte. Die Sekundarschule Alexander von Humboldt und aktuell die Grundschule Radewell engagieren sich als „**Gesunde Knotenpunktschulen**“, um Gesundheitsförderung als Prinzip der Organisationsentwicklung bekannt zu machen. Über Jahre gesammelte Erfahrungen und Ergebnisse kommen nicht nur den Kindern der beiden Schulen und dem Schulumfeld zugute, sondern haben eine Breitenwirkung in Halle. Unterstützend wirkt in diesem Prozess weiterhin die Landesvereinigung für Gesundheit Sachsen- Anhalt e. V.

Ermutigend ist auch, dass Vertreterinnen vom Landesverwaltungsamt und dem Geschäftsbereich Jugend, Soziales und Gesundheit in einer ständigen Arbeitsgruppe nach gemeinsamen Umsetzungsstrategien suchen.

## **Sport und Gesundheit**

### Gesundheitssport

Die Beteiligten im Arbeitskreis haben sich auf folgende Arbeitsschwerpunkte verständigt:

- Ausbau und Förderung sportlicher Angebote, unter Berücksichtigung einer ganzheitlichen Zielsetzung, vor dem Hintergrund eines entsprechend umfassenden Verständnisses von Gesundheit
- Koordinierung und Vernetzung sportlicher Angebote, um möglichst vielen Bürgerinnen und Bürger eine jederzeit regelmäßige sportliche Betätigung zu ermöglichen
- Aktive Mitwirkung am Gesundheitszieleprozess
- Ausbildung und Stärkung einer aktiv wahrgenommenen, dauerhaften und individuellen Gesundheitskompetenz im Sinne physischer, psychischer und sozialer Schutzfaktoren durch sportliche Betätigung
- Erweiterung der Angebote im Behinderten- und Rehabilitationssport sowie die Integration behinderter Bürger in das sportliche Leben
- Einflussnahme auf die qualitative Entwicklung des Präventionssportes

Die Mitwirkung des Stadtsportbund Halle e.V.- Zusammenschluss der Sportvereine in Halle mit 34.000 Mitgliedern in 150 Vereinen- und der größeren Krankenkassen in der Stadt, ermöglicht die stetige fachkompetente Arbeit an Präventionsstrategien und konkreten Projekten zur nachhaltigen Bewegungsförderung.

Seit dem Anfang 2002 gibt der Arbeitskreise Sport und Gesundheit gemeinsam mit dem Stadtsportbund Halle und Krankenkassen der Stadt ein „Kursheft Präventionssportangebote“ heraus. Angebote mit Qualitätssiegel des Deutschen Sportbundes bzw. geprüfter Anbieterqualifikation sind für Nutzerinnen und Nutzer ersichtlich gekennzeichnet.

Ziel dieses Projektes ist die Bündelung qualifizierter Angebote für die Stadt Halle, insbesondere unter dem Gesichtspunkt der erweiterten Zugänglichkeit und Nutzung von Präventionsangeboten und Gesundheitssport für Bürgerinnen und Bürger.

Die Sportmöglichkeiten stehen allen Interessenten unabhängig von Ihrer Krankenkassenzugehörigkeit offen. Das Kursheft wird regelmäßig halbjährlich aktualisiert herausgegeben.

Die Verbesserung der persönlichen Kompetenzen der Bürgerinnen und Bürger im Umgang mit Gesundheit, Krankheit und Behinderung ist dabei eine wesentliche Zielstellung.

## **Frauen und Gesundheit**

### **Frauengesundheitstage in Stadt Halle (Saale)**

Seit 1997 werden jährlich im Herbst Frauengesundheitstage durchgeführt. Sie werden vom Initiativkreis Frauen und Gesundheit organisiert und von zahlreichen Vereinen und Partnern unterstützt.

Zielstellung dieser Veranstaltungsform ist zum einen, die öffentliche Bekanntgabe frauenspezifischer Angebote auf dem Gebiet der Förderung der Gesundheit zu unterstützen und zum anderen ein breiteres Nachdenken über Belange von Frauen u.a. im Gesundheitsbereich, in Gang zu setzen. Dabei wird das Engagement und die Zusammenarbeit von Fachleuten, Einwohnerinnen und Einwohnern der Stadt, Verbänden und Vereinen gefördert.

Die Angebote der Frauengesundheitstage beinhalten eine Vielzahl an, Kursangeboten, Vorträgen, Gesprächs- Diskussionsrunden, Freizeitmöglichkeiten wie sportlichen Aktivitäten u.a.m. für alle Altersgruppen.

### **Frauengesundheits-Kalender für die Stadt Halle (Saale)**

Ein Kalender der besonderen Art erscheint anlässlich der Frauengesundheitstage der Stadt Halle (Saale).

Das besondere Kalendarium zählt jeweils zwischen den Frauengesundheitstagen in der Stadt von Oktober bis zum September des nächsten Jahres. Der Kalender erschien im Jahr 2004 bereits zum 4. mal.

Geboren wurde diese Idee im *Initiativkreis Frauen und Gesundheit*, einem der Arbeitskreise im Gesunde Städte-Projekt der Stadt Halle (Saale). Dieses Gremium ruft nun jährlich Vereine und Initiativen zur erneuten Erstellung auf.

Maßgeblich unterstützt wird dieser Prozess durch die Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Susanne Schmotz. Die Herstellungskosten werden aus Ihrem Haushalt bestritten.

Die einzelnen Seiten werden von Frauen aus verschiedenen Vereinen erdacht und eigenverantwortlich gestaltet. So unterschiedlich wie das Angebot für Frauen in den einzelnen Einrichtungen ist, so unterschiedlich wurde die Gestaltung der einzelnen Seiten vorgenommen.

Mit dem Kalender wollen wir Frauen erinnern und ermutigen sich selbstbewusst Freiräume für die eigene Gesunderhaltung zu schaffen.

Dazu informieren wir bereits über einige langfristig feststehende gesundheitsbezogene Termine, die im Kalender eingetragen sind und je nach Interessenlage genutzt werden können. Das Motto dabei ist, wenn es den Frauen gut geht, tut dies der ganzen Familie gut!

Erhältlich ist der Kalender für Bürgerinnen und Bürger kostenlos (*solange die Auflage reicht*) bei allen teilnehmenden Einrichtungen und der Stadtverwaltung zu Beginn der Frauengesundheitstage der Stadt im Oktober

### **Aktion LUCIA**

Am 01. Oktober 2004 wurden wieder in ganz Deutschland der Brustkrebtsmonat mit der Aktion LUCIA eingeleuchtet. Täglich sterben in Deutschland 53 Frauen an Brustkrebs. Im Gedenken an diese Frauen sollen in möglichst vielen Städten 53 Lichter entfacht werden.

In der Stadt Halle (Saale) beteiligten sich engagierte Frauen und Männer bereits zum 2. mal an der Aktion Lucia. Unterstützung fanden die Initiatorinnen von Initiativkreis Frauen und Gesundheit beim Brustzentrum der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und beider Sachsen-Anhaltische Krebsgesellschaft e.V.

Mit dieser symbolischen Handlung soll jährlich Aufmerksamkeit und ein verändertes Bewusstsein geschaffen werden – damit die Defizite der deutschen Brustkrebtsmedizin abgeschafft werden.

Unterstützt durch die Gesunde Stadt Initiative aus Halle ist 2005 die Beteiligung von ganz Sachsen-Anhalt vorgesehen.

### **Gesundheitliche Prävention**

2002 beging der Koordinierungskreis AIDS-Prävention Halle und Saalkreis sein zehnjähriges Bestehen. Der im Fachbereich Gesundheit angesiedelte Koordinierungskreis hat sich die Aufklärung der Bevölkerung zum Thema HIV und AIDS zur Aufgabe gemacht. Die Mitglieder sehen die kontinuierliche Prävention als wichtigste Möglichkeit, um Infektionen wirkungsvoll zu begegnen und Verständnis und Solidarität, für die psychosozialen Dimensionen von HIV und AIDS, zu vermitteln. Die Arbeitsgruppe hat ebenso die Mobilisierung und Koordinierung lokaler Kapazitäten zum Ziel.

Aufgaben und Angebote des Arbeitskreises sind:

- Vernetzung der AIDS-Prävention auf kommunaler Ebene
- Projektarbeit
- Beratung und Aufklärung

- Organisation und Durchführung von Aktionstagen, Aktionswochen und Ausstellungen, Fortbildungen und Projekten
- Erstellung von Informations- und Beratungsmaterialien
- Gewinnung neuer Mitglieder und Kooperationspartner

Ein Projekt kommunale AIDS-Prävention wurde in Schulen der Stadt Halle (Saale) und des Saalkreises durchgeführt. In beiden Regionen wurden Schulen in sozialen Brennpunkten (Großsiedlungen bzw. Neubaugebiete, hoher Anteil ausländischer Bürger an der Bevölkerung, überdurchschnittlich hoher Anteil an Sozialhilfeempfängern) ausgewählt.

Schülerinnen und Schüler der Klassenstufen 7 - 10 wurden über einen Projektzeitraum von zwei Jahren präventiv begleitet.

Das Projekt wurde 2003 abgeschlossen. Die wissenschaftliche Auswertung durch die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg ergab, als ein wesentliches Ergebnis, dass sich nicht nur das Wissen der Teilnehmerinnen verbessert hatte, sondern Einstellungen z.B. zu Partnerschaft, Sexualität, Schwangerschaft und zahlreichen anderen Themen nachweislich positiv verändert werden konnten (z.B. Kondom nicht nur kennen sondern auch benutzen).

AIDS-Prävention wurde dabei im Kontext mit Sexualerziehung in thematischen Einheiten für Schülerinnen und Schüler angeboten. Gleichzeitig wurde mit Lehrerinnen und Lehrern gezielt in Blockseminaren zur Methodenschulung gearbeitet.

*Anlage 9: Organigramm Koordinierungskreis Aids-Prävention*

## **Präventionsrat gegen Rassismus, Gewalt und Kriminalität - für Toleranz und Integration**

2001 beschloss der Stadtrat die Gründung des „Präventionsrates gegen Rassismus, Gewalt und Kriminalität – für Toleranz und Integration“. Die Oberbürgermeisterin berief den Präventionsrat als Beratungsgremium. Mitglieder sind Interessenvertretungen, Behörden, Vereine/Einrichtungen und Stadträte und Stadträtinnen, je Stadtratsfraktion ein Mitglied.

Prävention ist ein wichtiger Ansatz in der Bekämpfung von Gewalt, Kriminalität und Rassismus. Ursachen von Gewalt sind auch in den Lebenssituationen der einzelnen Menschen und im sozialen Klima der Stadt zu sehen.

Bei der Bekämpfung von Gewalt, Kriminalität und Rassismus trägt die Stadt im kommunalen Handlungsrahmen ein hohes Maß an Verantwortung zur Entwicklung von ganzheitlichen, ressortübergreifenden Präventionsstrategien. Durch diesen gesamtgesellschaftlichen Ansatz scheint es am ehesten möglich, global und lokal bedingte Ursachen und Faktoren für die Entstehung von Gewalt, Rassismus und Kriminalität anzugehen und zu beseitigen. Dies kann nur durch Partizipation der Bevölkerung erreicht werden. Die Beteiligung vieler dient dabei auch der Identifikation mit der Präventionsstrategie.

Die Weiterentwicklung und **Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen** sind Schwerpunkte der Arbeit des Präventionsrates.

Die Hauptschwerpunkte der Präventionsstrategie sind auf folgende Bereiche gerichtet:

- Werte von Demokratie und humanistischer Ethik zu vermitteln.
- Verständnis für andere Kulturen zu wecken.
- Tolerantes Miteinander aller Menschen zu fördern.
- Optimale Bedingungen im Wohnumfeld durch Ausgestaltung öffentlicher Räume und der Entwicklung von nachhaltigen Stadtteilentwicklungskonzepten zu schaffen.
- Gegen Extremismus und fanatisches Gedankengut Aufklärung, Bildung und Kultur zu setzen.

In Halle soll „**Sicherheit durch Verantwortung**“ als ursachenorientierter Ansatz durch das Zusammenwirken aller gesellschaftlichen Kräfte das Übel „Gewalt“ an den Wurzeln gepackt und deren Ursachen angegangen werden.

Im Rahmen des bundesweiten Sonderprogramm „Für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ wurde ein **lokaler Aktionsplan für Demokratie und Toleranz** erarbeitet. Dieser Aktionsplan liefert Informationen in einem Problem-Atlas und einem Veränderungsplan, der Handlungsgrundlage für den Präventionsrat ist.

## **Integrationsnetzwerk**

### **Migration und Integration in Halle**

Die Integrationspolitik der Stadt Halle (Saale) hat sich in den letzten Jahren positiv verändert und wird als eine Querschnittsaufgabe in der Stadtverwaltung gesehen und wohl auch von der Bevölkerung wahrgenommen.

Das seit 2002 vom Stadtrat, auf der Grundlage des Situationsberichtes für Ausländer 2001, beschlossene Integrationskonzept zur Förderung für Chancengleichheit und damit zur Schaffung eines positiven interkulturellen Klimas in der Stadt Halle (Saale) wurde als Grundlage zum Aufbau eines Integrationsnetzwerkes verwendet. Seit 2004 arbeiten insgesamt 40 Einrichtungen, Vereine, Organisationen für und mit Migranten und Migrantinnen unter Leitung der Ausländerbeauftragten der Stadt Halle an diesem Prozess.

Ein wesentlicher Bestandteil zur Realisierung von Aufgaben trägt das Engagement und die Fachlichkeit der gebildeten Steuerungsgruppe von 6 Mitgliedern bei.

#### 1. Fachgruppe Arbeit und Einkommen

Koordination: Eine – Welt – Haus Halle e. V.

Die Fachgruppe Arbeit und Einkommen erarbeitet eine Übersicht über Angebote und Möglichkeiten des Einstiegs in das Berufsleben sowie über Möglichkeiten von Arbeitsgelegenheiten in verschiedenen Einrichtungen einschließlich der Informationen über die Zugangsbedingungen.

#### 2. Fachgruppe Deutschunterricht

Koordination: Verein Hilfe für Flüchtlinge und Aussiedler e. V.

Die Fachgruppe Deutschunterricht bietet qualitativ gute Bildungsangebote für ausländische Mitbürger zum Erlernen der deutschen Sprache und zu erfolgreicher Integration an und sichert diese.

#### 3. Fachgruppe Wohnumfeld

Koordination: Deutsche Rotes Kreuz

Die Fachgruppe Wohnumfeld fördert ein problemloses Miteinander multikultureller Bewohnerschaften durch Aktivitäten wie Beratung, Qualifizierung, Hilfe zur Selbsthilfe, Eigenengagement, Feste feiern, soziale und politische Auseinandersetzungen sowie Wohnumfeldverbesserung.

#### 4. Fachgruppe Interkulturelle Kompetenz

Jugendwerkstatt „Frohe Zukunft

Die Fachgruppe Interkulturelle Kompetenz unterbreitet Fortbildungsangebote zur Qualifizierung von Multiplikator(innen) von Behörden und Ämter und sensibilisiert verschiedene Einrichtungen für eine interkulturelle Öffnung der Regeldienste.

#### 5. Fachgruppe Kindertagesstätten, Schule und Berufsausbildung

Caritas Verband Halle

Die Fachgruppe Kindertagesstätten, Schule und Berufsausbildung sorgt für die Unterstützung und Förderung von Maßnahmen, die der Integration von Migrantenkinder und –jugendlichen im Erziehungswesen, in der Schule, offenen Kinder- und Jugendarbeit, in der Berufsausbildung sowie im Bereich der Gesundheitserziehung und Gesunderhaltung dienen und sorgt des weiteren



für die Sensibilisierung und Information von ErzieherInnen, LehrerInnen, BerufsvermittlerInnen und Ausbildungseinrichtungen über die rechtlichen und kulturellen Unterschiede sowie über die Befindlichkeiten und Lebenssituationen der Migrantenkinder und –jugendlichen.

6. Fachgruppe Gesellschaftliches Leben, Kultur, Freizeit und Gesundheit  
Koordination: Kinder und Jugend Haus e.V.

Die Fachgruppe Gesellschaftliches Leben, Kultur, Freizeit und Gesundheit hat sich die Eröffnung von Zukunftsperspektiven für Kinder, Jugendliche und Familien, Begleitung von Kinder und Jugendlichen in ihrer schwierigen Entwicklungsphase unter heutigen Bedingungen, die Herstellung des sozialen Friedens, die Minimierung der Isolation von Menschen durch Kontakte zu anderen ähnlichen Lebenssituationen, die Etablierung einer modernen offenen Gesellschaft, die den Zugang zur Bildung, zum Arbeitsmarkt, zur medizinischen Beratung und zur Kultur für die Menschen garantiert sowie die Sensibilisierung der Bevölkerung im Umgang mit Migrationbewegungen und Erklärung deren Ursachen und Bedeutung in unsere Gesellschaft als Ziel gesetzt.

Die erste Tagung des Integrationsnetzwerkes fand im Februar 2005 statt und stellte konkrete Ziele und Aufgaben zur Förderung und Entwicklung des gesamten Integrationsgeschehens erstmalig vor.

Wesentlich und neu in diesem Prozess ist die Zusammenarbeit mit überregionalen Netzwerken, wie z.B. Bündnis für Zuwanderung und Integration Sachsen Anhalt, Runder Tisch gegen Ausländerfeindlichkeit Sachsen Anhalt, Arbeitsgruppe Ausländerbeauftragter Sachsen Anhalt, Zusammenarbeit mit nationalen und internationalen Netzwerken zur Integrationspolitik.

*Anlage 10: Organigramm Integrationsnetzwerk*

## Netzwerk gegen Drogen

Der Stadtrat beschloss im November 1998 die Initiative „Netzwerk gegen Drogen“. Das Netzwerk erfasst die Problembereiche der legalen und illegalen Drogen, der Schwerpunkt liegt jedoch bei illegalen Drogen. Die daraus resultierenden Handlungsfelder erstrecken sich von der Prävention über die Suchtkrankenhilfe bis zur Kriminalitätsbekämpfung.

Der politische Auftrag gilt der **„Entwicklung eines am Bedarf orientierten liberalen flexiblen Handlungssystems (Akzeptierende Drogenarbeit), unter der Berücksichtigung der unterschiedlichen Zielgruppen, zur Bekämpfung der Auswirkungen von Suchtmittelmissbrauch in der Stadt Halle“**.

Mit diesem Netzwerk verfügt die Stadt über ein effektives System der Ressourcenbündelung zur Entwicklung eines Qualitätssicherungskonzeptes in der Suchtkrankenhilfe. Es ist einerseits Leitlinie der Suchthilfeplanung und ermöglicht andererseits gleichzeitig Krisenintervention im individuellen und regionalen Bezug. Die Eigenständigkeit der beteiligten Träger ist dabei gewährleistet.

Die wichtigste Struktureinheit im Organisationssystem ist der Koordinierungskreis. Er strukturiert die Aufgabenstellungen und Zusammenarbeit zwischen dem Suchtkrankenhilfesystem, dem Bereich Soziales/Vorbeugung und der Repression. Die Geschäftsführung wird von der Drogenbeauftragten der Stadt Halle wahrgenommen. Als primäre Zielstellungen sind benannt:

Im Interesse eines vernetzten drogenpolitischen Handlungssystems und einer adäquaten Suchthilfeplanung bedarf es einer Bündelung der Ressourcen von Personen, Professionalität, Zeit und Geld. Eine partnerschaftliche Zusammenarbeit der Vertreter/innen der Bereiche *Prävention/Soziales, Suchtkrankenhilfe und Repression* führt zu einer Verkürzung der Wege zwischen Ermittlung eines Bedarfes und der Umsetzung einer Maßnahme. Der Koordinierungskreis ist gleichzeitig ein aussagefähiges Gremium gegenüber der Öffentlichkeit und der Stadtverwaltung zur Situation der Auswirkungen eines Suchtmittelmissbrauches in der Stadt Halle.

Zu den Aufgaben des Koordinierungskreises gehört:

- Sammlung aller Informationen der Basisdienste und Arbeitsgruppen
- Bestandsaufnahme und Bündelung von Bedarfen
- Anregung und Prüfung einer Maßnahmeentwicklung

- Controlling von Perspektiven und Zielstellungen der einzelnen Struktureinheiten
- Koordinierung der Intervention in Brennpunktsituationen
- Entwicklung von Handlungsstrategien
- Entscheidungsvorbereitung bei Beschlussvorlagen
- Empfehlungen zur Sucht- und Drogenpolitik
- Öffentlichkeitsarbeit
- Herausgabe eines Jahresberichtes „Netzwerk gegen Drogen“

**Das Netzwerk ist damit nicht nur Arbeitsinstrument zur Suchthilfeplanung, sondern die Grundlage einer sinnvollen, professionellen Drogenpolitik der Stadt, in der Mittelpunkt**

beteiligte Kommunen: Ostdeutsche Mitgliedsstädte des Gesunde Städte-Netzwerks (Dresden, Erfurt, Chemnitz, Greifswald, Halle, Magdeburg, Rostock, Stralsund und zwei Berliner Bezirke)

*Anlage 12: Integrierte regionale Berichtssysteme – Modul 08 Gesundheit als integrierendes Leitziel - Projektübersicht*

RBS 09

### **Aufbau eines ämterübergreifenden Informationssystems und einer integrierten regionalen Umwelt- und Sozialberichterstattung unter dem Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung**

wiss. Einrichtung: Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle GmbH (UFZ)  
beteiligte Kommunen: Städte Halle und Leipzig

#### **Erwartungen und Vorteile für Halle:**

Die Fortschreibung des Sozialatlases und die Weiterentwicklung der Sozialberichterstattung und Umweltberichterstattung ergänzt um eine Gesundheitsberichterstattung ermöglicht den Aufbau eines geschäftsbereichsübergreifenden Berichtssystems in dem Sozial-, Gesundheits- und Umweltdaten integriert werden.

*Anlage 13: Indikatoren für eine nachhaltige Entwicklung: Bsp. kommunale Gesundheitsberichterstattung*

Der Bezug aller relevanten kommunaler Daten auf das zu schaffende Nachhaltigkeitsindikatorensystem, welches kommunale Entwicklungsprobleme wie:

- anhaltender Bevölkerungsrückgang verbunden mit einer Veränderung der Sozial- und Altersstruktur;
  - Stadtentwicklung/ Wohnungsleerstand/ Stadtumbau/ Infrastrukturanpassung,
  - Verkehrsentwicklung
  - Hohe Arbeitslosigkeit/ fehlende Arbeitsplätze,
  - Umwelt/Sauberkeit,
  - Schutz der Gesundheit,
- abbildet und politische Handlungsziele aufzeigt.

In Anlehnung an den Sozialatlas der Stadt Halle werden die Datenbestände in georeferenzierter Form dargestellt, mit der Stadtteilebene als maßgebliche Raumeinheit. Der farbigen Stadtkarte werden Tabellen mit den entsprechenden Daten für jeden Stadtteil und im Verlauf nach Jahresscheiben gegenübergestellt. Dies ermöglicht horizontale Vergleiche zwischen den Stadtteilen, sowie vertikale Vergleiche einzelner Stadtteile mit der Gesamtstadt. Darüber hinaus soll die Verwendung eingeführter Indikatoren einen Ranking und Benchmarkvergleich mit anderen Städten ermöglichen.

Die Nutzerfreundlichkeit wird verbessert, indem der Zugriff über das kommunale Intranet gesichert wird. Jeder Nutzer kann neue thematische Karten erzeugen, indem mehrere Karten und damit Sachverhalte elektronisch durch übereinander legen zu einer neuen zusammengefügt werden. Ein öffentlichkeitswirksamer Imagegewinn wird für die Stadt Halle durch die Positionierung der Kommune im Zusammenhang mit Nachhaltigkeit entstehen.

#### **Umsetzung**

Das Konzept nachhaltige Entwicklung wird bei der Entwicklung des integrierten Berichtssystems die Funktion eines Kompasses übernehmen.

Nachhaltig ist dabei eine Entwicklung, **„die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können“**.

Zur Anwendung kommt die Konzeption des Verbundprojektes „zukunftsfähige Entwicklung : Perspektiven für Deutschland“ von Forschungszentren der Hermann von Helmholtz-Gemeinschaft (HGF). Die generellen Ziele einer nachhaltigen Entwicklung lassen sich wie folgt beschreiben:

***Sicherung der menschlichen Existenz  
Erhaltung des gesellschaftlichen Produktivpotentials  
Bewahrung der Entwicklungs- und Handlungsmöglichkeiten.***

Aus den generellen Zielen werden 17 Nachhaltigkeits-Regeln abgeleitet, die als Mindestbedingungen für eine nachhaltige Entwicklung zu verstehen sind. Die Nachhaltigkeits-Regeln bilden den Kern des HGF-Konzepts. Sie markieren Teilziele einer nachhaltigen Entwicklung und stellen damit eine inhaltliche Ausdifferenzierung des Konzepts dar.

*Anlage 14: HGF- Nachhaltigkeitsregeln*

Die beteiligten Kommunen haben im Rahmen der Projekte gemeinschaftliche Ziele und Indikatoren mit Nachhaltigkeitsbezug anhand vorhandener und neu zu schaffender Berichtssysteme formuliert und werden diese erproben.

Die bereits bestehende geschäftsbereichsübergreifende Arbeitsgruppe Sozialbericht-erstattung ist um die Bereiche Umwelt und Gesundheit verstärkt worden. Diese Arbeitsgruppe arbeitet mit den wissenschaftlichen Einrichtungen beider Projekte.

Zurzeit werden die Daten aus den Geschäftsstatistiken der Verwaltung aufbereitet und fehlende Daten akquiriert. Diese Daten werden für die verabredeten Indikatoren berechnet und transformiert.

#### **Ausblick**

Im Sommer 2005 wird die technische Umsetzung des Berichtssystem abgeschlossen sein. Ab diesem Zeitpunkt wird das mit Daten gefüllte Indikatorensystem in der Stadtverwaltung erprobt.

### **Kultur und Soziokultur**

## **Themenjahre**

"Halle an der Saale: Antworten aus der Provinz."

So lautet die Programminitiative, die unter Federführung der Franckeschen Stiftungen in Halle stattfindet. Über 100 kulturelle, soziale, pädagogische und religiöse Einrichtungen der Stadt beteiligen sich daran. Darunter sind Kinos, Schulen, Institute und Vereine, aber auch Behörden, Museen und Galerien. Gemeinsam entwickeln sie zu wechselnden Jahresthemen ein konzertiertes Programm, das von den Stiftungen koordiniert wird. So gelingt es, ein Thema über ein Jahr in einer Stadt aus ganz unterschiedlichen Perspektiven zu betrachten und die Einrichtungen miteinander zu vernetzen. Dabei möchten alle Beteiligten durch Initiativen und Projekte Impulse geben, die über das Jahr hinaus wirken. So ist die Programminitiative selbst bereits eine Antwort aus der Provinz auf die zunehmende Bündelung der Kräfte in Berlin.

#### **Themenjahre im Überblick:**

2000 Was für Kinder – Ein Kinderjahr in Halle

2001 Wissenswert.Glaubwürdig. ... nun sag' wie hast du's mit der Religion?

2002 didaktik@discovery – Faszination Wissen in Halle

2003 ALTERnativen. Auf dem Wege zu einer Alterskultur

2004 Aufklärung durch Bildung – ein kulturelles Themenjahr in Sachsen-Anhalt

2005 beziehungs:weise – Familie und Gemeinschaft

Ausblick:

2006 Die Welt statt der Provinz. Die Internationale Dimension Halles. Es ist geplant, die Themenjahre bis ins Jahr 2010 weiterzuführen.

#### **Was für Kinder - ein Kinderjahr in Halle**

Das erste Themenjahr im Jahr 2000 widmete sich Kind und Kindheit. Über 100 Einrichtungen boten fast 400 Veranstaltungen für, mit und über Kinder an. Das Angebot war groß und reichte von wissenschaftlichen Vorträgen und Tagungen über neue Erkenntnisse zur Kindererziehung und Gehirnforschung bis zu Beratungsabenden für Eltern. Es fanden kulturhistorische Ausstellungen zur

Geschichte der Kindheit im 20. Jahrhundert statt, genau wie Feste und Führungen speziell für Kinder. In Folge des Jahres gründete die Stadt Halle ein Kinderbüro der Stadt Halle und die Franckeschen Stiftungen das Kinderkreativzentrum Krokoseum. In regelmäßigen Kongressen diskutieren Kinder mit Erwachsenen Möglichkeiten, Halles Kinderfreundlichkeit noch zu verbessern. Ein Kinderbeirat überwacht die Beschlüsse.

### **Wissenwert.Glaubwürdig. ...nun sag' wie hast du's mit der Religion**

Eine große hölzerne Arche vor dem Historischen Waisenhaus war das Symbol des Themenjahres 2001. Als Veranstaltungsort wurde sie rege genutzt. Eine Projektgruppe aus Vertretern der Kirchen in Halle hatte eine Vielzahl von Veranstaltungen organisiert. Darunter waren Vorträge über Geschichte und Gegenwart des Christentums, aber auch anderer Weltreligionen. Neben freikirchlichen Gemeinden waren neue religiöse Gemeinschaften, vielfach als Sekten bezeichnet, ein Thema. Die erstmals im Kirchenkreis veranstaltete „Nacht der offenen Kirchen“, deren Resonanz alle Erwartungen übertraf, war ein Programmhöhepunkt. Sie findet jetzt jährlich statt. Ein weiterer war die Weihung der bisher einzigen orthodoxen Kirche in Sachsen-Anhalt (Russisch-Orthodoxe Hauskirche) in einem der Gewölbe der Stiftungsgebäude. Neben einer Wanderausstellung entstand auch eine Publikation, welche die über achtzig Religionsgemeinschaften in der Stadt Halle vorstellt und dokumentiert.

Die Arche Noah geht nach – kurzer Fahrt – inmitten des Stadtteilstreffes zum Themenjahr 2004 „Aufklärung durch Bildung“ im „Blauen Elefanten“ auf der Silberhöhe vor Anker. Für die folgenden 7 Monate entstand ein anregungsreicher Ort der Bildung und Begegnung.

**Veranstaltungen rund um die Arche:** ca. 100 Veranstaltungen mit 43 beteiligten Einrichtungen (Schulen, Kirchen, Begegnungszentren, Bürgerinitiativen, Vereine) z.B. An einem Sonntag je Monat traten Einrichtungen der halleschen Kulturmeile (Opernhaus, Philharmonien, neues Theater, theatrale auf. Die gastronomische Versorgung erfolgte durch Begegnungsstätte „Silva“

### **didaktik@discovery – Faszination Wissen in Halle**

Das Jahr 2002 wurde durch das 500-jährige Jubiläum der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und das 350-jährige Jubiläum der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina zu einem „Jahr der Wissenschaft“ in Halle. Ausgehend von der Tradition der Wissensvermittlung in den Stiftungen wurde hier vor allem der Kanon diskutiert. Was ist Bestandteil des Grundwissens und wie kann es „unter die Leute“ gebracht werden? Dabei wurde der Bogen von den Wissensspeichern des 18. Jahrhunderts, Historische Bibliothek und Wunderkammer, zu den Speichermedien und Vermittlungswegen der Gegenwart und Zukunft geschlagen. Neben Ausstellungen und Vorträgen war vor allem auch die erstmals stattfindende Lange Nacht der Wissenschaften sehr erfolgreich. Seitdem ist sie fester Bestandteil des halleschen Kulturjahres.

### **ALTERnativen. Auf dem Wege zu einer Alterskultur**

Ein Thema bestimmte das Jahr 2003, das – folgt man den Vorhersagen der Demografie – die Gesellschaft stark prägen wird: Das Alter. Dem Begriff der Jugendkultur stellte Halle dabei das Schlagwort der Alterskultur entgegen. Es sollte neben unserem Umgang mit alten Menschen auch den mit alten Dingen beschreiben. Beides verknüpft sich häufig mit der Frage nach den steigenden Kosten für alle. Dass den Alterserscheinungen der Gesellschaft mithin aber auch positive Seiten abzugewinnen sind, war Teil des Programms.

Am Themenjahr beteiligten sich 130 Einrichtungen mit 600 Veranstaltungen. In Ausstellungen, Vorträgen, Seminaren, Film- und Theateraufführungen, Lesungen und Gesprächen wurden Modelle des Alterns, Seniorenangebote sowie alte Traditionen und Sehenswürdigkeiten vorgestellt. Ein wichtiges Anliegen war der Brückenschlag zwischen Alt und Jung. Als sichtbares Zeichen wurde der Grundstein für das Haus der Generationen im alten Pädagogium der Franckeschen Stiftungen gelegt, einem Altenpflegeheim baulich verzahnt mit einer Montessori Grundschule.

### **Aufklärung durch Bildung**

Im Jahr 2004 verbanden sich die Programminitiative „Halle an der Saale: Antworten aus der Provinz“ und die Landesinitiative „Sachsen-Anhalt und das 18. Jahrhundert“ zum gemeinsamen Programmjahr „Aufklärung durch Bildung“. Gemeinsam mit über 140 Einrichtungen in ganz Sachsen-Anhalt luden die Franckeschen Stiftungen dabei zu einer kulturellen Bildungsreise

durch die historischen Landschaften des heutigen Bundeslandes ein. Denn von hier gingen im 18. Jahrhundert wichtige Impulse aus, die das europäische Geistesleben bis heute prägen. Die Jahresausstellung in den Stiftungen stellte mit August Hermann Niemeyer eine Person vor, an deren Leben sich die mannigfaltigen Veränderungen, Brüche und politischen Wirren der Zeit um 1800 illustrieren ließen. Im zweiten Halbjahr wurde der Bogen zu den Bildungsdebatten der Gegenwart geschlagen.

### **beziehungsweise – Familie und Gemeinschaft**

Auch im Jahr 2005 wollen die Stiftungen Impulse geben für einen zukunftsfähigen gesellschaftlichen Diskurs. Das Themenjahr widmet sich den gewandelten Formen des Zusammenlebens und der Zukunft der Familie unter wissenschaftlichen, kulturellen, politischen, wirtschaftlichen und sozialen Aspekten. Im Verbund aller gesellschaftlichen Kräfte sollen aktuelle Bezüge hergestellt und der Fokus auch auf regionale Besonderheiten gerichtet werden. Wie definieren wir heute Familie? Wovon ist unser gängiges Familienbild geprägt und stimmt es mit der Wirklichkeit überein? Kann es das überhaupt noch? Welchen Beitrag leistet die Gesellschaft für die Familie – welchen Beitrag die Familie für die Gesellschaft? Wie familienfreundlich ist unsere Stadt? Welche Gemeinschaftsformen existieren heute neben der Familie? Ausblick des Themenjahres sollte sein, Perspektiven und nachhaltige Projekte für eine familienfreundliche Stadt zu entwickeln, die über die „Provinz“ hinausweisen.

## **Beispiele für vernetztes Arbeiten aus den Stadtteilen Silberhöhe und Halle-Neustadt**

### **Silberhöhe**

#### **Gebietsmanagements und Stadtteilbüro**

Seit 1999 hat die Stadt Halle mit Unterstützung des Förderprogramms „Soziale Stadt“ die S.T.E.R.N. Gesellschaft der behutsamen Stadterneuerung mit der Wahrnehmung der Aufgaben des Gebietsmanagements auf der Silberhöhe beauftragt. Zuvor war S.T.E.R.N. bereits zwei Jahre beratend für die Silberhöhe tätig und hat für die Stadt Halle die Urban-Handlungskonzepte bearbeitet.

Das Gebietsmanagement begleitet und unterstützt die Stadt bei der Projektentwicklung und –vorbereitung, der Erschließung neuer Förderwege., der Öffentlichkeitsarbeit und der Vernetzung sowie der Moderation der Partizipation im Stadtteil.

Die aktuellen Ziele des Gebietsmanagements für die Entwicklung der Silberhöhe umfassen:

- Bessere Qualität des Wohn- und Lebensraumes
- Mehr Chancen auf dem Arbeitsmarkt
- Bewohneradäquate (nachfragegerechte) soziale Infrastruktur
- Stärkung der Stadtteilkultur
- Besseres Gesundheitsniveau
- Mehr Partizipation der Bewohner und Akteure

Die zur Erreichung der Ziele entwickelten Methoden, Maßnahmen und Projekte reichen von der Initiierung von Netzwerken wie dem „Arbeitskreis Silberhöhe“ mit den Vertretern nahezu aller relevanten Akteure auf Stadtteil- und kommunaler Verwaltungsebene und der Vernetzungsgruppe der Kinder-, Jugend-, Sozial- und Bildungseinrichtungen der Silberhöhe über das Engagements für den Einsatz weiterer Förderprogramme wie „Kompetenz und Qualifikation für junge Menschen“ und „Lokales Kapital für Soziale Zwecke“ sowie der Organisation des Stadtteilstes (durch Frau Jonas) bis zur Öffentlichkeitsarbeit durch Unterstützung der Stadtteilzeitung „SilberBlick“ und der Erstellung eines Einkaufsführers und einer Übersicht über die Kinder- und Jugendeinrichtungen auf der Silberhöhe.

Das Stadtteilbüro ist 1999 im Zusammenhang mit den tief greifenden Umstrukturierungsprozessen auf der Silberhöhe vom Gebietsmanagement und der Stadt Halle eingerichtet worden

Es hat sich zur zentralen Anlaufstelle, zum lebendigen Mittelpunkt der Silberhöhe entwickelt. Hier finden wechselnde Ausstellungen und Veranstaltungen verschiedener Projekte und Initiativen statt, Bewohner können sich über Fragen zur Stadtteilentwicklung informieren. Akteure haben hier ihren Treffpunkt und oft ist das Stadtteilbüro der „Kummerkasten“ der Silberhöhe.

#### Anlage 15: Vernetzungsstruktur im Stadtteil Silberhöhe

Das Stadtteilbüro wird gemeinsam vom Gebietsmanagement und der Stadt betrieben. Es übernimmt eine wichtige Bindeglied-Funktion bei der Vernetzung im Stadtteil.

*Ansprechpartnerin während der täglichen Öffnungszeiten ist Frau Jonas als Mitarbeiterin der Stadt Halle. Die S.T.E.R.N. Mitarbeiterinnen Fr. Dr. Herden und Fr. Dr. Bahrs-Discher sind in einem regelmäßigen 1-2 wöchentlichen Turnus vor Ort.*

#### **K. u. Q. - Projekte von, mit und für Kinder und Jugendliche**

**Im Rahmen eines Förderprogramms mit dem Namen „K.u.Q. – Kompetenz und Qualifikation für junge Menschen“ wurden auf der Silberhöhe Projekte von, mit, für Kinder und Jugendliche umgesetzt.**

Bei der Förderung handelt es sich um ein Programm des Bundesministerium für Frauen, Senioren, Familie und Jugend (BMFSFJ). Der Fachbereich Kinder, Jugend und Familie der Stadtverwaltung Halle hat die Fördermittel beantragt und die S.T.E.R.N. GmbH als Gebietsmanagement mit der Gesamtplanung und Durchführung der Fördermaßnahme auf der Silberhöhe beauftragt.

Die zunächst vom Gebietsmanagement entwickelten Vorschläge wurden in Gesprächen mit den Akteuren auf der Silberhöhe modifiziert und ergänzt. Darüber hinaus fanden Abstimmungsrunden mit stadtteilbezogenen Gremien statt.

Die Qualifizierungsmaßnahmen für die Fachkräfte erfolgte im Zusammenhang mit der dezentralen sozialraumorientierten Umstrukturierung des Fachbereichs Kinder, Jugend und Familie

Folgende Projekte wurden beispielsweise durchgeführt:

- Familienpädagogischer Erlebnistag Silberhöhe am 01.02.03 in Zusammenarbeit mit den Kinder- und Jugendeinrichtungen „Blauer Elefant“ und „Bäumchen“ sowie der Familienbildungsstätte „Villa Jühling.
- Kooperationsprojekt „Miteinander“ zwischen dem Hort der Begegnungsstätte „Bäumchen“ und dem Verein „Un-art-IG e.V. zur Unterstützung der Arbeit mit Kindern und Eltern aus Familien mit besonderem Betreuungsbedarf
- Fortbildungsangebot zum Thema Gewaltprävention/gewaltfreie Konfliktlösungsstrategien für die Erzieher der Horteinrichtungen auf der Silberhöhe in Zusammenarbeit mit der Familienbildungsstätte „Villa Jühling“
- Unterstützung des „Kochclub“ im Kinder- und Jugendhaus „Blauer Elefant“ durch Anschaffung eines Elektroherdes und Finanzierung des Betreuungshonorars für die Dauer der Fördermaßnahme
- Medienpädagogisches Jugendfilmprojekt „Treffpunkt Silberhöhe“ in Zusammenarbeit mit dem „Jugendclub Wettin“ (Träger des „Offenen Kanals Sachsen-Anhalt“). Eine öffentliche Vorführung und Diskussion des Films ist vorgesehen..
- Herstellung einer Dokumentation der Kinder- und Jugendeinrichtungen auf der Silberhöhe. Eine Vervielfältigung und Verteilung als Broschüre im Stadtteil ist erfolgt.
- Methodische Qualifizierungsveranstaltungen für die Fachkräfte des Fachbereichs Kinder, Jugend und Familie im Hinblick auf eine sozialraumorientierte Umstrukturierung

## Waldstadt Silberhöhe

Halle ist durch eine stark negative Bevölkerungsentwicklung geprägt. So verringerte sich die Einwohnerzahl im Zeitraum von 1989 bis 2004 um 28 %, d.h. von 329.000 auf 236.000 Einwohner. Den mit über 50 % stärksten Bevölkerungsverlust hat die Großsiedlung Silberhöhe zu verzeichnen. Deren Einwohnerzahl verringerte sich von 39.000 auf ca. 16.700 im Jahr 2004. Um die daraus resultierenden enormen Leerstände zu reduzieren, liegt der Schwerpunkt des Wohnungsrückbaus der Stadt in diesem Stadtteil. Im Jahr 2003 wurde erstmalig in hoher Zahl zurückgebaut. Insgesamt wurden in Halle ca. 4200 Wohneinheiten abgerissen, davon 60 % in Silberhöhe. Im Jahr 2005 sind weitere umfangreiche Abrisse in Silberhöhe vorgesehen.

## Zielsetzung

- Ausgleich bisheriger Defizite an Baumbeständen
- Bessere Identifikation durch die Strukturierung des Stadtteils mittels Aufforstung
- Aufwertung für die Naherholung

## Kurze Projektbeschreibung

Für den Stadtteil Silberhöhe wurde das Leitbild der Waldstadt erarbeitet. Das Kernprojekt für die Umsetzung wird die Aufforstung von großflächigen Rückbauarealen darstellen. Im Randbereich wird ein weitgehend **natürlich wachsender Wald** entstehen, im Innenbereich dagegen sollen „**lichte Baumhaine**“ angepflanzt werden.

Eine am Saaletal gelegene Rückbaufläche mit einer Größe von 3,6 ha wird mit Laubbäumen zu einem **Wald** aufgeforstet. Der Laubwald, bestehend aus Erlen, Spitz- und Bergahorn, Eschen und Traubeneichen, wird von einem Saumschutz aus Haselnuss, Heckenkirsche, Hartriegel, Weißdorn und Wildrosen umgeben. Die ca. 19.000 jungen Bäumchen sind etwa 30 bis 50 cm hoch und wurden mittels Wildschutzzaun vor Wildverbiss und sonstigen Beschädigungen geschützt. Die Kosten dieser Maßnahme belaufen sich auf ca. 11.000 €/ha. Die Finanzierung erfolgt hauptsächlich durch Mitteln aus dem Programm „Soziale Stadt“

Die Planungen für die Innenbereiche am Anhalter Platz und in der Querfurter Straße sehen nach dem Rückbau der Wohnblöcke und der Straße die Bepflanzung mit ausgewachsenen Bäumen zu einem „**lichten Baumhain**“ vor. Die Kosten für diese Aufwertungsmaßnahmen werden bei ca. 400 € pro Baum liegen. Die Flächen gehören der Stadt und teilweise den Wohnungsbauunternehmen. Für einige Bereiche erfolgt ein Flächentausch oder eine Duldung. Die Finanzierung der Maßnahmen soll durch Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen sowie Spendenaktionen erfolgen.

## Umsetzungsstand

Das erste Projekt zur Aufforstung eines **natürlich wachsenden Waldes** wurde im Frühjahr 2004 umgesetzt. Die Gestaltung des „**lichten Baumhains**“ befindet sich seit Frühjahr 2004 in der Planungsphase. Nach dem Abriss der Wohngebäude wird eine Straße komplett zurückgebaut. Im Herbst 2004 erfolgten die ersten Anpflanzungen. Für Anpflanzung von Bäumen über Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen gibt es erste Finanzierungszusagen. Das Konzept zur Verteilung und Finanzierung der Pflegekosten wird noch ausgearbeitet.

## Innovation

Die Stadt Halle geht mit der Aufforstung großflächiger Rückbaubereiche neue Wege im Umgang mit neu entstehenden Freiflächen. Das Projekt mit Pilotcharakter wird anderen Kommunen neue Ideen für die Gestaltung von Rückbauflächen eröffnen können. Durch die Initiative der Stadt kann die Wohnqualität und damit die Attraktivität von Silberhöhe erhöht werden.

Leitbild ist ein Imagewandel der Silberhöhe zur „Waldstadt“.

Am Anhalter Platz, an der zukünftigen zentralen Waldfläche, entstand 2003 die **Stadtteilbegegnungs- und Kulturstätte SILVA (Wald)**. Der Projektansatz einer Verknüpfung von arbeitsplatzwirksamen Maßnahmen mit der Verbesserung des kulturellen und gastronomischen Angebotes sowie der sozialen und städtebaulichen Funktion konnte realisiert werden. Mit Fördermitteln des Programms „Soziale Stadt“ entstand aus einem ehemaligen Jugendclub ein Restaurant, Tagungsräumen, Trend-Bar und Festsaal auch Platz für Ausstellungen, Kleinkunst, Lesungen u.ä.. Das SILVA wird als Jugenderwerbsbetrieb von der Jugendwerkstatt „Frohe Zukunft“ Halle-Saalkreis e.V. geführt und bietet arbeitslosen jungen Menschen im Rahmen von Qualifizierungsprojekten die Möglichkeit, danach in der ersten Arbeitsmarkt einzusteigen. Im Jugenderwerbsbetrieb werden die Jugendlichen in den Bereichen Küche, Gastronomie, Hauswirtschaft und Hausmeister qualifiziert.



## **Auftakt Pflanzaktion**

Das Konzept „Die Silberhöhe wird Waldstadt“ steht nicht nur auf dem Papier. Das Kuratorium „1200 Jahre Halle“ und die Stadtverwaltung haben entschieden, dass der geplante Jubiläumshain mit 1.200 Bäumen auf der Silberhöhe entstehen soll.

Mit dem Hain wird die alte Idee eines Ost-West-Grünzuges durch die Silberhöhe, die nie verwirklicht wurde, wieder aufgegriffen. Nach dem Abriss der 11geschossigen Wohngebäude am Anhalter Platz/ Querfurter Straße und im Bereich der Hanoier Straße, wird hier mit den Baumpflanzungen begonnen.

Den Auftakt bildete die Pflanzaktion am 26. Oktober 2004 mit Anwohnern und Sponsoren. Die anwesende Oberbürgermeisterin Ingrid Häußler und der Vorsitzende des Kuratoriums Dr. Klaus Rauen rufen die Hallenser auf, für diesen Hain zu spenden. Etwa 50 Euro kostet ein Baum – aber viele kleine Spenden ergeben auch einen Baum. Die Namen der Spender werden auf der vor- Ort angebrachten Tafel bekannt gegeben.

Die Spendenaktion wird unterstützt durch Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen und durch das Förderprogramm „Soziale Stadt“. Das ehrgeizige Ziel sieht vor, das bis zum Stadtjubiläum 2006 alle 1.200 Bäume für 1.200 Jahre Halle gepflanzt sind.

Die nächste Pflanzaktion für den Jubiläumshain findet im April 2005 statt. Die Bürger der Silberhöhe sind herzlich dazu eingeladen.

Spendenkonto bei der Stadt- u. Saalkreissparkasse Halle,  
Konto-Nr. 389 330 000, Kennwort: „Pflanzaktion 1.200“

## **„Spur der Steine“ – Kunstprojekte auf der Silberhöhe**

„Spur der Steine“ ist ein Kunstprojekt, das seit 2003 in der Silberhöhe stattfindet. Künstler haben sich Gedanken gemacht, was auf freien Flächen in der Silberhöhe entstehen könnte.

Andreas Freyer aus Kaltenmark hat die Idee, drei riesige Kreise als Grünflächen anzulegen: ein Blumenbeet, einen Wasserkreis und einen Eichenring. Im Sommer kann man sich unter die Bäume legen, die Farbenpracht der Blumen bewundern oder in der Nacht den Mond auf der runden Wasserfläche tanzen sehen. Die drei Kreise werden ergänzt durch einen runden, viel kleineren im Rathaus der Stadt Halle, der ein Spiegel ist. Er hat die Aufgabe, die Beziehung zu den „großen Brüdern“ lebendig zu halten und die Stadtmütter und -väter stets an die Silberhöhe und ihre Bewohner zu erinnern.

Dagmar Schmidt aus Halle möchte die Erinnerung an das Wohnen in der Silberhöhe in den „wilden“ 80er Jahren erhalten. Dazu plant sie, das Kellergeschoss eines der Wohnhäuser an der Erich-Kästner-Strasse, die 2005 abgerissen werden, stehen zu lassen und dieses wieder einzuräumen. Dafür soll zunächst der Grundriss der typischen Dreiraumwohnungen auf die Kelleretage übertragen und dann die Inneneinrichtung der 80er Jahre nachgebaut werden. Da der Himmel über der Silberhöhe die Wohnungsdecke ersetzen wird, werden alle Möbel wetterfest in Beton nachgegossen. Rund um die Uhr kann man durch die Wohnungen spazieren. Auf diese Weise entsteht ein Ort, der sowohl Spielplatz ist als auch bei den Besuchern auf humorvolle Weise die Erinnerung an das Leben vergangener Tage wach halten möchte.

Der Berliner Künstler Rolf Wicker sieht einen Aussichtspunkt am Hohen Ufer vor, der nicht gerade alltäglich ist. Wie ein Labyrinth gabeln sich Wege, hören plötzlich auf oder sind überhaupt nicht begehbar. Verständlich wird das Ganze erst, wenn man weiß, dass die verzweigten Stege originalgetreu den Grundriss eines Wohnhauses in der südamerikanischen Inkastadt Machu Picchu nachzeichnen. Machu Picchu ist einst von ihren Bewohnern verlassen worden, weil die Wirtschaft nicht mehr florierte. Ökonomische Umwälzungen erlebt momentan auch die Silberhöhe. Viele gehen ebenso weg wie einst die Inkastadt in den Anden verlassen wurde. Doch das könnte alles einmal anders werden. Machu Picchu ist heute UNESCO-Weltkulturerbe ...

Die Umsetzung der Ideen hat 2004 begonnen. Bis jetzt konnte über eine L.O.S.- Projekt das Blumenbeet von Andreas Freyer angelegt werden. Außerdem unterstützt die WG Frohe Zukunft die „Grabungsstädte“ von Dagmar Schmidt, so dass 2005 in die Erich-Kästner-Strasse wohl „eingezogen“ werden kann. Weiterhin sind verschiedene Standortvarianten für den Aussichtspunkt „Machu Picchu“ von Rolf Wicker

im Gespräch. Das bedeutet jedoch nicht automatisch, dass die Realisierung aller Ideen und kühnen Entwürfe bereits beschlossene Sache ist. So fehlt es noch an Finanzmitteln für Rolf Wickers „Machu Picchu“, werden ab nächstem Jahr mit potentiellen Sponsoren Gespräche zu führen sein, gilt es Schwierigkeiten zu bewältigen und wird die eine oder andere Idee erst langsam reifen müssen. Momentan ist deshalb noch nicht absehbar, wann die Umsetzung der Projekte von „Spur der Steine“ abgeschlossen sein wird. Wichtige Grundlage dafür ist jedoch, dass die offene und konstruktive Atmosphäre, die seit Beginn existiert, das Nachdenken über die Silberhöhe auch weiterhin bestimmt.

## Halle-Neustadt

### Quartiersmanagement und Stadtteilbüro

Das Stadtteilbüro in Halle-Neustadt nahm am 1.12.2002 seine Arbeit auf, es wurde eingeweiht durch die Oberbürgermeisterin Ingrid Häußler. Die Verstärkung der Öffentlichkeitsarbeit zur Popularisierung, Einbeziehung und Information der Stadtteilbewohner über die Landesinitiative Urban 21 und das Programm Soziale Stadt ist Anlass der Maßnahme.

Das Stadtteilbüro ist Anlaufstelle für Information und Veranstaltungen für die Bürgerinnen und Bürger von Halle-Neustadt sowie Kooperationspartner für die Einrichtungen und Vereine im Stadtteil, Beziehungen bestehen auch zu gewerblichen Partnern wie z.B. die Wohnungsunternehmen.

Das Stadtteilbüro führt kulturelle Veranstaltungen durch in Kooperation mit dem KulturTreff Halle-Neustadt und dem Soziokulturellen Zentrum Pustebume. Für diese Veranstaltungen konnte eine ständig wachsende Gruppe interessierte Bürgerinnen und Bürger gewonnen werden.

Neben kulturellen Veranstaltungen sind Themen im Rahmen von Stadtbau (Rückbau, Sanierung) ebenso Thema von Veranstaltungen wie Projektvorstellung im Rahmen im Rahmen von Urban 21.

Wichtig für die Bürgerinnen und Bürgern ist das Stadtteilbüro auch als Beschwerdestelle bezüglich mangelnder Ordnung, Sicherheit und Sauberkeit im Stadtteil. Hier wird in Zusammenarbeit mit der Verwaltung, Einrichtungen und den Bürgern selbst nach Lösungen für solche Problemlagen gesucht. Häufig in Form von Vorortterminen bei denen die Probleme konkret begutachtet werden.

### Landesinitiative Urban 21 / Soziale Stadt

Seit 2001 ist Halle-Neustadt an der Landesinitiative Urban 21 und dem Bund-Länderprogramm Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf „Die Soziale Stadt“ beteiligt. In diesem Rahmen fließen Mittel zur städtebaulichen Entwicklung des Stadtteils von EU, Bund, Land und Stadt in den Stadtteil. Gemäß des integrierten Ansatzes der Stadtteilentwicklung, der den Programmen inne wohnt, sollen die fachspezifisch agierenden Ämter der Stadtverwaltung zu einer gemeinsamen Arbeit am jeweiligen Stadtteil zusammengeführt und die Akteure vor Ort mit eingebunden werden. Mit der Teilnahme an diesen Programmen ist deshalb die Einrichtung eines Stadtteilmanagements/ **Quartiermanagements** verbunden, dass die Prozesse der Stadtteilentwicklung koordiniert, moderiert und die Einbindung der Akteure und BewohnerInnen in den Stadtteilentwicklungsprozess organisiert.

Die Organisation des Stadtteil-/Quartiermanagements erfolgt auf drei Ebenen in der Verwaltung, in der Vermittlung zwischen Verwaltung und Quartier (Intermediäre Ebene) und auf der Stadtteil-/Quartiersebene, verortet durch das Stadtteilbüro.

Federführend für das Programm in der Verwaltung ist der Fachbereich Stadtentwicklung und –planung (Fachbereich 61), für die Koordination und Moderation der Prozesses im Stadtteil waren bislang als **Träger des Stadtteilmanagements** die Firmen BauGrund Berlin und SPI Soziale Stadt- und Land Entwicklungsgesellschaft mbH tätig. Auf der Stadtteilebene wurde im Jahr 2002 ein Stadtteilbüro eingerichtet, das im ersten Jahr von zwei ABM-Kräften betreut wurde, seit Dezember 2003 haben zwei städtische MitarbeiterInnen die Betreuung übernommen.

Zur Koordination des Stadtteilmanagements besteht seit August 2004 eine Arbeitsgruppe, in der die drei Ebenen zusammengefasst sind. Aus der Verwaltung ist der FB Kinder, Jugend u. Familie, die Sozialplanung und der FB Stadtentwicklung u. –planung vertreten, die zweite Ebene vertritt SPI sowie die Mitarbeiterinnen des Stadtteilbüros die dritte Ebene.

Die Programmziele, die die Entwicklung des Neustadt bestimmen und die integrative Vorgehensweise untermauern lauten:

- Stärkung des wirtschaftlichen Wohlstands und der Beschäftigung im Stadtteil,
- Förderung der Chancengleichheit, der sozialen Eingliederung und Entwicklung,
- Schutz der städtischen und globalen Umwelt sowie

- gutes Stadtmanagement und die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung.

Das koordinierte Vorgehen und der Einsatz der Fördermittel unter Beachtung der Programmziele sollen für Halle-Neustadt einen nachhaltigen Effekt ergeben.

Bürgerbeteiligung sowie Beteiligung von Kindern und Jugendlichen im Rahmen von Urban 21/ Soziale Stadt Projekte:

### **Neugestaltung Grünzug Am Gastronom**

Durchführung von 3 Bürgerveranstaltungen während der Planungsphase (Information und Diskussion der Neugestaltung des Grünzugs) und eine weitere Veranstaltung verbunden mit einer mehrwöchigen Ausstellung in Kooperation mit der Filiale der Stadtparkasse Halle im Wohngebietszentrum Am Gastronom vor Baubeginn im Herbst 2003.

### **Revitalisierung und Erneuerung Neustädter Passage**

Beteiligung von Bürgerinnen und Bürger an den Planungen zur Revitalisierung des Stadtteilzentrums durch Erstellung eines Bürgergutachtens. Moderation des Verfahrens durch SPI Soziale Stadt und Land Entwicklungsgesellschaft mbH als Träger des Quartiermanagements.

An zwei Wochenenden im Juni 2003 hat sich eine Gruppe bestehend aus 28 Neustädter Bürgerinnen und Bürgern mit dem Thema „Neugestaltung der Neustädter Passage“ auseinander gesetzt. Als Ergebnis der Arbeit liegt ein 85seitiges Gutachten vor.

Das Urban-Projekt „Neustädter Passage / Hochhausscheiben“ hat als Maßnahme im Rahmen der Landesinitiative Urban 21 einen zentralen Stellenwert für die Stadtteilentwicklung. Die Akzeptanz der Maßnahme durch die Bürger als Nutzer des Stadtteilzentrums ist entscheidend für den Erfolg.

Ziele des Bürgergutachtens waren entsprechend:

- Nutzungsgewohnheiten und Nutzungsbedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger zu erheben,
- bestehende Planungsvorstellungen aus der Alltagssicht der Bewohnerinnen und Bewohner zu überprüfen,
- alltagsbezogene Verflechtungen verschiedener Funktionsbereiche zu erkennen und
- über den Partizipationsansatz einen Beitrag zur Identifikation der Bürger mit dem Stadtteilzentrum zu leisten.

Ganz allgemein diente das Bürgergutachten dazu, die Bürgerbeteiligung zu qualifizieren und darüber Bürgerengagement zu mobilisieren. Durch die gemeinsame Arbeit von Experten und Bürgern wurde die Auseinandersetzung der Bevölkerung mit Planungsvorhaben verbessert und die Qualität der Vorschläge und Wünsche der Bürger konkretisiert.

Den Planungsbüros, die mit der Detailplanung für die Sanierung der Passage und der Gestaltung des öffentlichen Raumes beauftragt wurden, dienten die Anregungen, Kritik und Vorschläge der Bürgergutachter, die in einer Dokumentation aufbereitet sind, als Arbeitsgrundlage zur Berücksichtigung der Bürgerwünsche. Darüber hinaus sind die betroffenen Stadtteilakteure und die Verwaltung aufgerufen, die eingebrachten Ideen ernsthaft aufzugreifen und – dort wo es möglich ist – ihre Realisierung in Betracht zu ziehen.

Das Bürgergutachten wurde im Sommer 2003 im Rahmen einer für die Stadtteilöffentlichkeit geöffneten Veranstaltung der Oberbürgermeisterin Ingrid Häußler übergeben. Die Veranstaltung diente gleichzeitig dazu die weitere Beteiligung der BürgerInnen zu vereinbaren. In drei weiteren Veranstaltungen wurden bis zur Fertigstellung des Konzeptes im März 2004 die Planungen mit den BürgerInnen diskutiert sowie die Berücksichtigung ihrer Vorschläge überprüft.

### **Neubau Cliquentreff Schnatterinchen**

Durchführung von Bürgerveranstaltungen und Planungs-Workshops zur Planung des Cliquentreffs.

Beteiligung der Jugendlichen seit Beginn des Planungsprozesses zur Sanierung bzw. Neubau des Cliquentreffs. Vorgesehen ist über die Planungsbeteiligung hinaus, die Mitarbeit der Jugendlichen bei der Herstellung der des Gebäudes im Rahmen des Innenausbaus sowie der Gestaltung der Außenanlagen.

Neben den Jugendlichen wurden zum frühestmöglichen Zeitpunkt die Anwohner in den Planungsprozess für den Neubau des Cliquentreffs mit einbezogen. In einer

Informationsveranstaltung wurde den Bürgerinnen das Projekt vorgestellt sowie das weitere vorgehen der Beteiligung, die in Form eines Workshops stattfand erläutert. Ziel des Workshops war es die städtebauliche Gestaltung für das Projekt gemeinsam festzulegen (Ausrichtung des Gebäudes, Anordnung des Freigeländes, Erschließung und Lage der Parkplätze) um eine größtmögliche Zustimmung der BürgerInnen gegenüber dem Projekt zu erreichen. Darüber hinaus sollte über die gemeinsame Diskussion und die Suche nach für beide Seiten akzeptable Standortlösungen für das Projekt erste Möglichkeiten zur Kontaktaufnahme zwischen BewohnerInnen und Jugendlichen hergestellt werden.

### **Neugestaltung Wohngebietszentrum und Grünzug Am Treff – Maßnahme Integrativer Spielplatz / offener Schulhof auf dem Gelände der Helen-Keller Schule**

Planungsbeteiligung von Kindern und Jugendlichen unter Leitung des Kinderbüros mit Unterstützung der Helen-Keller Schule sowie Quartiermanagement und Stadtplanungsamt. Zwei Bürgerveranstaltungen zur Vorstellung und Diskussion des Projektes unter Leitung des Quartiermanagements und des FB Stadtentwicklung u. –planung Ressort Grünplanung

#### **Kinderbeteiligung:**

Beginn des Planungsprozesses mit den Kindern und Jugendlichen im Rahmen einer Auftaktveranstaltung in der Helen-Keller Schule. Die Veranstaltung dient der Vorstellung des Projektes (Erläuterung der Planung und der Aufgaben, Ausgabe einer Infomappe als Grundlage für die weitere Arbeit).

Die Einrichtungen, die sich an der Planung beteiligten (Hort, Kitas u. Helen-Keller Schule, schickten jeweils eine Abordnung von 3 – 4 Kindern/Jugendlichen zu dieser Veranstaltung. Die Gruppen nahmen die Informationen mit in ihre Einrichtungen zurück und erarbeiteten mit Unterstützung eines Praktikanten des Kinderbüros, von Schülerinnen und Schülern des Christian-Wolf Gymnasiums sowie von Studentinnen des Fächer Reha- und Sonderpädagogik der Uni Halle erste Grundlagen und Ideen für die Gestaltung des Spielplatzes

Die Ergebnisse der ersten Arbeitsphase bildeten die Grundlage für die Erarbeitung des Konzeptes im Rahmen des 3-tägigen Planungsworkshops, vom 04. – 06. Oktober 2004, welches dann als Vorlage für den Entwurf diente. Im Rahmen der dreitägigen Workshopveranstaltung entwickelten behinderte und nichtbehinderte Kinder gemeinsam die Grundidee für den Spielplatz, eingebunden in diesen Workshop, der gleichfalls in der Helen-Keller Schule durchgeführt wurde war der planende Landschaftsarchitekt, die Grünplanung und das Quartiermanagement. Im Rahmen einer Abschlussveranstaltung wurden dem Fachbereichsleiter des FB Kinder, Jugend und Familie, dem Abteilungsleiter des Stadtplanungsamtes sowie dem Behindertenbeauftragten der Stadt Halle, die Ergebnisse übergeben. Zu dieser Veranstaltung waren neben den Eltern und den anderen Kindern der Einrichtungen auch die AnwohnerInnen geladen.

#### **Beteiligung der BürgerInnen:**

Die Beteiligung der BürgerInnen und AnwohnerInnen wurde durch das Quartiersmanagement in Absprache mit dem Stadtplanungsamt organisiert. In einer ersten Informationsveranstaltung, die im gleichen Zeitraum wie die Auftaktveranstaltung der Kinder und Jugendlichen stattfand. Die Bürgerinnen und Bürger wurden über Flyer und Aushänge sowie durch Pressemitteilungen über die Veranstaltung informiert.

Die Veranstaltung diente der Erläuterung der weiterführenden Maßnahmen zur Erneuerung und Umgestaltung der Freiflächen des Wohngebietszentrums. Den AnwohnerInnen wurde das Gesamtvorhaben vorgestellt werden unter besonderer Beachtung des integrativen Spielplatzes. In diesem Rahmen wurde auch der Bezug zur Teilnahme von Halle am Projekt „Gesunde Städte“ sowie der Auszeichnung im Rahmen des Wettbewerbs „Barrierefreie Kommune“ hergestellt, da das Projekt diese Ansätze unterstützt.

Die BürgerInnen erhielten Gelegenheit sich zu dem Projekt zu äußern und Vorschläge und Wünsche zu einzubringen. Während der Veranstaltung wurde hingewiesen auf die öffentliche Präsentation der Ergebnisse der Kinder- und Jugendbeteiligung-

In einer zweiten Veranstaltung wurde den AnwohnerInnen der auf Basis der Kinderbeteiligung entstandene Entwurf erläutert. Darüber hinaus erhielten sie Rückmeldung zur Berücksichtigung ihrer Wünsche im Rahmen der weiteren Gestaltung des Wohngebietszentrums. Als Ergebnis dieser Veranstaltungen erhält der öffentliche Spielbereich eine Einfriedung und es sind Nutzungszeiten vereinbart worden, die vorsehen, dass der Spielplatz ab 20.00 Uhr geschlossen wird. Außerdem erreichten die AnwohnerInnen eine Verlagerung von Sitzbänken und Spielelementen im schon neugestalteten Bereich des Einkaufszentrums.

## **Neugestaltung Stadtpark Am Bruchsee – Maßnahme Kletterturm**

Bürgerveranstaltungen zur Information und Diskussion des Projektes in Zusammenarbeit von Quartiermanagement, dem Bereich Grünplanung und dem Planungsbüro sowie unter Beteiligung des IG Klettern Halle/ Löbejün e.V. als künftige Nutzer des Kletterturms.

Auf den ersten Bürgerversammlungen am 10.11.04 und 03.12.04 wurden die Planungen zur Freiflächengestaltung einschließlich Kletterturm vorgestellt und sehr kontrovers diskutiert. Insbesondere wurden von den Anwohnern Vorbehalte zu dem geplanten Kletterturm wegen einer Beeinträchtigung des Landschaftsbildes deutlich gemacht sowie Befürchtungen wegen einer möglichen Lärmbelästigung und zunehmenden Vermüllung geäußert.

Der Kletterturm wurde daraufhin von der ursprünglich vorgesehenen Höhe von 25 m auf 19 m reduziert. Der Standort wurde, wie oben bereits beschrieben, noch einmal verschoben, so dass der Turm jetzt stärker vom Gefälle des Geländes profitiert und etwa 4 m tiefer liegt als die Oberkante der Steilwand. Darüber hinaus wurde von der ursprünglich vorgesehenen, abstrakten Gestaltung des Turmes als „Salzkristall“ Abstand genommen und eine natürlichere Form gewählt. Ebenso wird die Farbe des Spritzbetonüberzuges dem vorhandenen Kalkstein angeglichen. Die Abpflanzung des Kletterturmes zum Flächennaturdenkmal wird noch einmal verdichtet. Der Abstand zur Wohnbebauung von mind. 200 m lässt keine Lärmbelästigung der Anwohner erwarten.

Die Freiflächen und Beach-Volleyballfelder gehen in die Unterhaltung des FB Grünflächen über. Der Kletterturm und sein unmittelbares Umfeld werden durch die IG Klettern betreut und auch mehrfach im Jahr gesäubert.

Mit der Planung und Realisierung des Kletterfelsens am Bruchsee, wird ein wichtiges Projekt für sport- und kletterbegeisterte Kinder und Jugendliche umgesetzt. Die derzeitige Nutzung des bestehenden Kletterfelsens am Urban – Begegnungszentrum am Thüringer Bahnhof macht deutlich, dass hier ein Bedarf besteht, dem mit der Umsetzung des neuen Projektes Rechnung getragen werden kann.

Die Einbeziehung des Alpenvereins und seiner Mitglieder in die Planungsphase konnte bereits im Vorfeld Befürchtungen von Anwohnern hinsichtlich einer Lärmbelästigung durch die Kletterer, aus dem Weg räumen.

Das Projekt entspricht damit der Kinderfreundlichkeitsprüfung der Stadt Halle (Saale).

## **Projekt „Neustadt-Gärten“**

In der kommenden Zeit werden in Halle-Neustadt zahlreiche Häuser abgerissen. Man kann die entstehenden Brachen einerseits als Zeichen des Verlustes betrachten, denn ganz offensichtlich handelt es sich um den Verlust an Bewohnern und Häusern. Andererseits sind diese Freiräume auch Optionen des Zukünftigen. Sinnvolle Konzepte zur Nutzung solcher entstehenden Freiflächen können nur bedingt von außen entwickelt werden. Sie sollten aus den Vorstellungen und Wünschen der Bewohner selbst resultieren.

Der Kultur/Block e.V. wird am Niedersachsenplatz die durch Abriss freiwerdende Fläche mit den Anwohnern zu einer Gartenfläche entwickeln. „Neustadt-Gärten“ kann jeden Tag aufs Neue zeigen, dass Selbstverantwortung und Initiative zu konkreten Ergebnissen führen.

Die Aneignung der Fläche durch die Bewohner steht dabei im Vordergrund. Jenseits des traditionellen Arbeitsmarktes gilt es, soziales Kapital im Sinne von „Zeit statt Geld“ zu aktivieren.

Angesprochen sind alle Einwohner der Neustadt. Das Projekt „Neustadt-Gärten“ bezieht sich zugleich auf Familien, Einzelne und Gruppen. Letztlich zielt das Vorhaben auf Integration und die Bildung einer Gemeinschaft für den Ort. Der Prozess der Beteiligung ist auf Selbstorganisation der Bewohner untereinander ausgerichtet.

Bisher konnten 20 interessierte Familien aus Halle-Neustadt gewonnen werden, diese sind multinational (deutsch, russisch, kurdisch). Die Vorstellungen der Interessenten reichen von der Anlage eines Gemüsegartens oder Blumengartens über Spielflächen für Kinder und einen Zen-Garten.

## **Programmplattform E&C – Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten**

Teilnahme an folgenden Programmbereichen

**K&Q Projekt Halle-Neustadt 2002 - Kompetenz und Qualifikation**

Projekt mit Jugendlichen aus Freizeiteinrichtungen in Halle-Neustadt. Leitung des Projektes Quartiermanagement/SPI Soziale Stadt und Land Entwicklungsgesellschaft in Kooperation mit Jugendfreizeiteinrichtungen aus Halle-Neustadt sowie Schulsozialarbeitsprojekten.

### 1. Grobziele

Erkundung und Bestandsaufnahme der sozialen Infrastruktur im Stadtteil aus Perspektive von Jugendliche

Aufbereitung der Ergebnisse in einer jugendgemäßen sprachlichen und gestalterischen Form und Umsetzung in Medienprodukte zur Nutzung durch die Jugendlichen im Stadtteil.

Erhöhung des Bekanntheitsgrades der Infrastruktureinrichtungen des Stadtteils bei jungen Menschen.

Förderung der Partizipation von Jugendlichen

Förderung der fachlichen und sozialen Kompetenz der Projektteilnehmer

### 2. Feinziele

- Erarbeitung von Präsentationsmaterial der Einrichtungen und Nutzung neuer Medien zur Werbung
- Selbstorganisationsfähigkeit und Selbstverantwortung der Projektteilnehmer stärken
- Förderung von Schlüsselqualifikationen, wie Kommunikations- und Teamfähigkeit.
- Förderung der trägerübergreifenden Zusammenarbeit der Einrichtungen im Stadtteil.

### 3. Resultate:

- Die Jugendlichen des Redaktionsteams haben Arbeiten im Team und in Projektstrukturen erprobt.
- Über das Projekt konnten sie sich mit künftigen Anforderungen des Berufslebens auseinander setzen
- Die Jugendlichen haben ihre Kenntnis über die Infrastruktur erweitert und wirken als Multiplikatoren in ihren Alltagsbezügen
- Mit einem Schuljahreskalender wurden die Stadtteileinrichtungen einer großen Gruppe von Jugendlichen bekannt gemacht.

Die Internetseite wurde in die Stadtteilseite [www.halle-neustadt.info](http://www.halle-neustadt.info) integriert und als zusätzliches Informations- und Kommunikationsmedium verstetigt

## Xenos

Das aus dem Europäischen Sozialfonds geförderte Bundesprogramm XENOS - Leben und Arbeiten in Vielfalt zielt darauf ab, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Diskriminierung in der Gesellschaft nachhaltig entgegenzuwirken. XENOS verknüpft an der Schnittstelle von Schule, Ausbildung und Arbeitswelt arbeitsmarktpolitische Maßnahmen mit Aktivitäten gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit und zur Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen.

Träger des Xenos Projektes „Neustart“ in Halle-Neustadt ist die Ev. Bildungsstätte Villa Jühling e.V..

Im Rahmen des Projektes wurde in Halle-Neustadt ein Büro für Streitkultur eröffnet, in dem ehrenamtlich 10 ausgebildete StadtteilmediatorInnen tätig sind. Seit Juni 2004 ist das Büro arbeitsfähig und bietet Vermittlung im Konflikt für Neustädter Kinder, Jugendliche und Erwachsene an.

Dem Projekt liegt der Ansatz der Stadtteilmediation zugrunde: Interessierte Menschen, die in Halle-Neustadt leben, arbeiten oder sich hier engagieren, absolvieren eine Mediationsausbildung.

Die Nutzung des Mediationsangebotes ist für alle BürgerInnen des Stadtteils offen und unabhängig von ihren finanziellen Möglichkeiten.

## Engagement in Initiativen, Vereinen und Verbänden

### Beispiele für die Prozessgestaltung in Halle-Neustadt

Zur Förderung des ehrenamtlichen Engagements ist auch die Freiwilligen Agentur in Halle-Neustadt tätig. Im Rahmen der ersten Förderperiode von LOS (01 - 06 2004) bot die Freiwilligen-Agentur im Stadtteilbüro Neustadt eine Beratungsangebot für am Ehrenamt interessierte Bewohner von Halle-Neustadt an und knüpfte Kontakte zu den Einrichtungen und Vereinen in Halle-Neustadt zur Bekanntmachung ihrer Tätigkeit im Rahmen der Vermittlung von Freiwilligen ehrenamtlichen Helfern sowie den Schulungsangeboten zum Umgang mit ehrenamtlichen Mitarbeitern für die Einrichtungen.

Gegenwärtig für die Freiwilligen Agentur das Projekt „Große für Kleine – Bürgerengagement in Kindergärten“ in Halle-Neustadt durch. In Zusammenarbeit mit fünf Kindertageseinrichtungen werden ehrenamtliche Kräfte an Kindertagesstätten vermittelt.

## **Ehrenamt in Vereinen und Verbänden**

Übersicht über in Halle-Neustadt ansässige Vereine und Initiativen, die einen (großen) Teil ihres Angebotes über ehrenamtliche MitarbeiterInnen abdecken und damit u.a. das Beratungs- und Freizeitangebot in Halle-Neustadt sichern.

- Bürgerladen e.V.: Mitglied des DPWV
- Bürgerinitiative Südparkfest
- Halle-Neustadtverein
- Heimatbund Passendorf e.V.
- VKK Halle e.V. – Vereinigte Kommunale Kultur Halle e.V.

Ehrenamt im Rahmen der Angebote öffentlicher und gemeinnütziger Träger der Sozialen Wohlfahrt

- AWO – Begegnungsstätte Dornröschen
- Caritas - Nachbarschaftszentrum
- DRK – Projekt Begegnungsstätte am Bruchsee
- Evangelische Kirche Halle-Neustadt

## **Schlussbemerkung**

Der vorliegende Bericht weist auf wichtige Aktivitäten die querschnittartig für die Vielfalt der Projekte, Aktivitäten und Bemühungen in Halle auf dem Weg einer nachhaltigen und damit zukunftsfähigen Stadtentwicklung stehen. Es handelt sich bei den vorliegenden Beispielen um eine Auswahl, die daher nicht vollständig sein kann.

Dagmar Szabados  
Bürgermeisterin

Eberhard Doege  
Beigeordneter